

Rumänen und Bulgaren mit Kindergeld gelockt 5.5



Preussische Allgemeine Zeitung

Das Ostpreußenblatt

Einzelverkaufspreis: 2,50 Euro

Nr. 29 - 20. Juli 2013

UNABHÄNGIGE WOCHENZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

C5524 - PVST. Gebühr bezahlt

DIESE WOCHE

Aktuell

Störfeuer aus Brüssel
Merkel will die Deutschen vorerst im Unklaren lassen, doch die EU verrät zu viel **2**

Preußen / Berlin

Die Stimmung kippt
Oranienlager: Streit zwischen Türken und Afrikanern heizt die Atmosphäre weiter auf **3**

Hintergrund

»... es lebe der König«
Der Monarch als Vermittler und moralische Instanz - Zum Rücktritt Alberts II. **4**

Deutschland

Lockmittel Kindergeld
Rumänen und Bulgaren wird mit Staatsgeld Arbeit auf Schlachthöfen versüßt **5**

Ausland

Libyen droht der Zerfall
Regierung bittet Nato um Hilfe **6**

Kultur

Hungertod eines Ufa-Stars
Leben des Schauspielers Heinrich George verfilmt **9**

Preußen

Gescheiterter deutscher Ford
Vor 50 Jahren starb Carl Friedrich Wilhelm Borgward **10**



Das offizielle politische Gesicht zur Energiewende: Bundesumweltminister Peter Altmaier (CDU)

Bild: pa

Berliner Geisterfahrer

Deutsche Energiepolitik erweist sich als kurzsichtig und gefährdet Arbeitsplätze

Während Brüssel die Rabatte für die Industrie bei der Ökostrom-Abgabe attackiert, planen Stromerzeuger, Kraftwerke vom Netz zu nehmen. Beides treibt letztendlich die Stromkosten nach oben.

Die Bundesregierung droht an mehreren Fronten gleichzeitig von den Folgen ihrer chaotischen Energiepolitik überrollt zu werden. Um die industrielle Basis Deutschlands nicht zu gefährden, hatte Berlin Betriebe, die notwendigerweise viel Energie verbrauchen, von der Ökostrom-Abgabe befreit. Damit sollten die Unternehmen international wettbewerbsfähig gehalten werden.

Nun prüft die EU, ob mit diesem Privileg gegen europäisches Wettbewerbsrecht verstoßen wird, weil es sich bei dem Rabatt womöglich um unerlaubte Beihilfen handele. Brüssel stützt sich dabei auf EU-Regeln, welche deutsche Regierung,

EU-Politiker und deutsche EU-Bürokraten selbst mit auf den Weg gebracht haben. Es wäre also heuchlerisch, wenn Berlin nun auf die „Ungerechtigkeit“ der EU schimpfte. Wird der Rabatt aber verboten, könnten etliche Industriebetriebe gezwungen sein, das Land zu verlassen. Unzählige Arbeitsplätze und Deutschlands Stellung als führende Industrienation gerieten in Gefahr.

Fast zur selben Zeit kommt heraus, dass Kraftwerksbetreiber planen, bis zu 20 Prozent ihrer Gas-, Kohle- und Kernkraftwerke stillzulegen. Grund: Sie rechnen sich nicht mehr, denn Ökostrom hat immer Vorrang; wenn also viel Solar- und Windenergie eingespeist wird, dümpeln die konven-

tionellen Kraftwerke vor sich hin, ohne einen Cent zu verdienen. Die Kraftwerke bleiben aber notwendig, um einzuspringen, wenn Wind und Sonne den Dienst versagen. Sonst drohen Stromausfälle mit verheerenden Folgen. Nun prüft die Politik offenbar, die Betreiber gesetzlich zum Weiterbetrieb von Kraftwerken zu zwingen, die durch die Energiewende und das „Erneuerbare Energien-Gesetz“ unwirtschaftlich geworden sind.

Dieser Weiterbetrieb aber müsste finanziert werden - durch die Verbraucher, womit die dritte Front in den Blick kommt: Schon heute zahlen deutsche Stromkunden den doppelten Preis ihrer französischen Nachbarn. Und es stehen

weitere drastische Erhöhungen an, mit deren Erlösen die Einspeiser von Sonnen- und Windenergie fürstlich entlohnt werden. Sollte nun auch noch eine „Kraftwerksabgabe“ dazukommen, müssten die deutschen Verbraucher nicht bloß für Wind- und Solarstrom immer tiefer in die Tasche greifen, sondern auch für Strom, der gar nicht erzeugt wird - damit die Stromkonzerne ihre unwirtschaftlichen Kraftwerke am Netz halten, um die Versorgung bei Sonnen- und Windflaute aufrechtzuerhalten.

Die Politik steht vor einem Trümmerhaufen, den sie, parteiübergreifend, selbst aufgetürmt hat. Kurz vor der Bundestagswahl werden die Deutschen gewahrt, dass sie energiepolitischen Geisterfahrern aufgesessen sind. Für die etablierten Parteien ein denkbar schlechter Zeitpunkt für eine solche Enthüllung (s. S. 8). Hans Heckel

Etablierte Parteien in der Falle ihrer eigenen Fehler

REBECCA BELLANO:

Grenzen testen

Wie jedes Jahr hat die Stadt Hamburg auch in diesem Sommer einen Ferienpass herausgegeben, in dem Aktivitäten jeglicher Art angeboten werden. Doch offenbar ist einigen Jugendlichen das Angebot zu öde und so haben sie ihr eigenes Ferienprogramm entwickelt: Polizisten ärgern. Jedenfalls rotten sich seit Tagen im Hamburger Stadtteil Altona jeden Abend gegen 22 Uhr Jugendliche mit Immigrationshintergrund zusammen und suchen die Eskalation. Und so mancher Polizist hat sich schon provozieren lassen und auf Beschimpfungen zurückgepöbelt, was ein gefundenes Fressen für die Halbstarke war, die klagten, sie würden diskriminiert werden.

Doch anstatt den 15- und 16-Jährigen die Grenzen aufzuzeigen und Randalierer auch mal im Knast schmoren zu lassen, wird den halben Kindern viel Verständnis entgegengebracht. Es sei ja Ramadan, da dürften die muslimischen Halbwüchsigen doch erst nach Sonnenuntergang essen. Zudem, so haben die zum Gespräch gebeten Väter der Minderjährigen bemängelt, gäbe es nichts, wo die Söhne hinkönnten, also ein zu geringes Freizeitangebot. Da kann man nur die Macher des Ferienpasses kritisieren, dass die nicht daran gedacht haben, auch spätabendliche Aktivitäten für Ramadan-geplagte muslimische Jungs mit viel Testosteron im Blut, aber mit nichts im Magen vorzusehen. Denn natürlich ist alles die Schuld der noch deutschen Mehrheitsgesellschaft, die sich einfach nicht genügend auf die Zugewanderten und ihre Kinder und Kindeskindeinstellt? Schuld ja, aber aus einem anderen Grund. Wer seine Werte nicht vermittelt und Grenzen aufzeigt, der erzeugt genau das, was wir jetzt erleben.

Experte: Gold ist weg!

US-Insider erklärt, wie die deutschen Barren verschwanden

Die Frage „Wo ist das Gold der Bundesbank?“ ist ein wenig aus den Schlagzeilen geraten. Zu Unrecht: In Zeiten einer nie dagewesenen, globalen Krise des Papiergeldes könnte Gold unversehens eine zentrale Rolle zukommen.

Nun hat der US-Hedfondsmanager William Kaye erneut Befürchtungen genährt, das in den USA gelagerte deutsche Gold sei weg. Laut Kaye wurde es an US-Banken wie Goldman Sachs und JP Morgan „verliehen“. Die Banken hätten es dann beispielsweise auf dem Goldmarkt in Hongkong verkauft, wo es umgeschmolzen worden sei. Von dort aus sei es in den Beständen Chinas gelandet, das

weit höhere Goldreserven besitze als offiziell zugegeben: Zwischen 4000 und 8000 Tonnen. Die deutschen Reserven betragen (angeblich) 3400 Tonnen. Brisant: Kaye

»Verliehen« und umgeschmolzen

hat bis vor 25 Jahren selbst bei Goldman Sachs gearbeitet.

Die Annahme, das „verliehene“ Gold kehre je zurück, sei naiv, so Kaye gegenüber einem US-Finanzportal. Der Schwund betreffe sowohl die in den USA gelagerten deutschen wie die eigenen US-Goldbestände.

Aufschlussreich ist hierbei, dass bei der Angabe der Bestände stets von „Gold- und Goldforderungen“ die Rede ist, wobei nie angegeben wird, wie viel davon nun aus echtem Metall und wie viel bloß aus Papier (Forderungen infolge der genannten „Verleihe“) besteht. Sowohl deutschen wie US-amerikanischen Volksvertretern wird strikt verwehrt, den Goldschatz ihres Volkes persönlich in Augenschein zu nehmen.

Bis 2020 sollen 300 Tonnen deutschen Goldes aus den USA zurückgeführt werden. Warum dies so lange dauert, können sich Insider nur so erklären: Es muss erst unauffällig zusammengekauft werden, weil es weg ist. H.H.

AfD stellt sich breiter auf

»Alternative für Deutschland« nicht nur »Ein-Thema-Partei«

Die „Alternative für Deutschland“ (AfD) tritt in allen Bundesländern zur Bundestagswahl an. Wie die Sprecher der Partei, Bernd Lucke und Frauke Petry, auf einer Pressekonferenz in Berlin erklärten, wurde die Zahl der benötigten Unterschriften für die Wahlzulassung mit rund 80 000 weit übertroffen. 16 Landesverbände wurden in kurzer Zeit gegründet. In rund der Hälfte aller Wahlkreise werden auch AfD-Direktkandidaten antreten.

Der Euro bleibt das zentrale Thema der AfD. Die kaum ein halbes Jahr bestehende Partei will aber auch auf anderen Politikfeldern Kompetenz nachweisen. Jetzt sind erste Bundesausschüsse

gebildet worden und zwar für Energie-, Gesundheits- sowie Sicherheits- und Verteidigungspolitik. So fordert die AfD eine grundlegende Reform des Erneuerbare-Energien-Gesetzes, das die Finanzierung unwirtschaftlicher Strukturen nur dem Verbraucher auferlege. Die AfD ist nicht für ein Zurück zur Kernkraft, doch will sie kerntechnische Kompetenz auch in Deutschland erhalten, damit so auch ein Beitrag zum sicheren Betrieb kerntechnischer

Vor allem das EEG soll reformiert werden

Anlagen im Ausland geleistet werden könne. Der Oberst der Reserve Gerold Otten vom Ausschuss für Verteidigungspolitik erklärte auf der Pressekonferenz, die AfD wolle Einsätze der Bundeswehr außerhalb des Nato-Gebietes, die immer schwerer als Verteidigungsaufträge gerechtfertigt werden könnten, „kritisch hinterfragen“.

In den aktuellen Wahlumfragen liegt die AfD zwischen 3,5 Prozent (Allensbach) und drei Prozent (Forschungsgruppe Wahlen). Am 14. Juli wurde in Nürnberg der Wahlkreiskandidat Marcel Claus an einem Infostand von einem Linksradikalen angegriffen und schwer verletzt. Michael Leh

Zwischenruf

AfD
ante portas

Wir erinnern uns: Ende der 80er Jahre kam zu später Stunde nach einem geselligen Abend Gerhard Schröder mit Freunden zum Bonner Kanzlerbungalow. Er rüttelte am Tor und rief: „Hier will ich herein.“ Damals blieb ihm das Tor verschlossen. 1998 gelang ihm mit dem Amtsbonus des niedersächsischen Ministerpräsidenten und dem Geld der Autoindustrie der Einzug in das Berliner Bundeskanzleramt.

Nunmehr scheint eine neugegründete Partei, die „Alternative für Deutschland“ (AfD), den Einzug in den Bundestag bei der Wahl am 22. September im Sturmschritt zu vollbringen. Blenden wir zurück: Die AfD wurde erst vor fünf Monaten gegründet. Was niemand für möglich hielt, wurde Tatsache. Es ist gelungen, die Partei bundesweit zu etablieren. Der Bundeswahlleiter hat sie bereits als Partei anerkannt.

Wichtiger noch, in allen 16 Bundesländern gibt es mittlerweile Landesverbände der AfD und die Gründung der Kreisverbände geht zügig voran. In allen Bundesländern ist es gelungen, weit mehr als 2000 Unterstützungsunterschriften je Bundesland einzusammeln. Dies ist Voraussetzung, um von den Landeswahlausschüssen als wählbare Partei anerkannt zu werden. Alle 16 Landeswahlausschüsse tagen am 26. Juli. Danach beginnt für die AfD die heiße Phase des Wahlkampfes. Zurzeit konstituieren sich die Parteifachausschüsse für die wichtigsten Politikfelder.

In den Landesverbänden ist eine optimistische Aufbruchsstimmung mit Händen zu greifen; Tausende Wählerinnen und Wähler geben ihrer Freude Ausdruck, dass nunmehr endlich die wählbare Alternative da ist, welche die angeblich alternativlose Politik der etablierten Parteien als unwahr entlarvt. Die AfD verfügt nicht über Sponsoren aus der Großindustrie. Aber der Glaube an die Notwendigkeit einer anderen Politik für Deutschland kann dieses Manko kompensieren und die AfD in den Bundestag tragen. Mit der neuen Partei ist zu rechnen.

Wilhelm v. Gottberg

Ärgerliches Störfeuer aus Brüssel

Bis zur Bundestagswahl will Merkel die Deutschen im Unklaren lassen, doch die EU verrät zu viel vorab

Bereits mehrfach ist Bundeskanzlerin Angela Merkel (CDU) in den letzten Wochen von der EU-Kommission regelrecht brüskiert worden. In Brüssel greift die Angst um sich, künftig kaltgestellt zu werden.

Während die Spitzenkandidatin der CDU/CSU die Bürger wenige Wochen vor der Bundestagswahl in Ruhe wiegen möchte, liefert EU-Kommissionspräsident José Manuel Barroso das Kontrastprogramm. Aktuell ist es ein Kommissions-Entwurf zur Bankenunion, der in Berlin für reichlich Verärgerung sorgen dürfte. Zentraler Punkt des Brüsseler Konzepts: eine gemeinsame Einlagensicherung für alle Bankkunden in Europa. Bisher wurde diese Forderung von Berlin strikt abgelehnt. Mit gutem Grund, denn betroffenen wären vor allem die deutschen Sparkassen mit ihrem vorbildlichen Einlagensicherungssystemen. In der anbrechenden Endphase des Wahlkampfes hätte Barroso aus Sicht Merkels kaum ein unpassenderes Thema finden können als die Forderung, die deutschen Sparer zugunsten maroder südeuropäischer Banken zur Kasse zu bitten. Obendrein will der zuständige EU-Kommissar Michel Barnier auf europäischer Ebene ein Gremium schaffen, das darüber entscheiden soll, wann eine marode Bank abgewickelt wird. Mit anderen Worten: Nicht die jeweiligen Mitgliedsländer, sondern die EU soll in Zukunft bei Bankenrettungen das letzte Wort haben. Zahlen sollen dann die Steuerzahler und Bankkunden in den Nationalstaaten. Wird

der Vorschlag Realität, ist folgendes zu befürchten: Über Brüssel bekommt die Bankenlobby direk-

EU-Kommission will
Vergemeinschaftung
der Schulden aller

ten Zugriff auf Steuergelder und dies unter Ausschaltung der nationalen Parlamente.

Es ist nicht der erste Vorstoß aus Brüssel, von dem Merkel

gruppe als zweite Aufgabe mitgegeben wurde: eine Untersuchung zur Schaffung eines europäischen Tilgungsfonds für Altschulden.

Indem die EU-Kommission nun gleich drei verschiedene Formen der Schuldenvergemeinschaftung auf die Tagesordnung gesetzt hat, wird Merkels Wahlkampf von Brüssel aus regelrecht sabotiert. Barrosos Vorschläge drohen den Deutschen unverhohlen neue finanzielle Zumutungen an. Merkel vermeidet im Wahlkampf hingegen alles, was für die Bürger überhaupt nach finanzieller Belastung

thema ebenso Tabu ist ein weiterer Schuldenschnitt für Griechenland, der tatsächlich wohl bald un-

Barroso will beweisen,
dass er
auch was zu sagen hat

ausweichlich sein dürfte. Auf EU-Gipfeln ist auf Merkels Wunsch das Thema „Europäischer Solidaritätsfonds“ bis zu den Bundestagswahlen mit einem Bann be-

chenland spitzt sich die Lage erneut zu. Obendrein kommen nun die Sticheleien aus Brüssel, indem Kommissionspräsident Barroso zielsicher genau solche Vorschläge präsentiert, die von Merkel bisher abgelehnt wurden. Im Kern geht es dabei um nichts anderes als um einen Kampf um die Macht in Europa. Barrosos EU-Kommission sieht zunehmend ihre Felle wegschwimmen. Die niederländische Regierung hat unlängst erklärt, für sie sei die europäische Integration erst einmal ans Ende gekommen. Beinahe im Wochenrhythmus dreschen Frankreichs Sozialisten inzwischen verbal auf Barroso ein. Endgültig für Alarmstimmung dürfte in Brüssel aber gesorgt haben, dass sich bei der deutschen Regierung Skepsis und Misstrauen gegenüber der EU-Kommission breit gemacht haben. Mehr noch. Berlins Europa-Strategie hat sich verändert – „Weg von der supranationalen Einheitsmethode“, die vor allem auf die EU-Kommission in Brüssel abzielte, und „hin zu bilateralen und zwischenstaatlichen Initiativen, die der Regierung ein deutlich höheres Maß an Kontrolle ermöglichen“, so die Diagnose des „Wall Street Journal“.

Ein Hauptgrund für die Ernüchterung in Berlin: Insbesondere unter der aktuellen Führung Barrosos gilt die EU-Kommission als „schwach, machthungrig und ineffektiv“, in entscheidenden Momenten zeigt Brüssel immer wieder die Tendenz, nationalem Druck nachzugeben, etwa als Frankreich unlängst zwei weitere Jahre zugestanden wurden, seine Defizitziele zu erfüllen. Norman Hanert



Bitte Ruhe bis zum 22. September: Unangenehme Wahrheiten könnten Wähler verschrecken

Bild: action press

während ihres Wahlkampfes kalt erwischt wird. Bereits Anfang Juli wurde von Barroso eine Arbeitsgruppe angekündigt, die sich mit den umstrittenen Euro-Bonds beschäftigen soll. Untersucht werden sollen Euro-Bills, also gemeinsame Kurzzeit-Anleihen. Genauso wenig Wählerstimmen dürfte bringen, was der Arbeits-

aussehen könnte. Mit Unterstützung der Niederlande und Finnlands hat sie unlängst erreicht, dass neue Kredite der Europäischen Investitionsbank (EIB) nach Südeuropa momentan auf Eis liegen. Vor der Bundestagswahl sollen keine Gelder mehr in die europäischen Schuldenstaaten umgeleitet werden. Als Gesprächs-

legt. Angedacht ist, dass „reformfreundigen“ Ländern aus dem Fonds regelrechte Belohnungen gezahlt werden sollen. Bis zu den Wahlen soll der Fonds nicht groß thematisiert werden, vor allem sollen keine Zahlen auftauchen.

Schon jetzt droht Merkels „Heile-Welt-Strategie“ allerdings ein Scheitern: In Portugal und Grie-

Korruptionsskandal könnte Euro erschüttern

Spanien: Regierung Rajoy gerät nach neuen Enthüllungen stärker unter Druck – Auch für Deutschland folgenschwer

Das es bei ihnen ein wenig korrupter zugeht als im vermeintlich aufgeräumten Deutschland, das quitierten die Spanier lange Zeit mit sarkastischem Lächeln. Natürlich sind die Politiker nicht „sauber“, hilft der Bauunternehmer gern ein wenig nach, damit es mit dem Auftrag der Stadt auch klappt. So ist das eben.

An diesen Gleichmut des Volkes hatte sich die politische Klasse gewöhnt, weshalb man recht ungeniert die Taschen aufhielt. An dieser Gewohnheit mag es liegen, dass Spaniens Ministerpräsident Mariano Rajoy alle Rücktrittsforderungen bislang abprallen ließ (Stand Anfang dieser Woche). Er hat nicht verstanden, dass sich etwas geändert hat auf der iberischen Halbinsel. Oder er will es einfach nicht wahrhaben.

In Zeiten des Booms konnten die meisten Spanier den Eindruck gewinnen, dass Korruption nun mal zu dem Spiel gehöre, von dem am Ende alle profitieren. Der eine mehr, der andere weniger zwar, dennoch: Nie war der allgemeine Lebensstandard so rasant und so breit angestiegen wie in den letzten Jahren vor dem Ausbruch der Finanz- und Euro-Kri-

se. Was sollte also falsch sein? Zumal man den „ordentlichen“ Deutschen dabei zusehen konnte, wie sie in der Krise festklebten während der Jahre 2002 bis 2006, derweil sich in Spanien die Rekorde stapelten: mehr Gehalt, mehr Konsum, mehr Wohnungen.

Dann der brutale, sich quälend hinziehende Absturz. Auf einmal

Neuwahlen dürften
ganzes Parteiensystem
ins Rutschen bringen

schien sich das „spanische Modell“ als große Mogelpackung zu entpuppen, die nun alle in den Abgrund reißt. Und mitten in der entsetzlichen Talfahrt erfahren die Spanier, dass ihr Ministerpräsident ganz persönlich jahrelang Gelder von Bauunternehmen erhalten haben soll, schwarz, allein 1998 umgerechnet mehr als 25 000 Euro.

Der Ex-Finanzminister und von 1990 bis 2009 Schatzmeister von Rajoy's Volkspartei (PP), Luis Bárcenas, sitzt mittlerweile im Gefängnis. Zahlreiche PP-Größen stehen auf den „Lohnlisten“, wel-

che die Presse vor Monaten veröffentlicht hat. Auch die PP-Partei-kasse soll reichlich bedacht worden sein. Bárcenas wird vorgeworfen, zudem 48 Millionen Euro an Schmiergeldern auf Auslandskonten versteckt zu haben.

Die PP verfolgte eine doppelte Gegenstrategie. Einerseits hat sie die Listen mit Geldsummen und Empfängernamen, welche die Zeitung „El País“ im Januar veröffentlichte, als „Fotokopien“ heruntergespielt, spricht: als plumpe Fälschungen. Andererseits versuchte Rajoy, möglichst viel Abstand zu Bárcenas herzustellen. Er könne sich gar nicht mehr erinnern, wann er zuletzt mit „diesem Individuum“ Kontakt gehabt habe.

Doch nun sind weitere Dokumente aufgetaucht, welche die Zahlungen zu belegen scheinen. Und Anfang der Woche veröffentlichte die (eigentlich eher PP-nahe) Zeitung „El Mundo“ Texte von Kurzmitteilungen (SMS), die Rajoy noch im März an den Ex-Schatzmeister richtete. Inhalt: Wir stehen zu dir, doch: Bewahre Ruhe.

Das klingt, als ob der Premier seinen Parteifreund um jeden Preis zu stillschweigendes Einverständnis gewertet werden.

von seiner Partei und dem Premier vor allem Schutz vor juristischer Verfolgung erhofft. Nun sitzt er aber im Gefängnis und ist



Mariano Rajoy

offenbar zutiefst verbittert. Er fühlt sich verraten und sinnt auf Rache. Er könne, so lässt Bárcenas verbreiten, jederzeit eine „Atom-bombe“ zünden.

Dass es in Spanien noch zu keinen das Land bewegenden Demonstrationen, ja Unruhen gekommen ist wegen der Korruptionsaffäre, sollte nicht als Desinteresse oder gar stillschweigendes Einverständnis gewertet werden.

Nach den lautstarken Protesten von 2011 befinden sich die Spanier in einer Stimmung bleierner Resignation. Der Blick auf politische Umstürze der Geschichte aber zeigt, dass solche scheinbar toten Phasen oft einer politischen Explosion vorangingen.

Für den Fall eines Sturzes der Regierung und Neuwahlen müssen sich EU und Euro-Zone auf turbulente Entwicklungen einstellen. Neben der regierenden PP haben auch die oppositionellen Sozialisten erheblich an Boden verloren. Das gesamte etablierte Parteiensystem könnte erodieren und damit auch der Rückhalt für die Euro-Politik. Kaum jemand in Madrid geht davon aus, dass Spanien nach einem Umbruch noch an dem von Brüssel auferlegten Sparkurs festhält.

Damit geriete alles ins Rutschen, was Grundlage ist für die bisherigen Übereinkommen der Euro-Zone mit Madrid. Das wiederum dürfte die gesamte Architektur des ohnehin schwer angeschlagenen Euro-Währungssystems ins Wanken bringen. Somit ist das, was sich dieser Tage in Madrid abspielt, auch für deutsche Steuerzahler von höchster Bedeutung. Hans Heckel

Die Schulden-Uhr:

Störfeuer
aus Berlin

Der Versuch der Bundesregierung, die schlimmsten Folgen ihrer Euro-Politik für den Staatshaushalt bis nach der Bundestagswahl geheim zu halten, erhält nicht nur seitens Brüssels (siehe Aufmacher oben), sondern auch seitens der Opposition Störfeuer. So weist der haushaltspolitische Sprecher der SPD-Fraktion, Carsten Schneider, auf den bevorstehenden Schuldenerlass für Griechenland und dessen Folgen hin. Das ist das Gute an der Opposition: Sie stellt zwar keine Alternative zur Vernachlässigung deutscher Interessen durch die Regierung dar, aber sie kritisiert diese Pflichtverletzung wenigstens ab und an im Wahlkampf. M.R.

2.073.629.417.225 €

Vorwoche: 2.073.103.453.203 €
Verschuldung pro Kopf: 25.791 €
Vorwoche: 25.785 €

(Dienstag, 16. Juli 2013,
Zahlen: www.steuerzahler.de)

Gute Nachrichten

Von VERA LENGSELD

Gute Nachrichten – gibt es die in Berlin? Ab und zu schon. Meist ist es der Tatkraft von Berlinern geschuldet, denen es gelingt, den bürgerfernen Entscheidungen der Senatsbeamten zu trotzen und ihre Vorstellungen durchzusetzen.

Einer solchen Initiative ist es zu verdanken, dass das Standbild der Königin Luise in den Berliner Tiergarten zurückgekehrt ist. Wunderschön in Marmor ist sie nun keine fünf Gehminuten vom Potsdamer Platz aus zu besichtigen, immer den Weg entlang, der parallel zur Tiergartenstraße verläuft.

Im Jahr 2008 hatten Berliner, unter maßgeblicher Mitwirkung von Professor Fritz Vilmar, der sich für die Rückkehr von Luise an ihren alten Platz stark gemacht hatte, eine Auktion veranstaltet, um Geld für die Wiederaufstellung zu sammeln. Nun ist es endlich soweit. Luise verschönte den Tiergarten und ist ein Symbol dafür, dass sich Einmischung der Bürger in ihre eigenen Angelegenheiten lohnt.

Die zweite gute Nachricht ist, dass die Staatsbibliothek Unter den Linden ihre historische Kuppel wieder erhält. Unlängst fand das Richtfest statt. „Mit der neuen, 35 Meter hohen Kuppel bekommt das monumentale Gebäude im historischen Zentrum Berlins fast 70 Jahre nach Ende des Krieges wieder seine ursprüngliche Silhouette zurück“, so schrieb die „Berliner Morgenpost“ aus diesem Anlass. Darüber kann man sich wirklich freuen, denn die vielen Kuppeln, die Berlins Stadtbild prägen, sind fast alle stark verfremdet: die der St. Hedwigs-kathedrale, alle Kuppeln des Berliner Doms, und natürlich die Reichstagskuppel. Wobei zu bemerken ist, dass es ein Erfolg war, dass der Reichstag überhaupt eine Kuppel bekam. Sir Norman Foster hatte eigentlich eine Art Tankstellen-Flachdach geplant, das er über die vier Ecktürme legen und bis zur Spree ziehen wollte. Er musste nach der Entscheidung des Bundestages für eine Kuppel regelrecht gezwungen werden, auszuführen, was der Bauherr wollte.

Zurück zur Staatsbibliothek. Nach der Zerstörung der historischen Kuppel war der Innenhof jahrzehntelang mit einem provisorischen Dach bedeckt, das zu DDR-Zeiten nicht ganz regendicht war. Das hinderte die Bibliotheksleitung nicht daran, alle aus ihren Kriegsunterkünften zurückgekehrten historischen Erstausgaben im Innenhof aufzustapeln zu lassen, wo sie jahrelang unbeachtet lagen und vor sich hin rotteten.

Philosophiestudenten, die in der Staatsbibliothek arbeiteten, retteten manche Erstausgabe von Kant, Fichte oder Hegel vor dem Verderben, indem sie die Bücher ihrer Privatbibliothek einverleibten. Vielleicht finden einige dieser Bücher eines Tages per testamentarischer Verfügung in die Bibliothek zurück.

Oranienplatz: Die Stimmung kippt

Gewalttätiger Streit zwischen Türken und Afrikanern heizt die Atmosphäre weiter auf



Zieht zunehmend den Unmut der Anwohner auf sich: Kreuzberger Bezirksbürgermeister Franz Schulz (Grüne) im „Protestcamp“ auf dem Berliner Oranienplatz

Bild: action press

Das wilde „Flüchtlings-Camp“ am Oranienplatz sorgt weiter für heftigen Streit in Berlin. Anwohner fühlen sich bedroht, es kam zu ersten Auseinandersetzungen: Ist alles nur eine Propaganda-Schau vom linken Rand?

Der Kreuzberger Bezirksbürgermeister Franz Schulz (Grüne) bekommt Schwierigkeiten. Berlins Innenstaatssekretär Bernd Krömer (CDU) hat ihn aufgefordert, zum Skandal der meist abgelehnten afrikanischen Asylbewerber Stellung zu beziehen, welche Schulz seit Monaten am Oranienplatz kampionieren lässt: „... bitte ich um Mitteilung, auf welche Rechtsgrundlage Sie die Duldung ... stützen und wann Sie die rechtswidrige Sondernutzung öffentlichen Straßenlandes beenden wollen.“ Die Platzbesetzer sind zu einem öffentlichen Ärgernis und neuerdings auch zu einem Sicherheitsrisiko für die Anwohner geworden. Schulz' Nerven scheinen blank zu liegen. In seiner Hilflosigkeit versuchte er sogar, zwischen dem Staatssekretär und dem NSU-Komplex einen Zusammenhang herzustellen: „Herr Krömer soll aufhören, die Flüchtlinge zu kriminalisieren, und sich darum kümmern, dass keine NSU-Akten mehr geschreddert werden.“

Bewegung in die Angelegenheit war gekommen, nachdem der örtliche CDU-Abgeordnete Kurt Wansner Unterschriften gegen das „Refugee Camp“ gesammelt hatte. Er wird dabei zunehmend auch von Türken unterstützt, die am Oranienplatz wohnen.

Serket Birenci (36): „Und es stinkt.“ Nilgün S. (40): „Es ist nicht schön, das jeden Tag sehen zu müssen. Ich möchte hier auch mal wieder im Grünen sitzen.“ Sobald sich die Medien am Ort sehen lassen, sind auch die „Unterstützer“ der Krawallasylanten zur Stelle. Sie bedrängen sogar Fotojournalisten. Der kommunale CDU-Fraktionschef Götz Müller: „Inzwischen sieht man kaum noch Flüchtlinge. Das Camp ist zur Spielwiese von Linksradikalen geworden.“

Die von den „Flüchtlings“ ausgehenden Aktivitäten erwecken den Anschein, als seien sie von linken Gewalttätern ferngesteuert. Der berüchtigte Linksaußen-Aktivist Dirk Stegemann tritt immer wieder in Erscheinung. Internationaler Ärger rief die versuchte Besetzung der nigerianischen Botschaft durch die Platzbesetzer hervor. Bald danach versuchten Stegemann und „seine“ Asylbewerber, sich Zutritt zu einer Sitzung des Innenausschusses des Berliner Landesparlamentes zu verschaffen. Bei dieser Gelegenheit kam heraus, dass die linksextreme Grünen-Parlamentsabgeordnete Canan Bayram Stegemann auf 400-Euro-Basis beschäftigen soll. Die Juristin Bayram gilt als Spezialistin für Asylverfahren – die natürlich wieder auf Kosten der öffentlichen Kassen geführt werden. So schließt sich der Kreis zur Asyl- und Ausländerlobby.

Götz Müller, der bei der Bundestagswahl als örtlicher Wahlkreiskandidat der CDU gegen die grüne Ikone Hans-Christian Ströbele antritt, findet, dass die Demonstranten allein schon gegen das Grünanlagengesetz verstoßen: „Es gibt keine Genehmigung, dass das Interesse zum Schutz der Grünanlage geringer ist als das zur Nutzung des Platzes als öffentliches Protestcamp.“ Weiter beklagt Müller Verstöße gegen die Residenzpflicht der „Stegemannschützlinge“. Bürgermeister Schulz weigert sich dennoch verbissen, sein rechtswidriges Tun einzustellen: „Das hängt davon ab, ob die Flüchtlinge mit ihren Forderungen nach Änderungen im Asylrecht Erfolg haben.“ So schwingt sich ein grüner Bezirksbürgermeister auf, bundesweit geltendes Recht zu ignorieren.

Dahinter scheinen auch inländerfeindliche Neigungen durch, die Schulz nun offenbar auch auf integrierte und Steuern zahlende Türken der ersten und zweiten Zuwanderergeneration ausdehnt. Dies machte ein gewalttätiger Zwischenfall dieser Tage deutlich. Von dem Vorfall gibt es mehrere Versionen. Fest steht, dass ein junger Türke, der mit Frau und Kinderwagen den Oranienplatz passierte, sich von den Schwarzafricanern bedroht fühlte, als die sich ihm näherten. Einen der mutmaßlichen Angreifer stach der junge Vater nieder. Der Türke und Landsleute, die Zeuge wurden, sprechen von

Notwehr, die Schwarzafricaner bestreiten das. Nachdem weitere Afrikaner sich an Frau und Kinderwagen näherten, griff die bis dahin im Hintergrund gebliebene Polizei ein: nach Einschätzung von Unterstützern des „Refugee Camps“ viel zu brutal.

Staatssekretär Krömer ist alarmiert: „Der Alleingang von Herrn Schulz wird zu einer wachsenden Belastung für die Bevölkerung.“ Letzte Zumutung: Ein Picknick der „Flüchtlinge“ auf der viel befahrenen Straße am Oranienplatz. Die Polizei leitete den Verkehr um. Interessant ist, welche Anliegen die Schwarzafricaner unvorsichtigerweise artikulieren, wenn ihre linksradikalen „Betreuer“ gerade mal nicht zur Stelle sind. Daniel Ebaidu (29) aus Libyen: „Wir wollen uns in Deutschland freier bewegen“, und sein dabei stehender Freund klagt: „Ich habe kein Geld, um meine Familie in Afrika anzurufen.“ Sprich: Es geht um gesetzliche Privilegien und um – Geld.

Fraglich ist, warum Innensenator Frank Henkel (CDU) nicht längst selbst durchgegriffen hat, sondern seinen Staatssekretär Krömer vorschickt. Nun kam die NPD Bürgermeister Schulz zu Hilfe. Die wollte in der Nähe des Lagers demonstrieren, kam dann aber nicht. Stattdessen nahmen einige hundert linksextreme Krawallmacher die Ankündigung der NPD zum Vorwand dafür, sich in Szene zu setzen – unter ihnen Bürgermeister Franz Schulz, der sich selbst bescheinigte, einen „vorbildlichen“ Umgang mit „Flüchtlings“ zu pflegen. Hans Lady

Hinter den
»Flüchtlings« stehen
Linksradikale

Bürger werden ignoriert

Berlin-Hellersdorf: Anwohner in Sorge wegen neuen Asylheims

In Berlin-Hellersdorf wächst der Unmut über eine weitere Unterkunft für Asylbewerber. Dort entsteht eine Bleibe für 400 Personen, was in der Bevölkerung zunehmend auf Widerstand stößt. Rund 1000 empörte Bürger versammelten sich in der nahegelegenen „Schule am Rosenhain“ zu einer „Informationsveranstaltung“ des Bürgermeisters Stefan Komoß (SPD). Etwa 100 angereiste Antifaschisten grölten „Nazis raus“: Unter den besorgten Bürgern befanden sich auch einige NPD-Mitglieder, was den Linksradikalen willkommenen Anlass war, die Bürger insgesamt unter Extremismusverdacht zu stellen.

Komoß zeigte sich vom Unbehagen der Bürger ebenfalls völlig unbeeindruckt: „Um das Ob geht es nicht mehr ...“ Heißt: Die Unterkunft kommt, egal was die Anwohner davon halten. Den Bürgern steht eine feste Allianz gegenüber aus SPD-Bürgermeister, Sozial- und Gesundheits-

stadträtin Dagmar Pohle, der Linkspartei und Sozialsenator Mario Czaja (CDU), der das „Recht der Flüchtlinge schützen“ will und „ein faires Asylverfahren“ einfordert.

Czaja wird in Insiderkreisen als möglicher Regierender Bürger-

Einheitsfront von
ganz links bis hin
zum CDU-Senator

meister in einer schwarz-grünen Koalition gehandelt, wenn Rot-Schwarz abgelöst werden sollte. Daher sei ihm ein gutes Einvernehmen mit dem grün-linken Milieu wichtig. Tatsächlich feierte ihn der linksliberale „Tagesspiegel“ dieser Tage als „Konservativen mit menschlichem Antlitz“. Derweil verkündete Komoß, dass gegenüber aus SPD-Bürgermeister, Sozial- und Gesundheits-

ge“ finanzieren werde. Die Schulverwaltung hat bereits sechs neue Lehrerstellen im Bezirk eingerichtet.

Die „Bürgerinitiative Marzahn-Hellersdorf“ fordert indes, „kein weiteres Asylbewerberheim in Marzahn-Hellersdorf zu bauen, da hier bereits genug Ausländer von Sozialleistungen“ lebten. Von linksaußen wird die Initiative massiv unter Feuer genommen. Bianca Klose von der „Mobilien Beratung gegen Rechtsextremismus“ poltert: „Wir haben hier gesehen, dass Rassismus auch in der Mitte der Gesellschaft weit verbreitet ist.“ Arbeitssenatorin Dilek Kolat (SPD) verlangte von allen Berlinern, sich „nicht von diesen unanständigen braunen Rattenfängern verführen zu lassen“. Ein Anhänger der Bürgerinitiative hält im Internet dagegen: „Wir sind auch nicht rechts, weil wir das Asylantenheim nicht hier haben wollen. Wir wollen einfach sicher leben.“ Theo Maass

DDR-Propaganda in Potsdam

Landtagspräsident verhöhnt die Aufarbeitung der SED-Geschichte

Abfällig über die Arbeit der Enquetekommission zur DDR-Aufarbeitung hat sich Brandenburgs Landtagspräsident Gunter Fritsch (SPD) geäußert. In seinem Amt als Repräsentant des Parlaments eigentlich zu Unparteilichkeit und Unabhängigkeit verpflichtet, hat sich Fritsch dabei zu einem regelrechten Rundumschlag gegen die gesamte Opposition im Brandenburgischen Landtag verleiten lassen: „Das ist Frustbewältigung vom Feinsten“, so Fritsch über die Einsetzung der DDR-Enquetekommission auf Antrag der Oppositionsfaktionen CDU, FDP und Grüne im Jahr 2010.

Gemünzt ist Fritschs Behauptung auf die damalige Ablösung des SPD-CDU-Bündnisses durch die rot-rote Koalition und eine 15-jährige Abwesenheit von FDP und Grünen im Landtag. Ein nicht ganz unwichtiges Detail: Beschlossen wurde das Gremium zur DDR-Geschichte von allen

Fraktionen, einschließlich der Stimme von Fritsch. Der gehört der Kommission als stellvertretendes Mitglied sogar selbst an. Auch die Leitung des Gremiums liegt bei einer SPD-Abgeordneten.

Dass die Kritik von CDU und Grüne an Fritsch inzwischen un-

CDU und Grüne
attackieren Fritsch
für Entgleisung

gewöhnlich harsch ausgefallen ist, hat allerdings noch einen weiteren Grund: Die Unterstellung, Frustbewältigung sei das eigentliche Motiv, weswegen sich Parlamentarier für die Aufarbeitung der DDR-Vergangenheit eingesetzt haben, war ausgerechnet auf einer Buchvorstellung der Rosa-Luxemburg-Stiftung (Linke) gemacht worden. Präsentiert wurde das Buch eines Journalisten des „Neu-

en Deutschland“, in dem der Enquetekommission offen Gesinnungsschnüffelei und politische Hetzjagd in Sachen DDR-Aufarbeitung vorgeworfen werden.

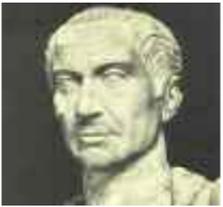
Von ähnlichem Kaliber sind weitere Thesen in dem Buch: In Brandenburg habe „nach 1990“ die „Zerstörung des ostdeutschen Unternehmenssektors“ stattgefunden, bei der Stasi-Aufarbeitung in Polizei und Verwaltung sei es darum gegangen, „diejenigen aufspüren zu wollen“, die „politisch nicht in den Kram passen“. Ebenso schräg ein Vorwurf mit Bezug auf die Arbeit der Enquetekommission des Landtages: Sie sei nur mit der „Heiligen Inquisition der katholischen Kirche“ vergleichbar. Statt das Brandenburgische Parlament vor derartigen Verunglimpfungen durch DDR-Nostalgiker zu bewahren, hatte der Landtagspräsident sich sogar dafür hergegeben, das Vorwort zu dem Buch mit den kruden Thesen zu liefern. N.H.

Zeitzeugen



Menes – Der mutmaßlich erste Pharao der ägyptischen Geschichte regierte das erstmals vereinte Reich am Nil um das Jahr 3000 v. Chr. und wird in antiken Listen als Gründer der 1. Dynastie (von insgesamt 31) geführt. Ob es vor ihm schon „richtige“ Könige gab oder doch nur Häuptlinge und Stammesfürsten mit allenfalls regionaler Bedeutung, ist unter Alttertforschern umstritten. Ihn als „ersten König der Menschheit“ zu feiern, dürfte aber gewagt sein.

Salomon – Der dritte der biblischen Könige Israels gilt weit über ethnische und religiöse Grenzen hinaus als der bedeutendste. Er baute Jerusalem zur Hauptstadt, Handels- und Wirtschaftsmetropole aus, errichtete den ersten Tempel, schuf eine moderne Verwaltung. Seine rund 40-jährige Regierungszeit zu Beginn des ersten vorchristlichen Jahrtausends wird bis heute gerühmt als „salomonische Aufklärung“. Diese Wertung stützt sich nicht nur auf sein legendäres „salomonisches“ Urteil, sondern auch auf seine Toleranz gegenüber fremden Religionen und Kulturen.



Gaius Julius Caesar – Der römische Feldherr, Schriftsteller und Politiker (100–44 v. Chr.) trug zwar selber nicht den damals verpönten Titel „rex“, trug aber wesentlich zur Etablierung der Monarchie im Römischen Reich bei und ist bis heute Namensgeber monarchischer Herrscher (Zaren und Kaiser). Ermordet wurde er am 15. März 44, nachdem er sich zum Diktator auf Lebenszeit hatte ernennen lassen.



Louis XIV. – Der als Sonnenkönig bekannte Herrscher Frankreichs (1638–1715) verkörperte wie kein anderer die Großmachtsansprüche der Grande Nation. Ob der Leitsatz „L'état c'est moi“ („Der Staat bin ich“) wirklich von ihm selber geprägt wurde, ist zweifelhaft. Sein Herrschaftsprinzip ist jedenfalls zutreffend damit beschrieben. Absolutismus und Zentralismus – unter diesen Prämissen orientierte er das gesamte politische und kulturelle Leben auf seine persönlichen Machtansprüche aus. Insbesondere an der Fixierung auf das Pariser Machtzentrum konnte auch die Französische Revolution nichts ändern; sie prägt bis heute Frankreichs Politik, Verwaltung und Wirtschaft.

Friedrich der Große – Der preussische König (1712–1786) wollte nicht „der Staat sein“, sondern dessen erster Diener. Leider fand er als bewusster Gegenentwurf zu Louis XIV. nicht immer die verdiente Anerkennung.

»... es lebe der König«

Der Monarch als Vermittler und moralische Instanz – Zum Rücktritt Alberts II.

Albert II. von Belgien reicht an diesem Wochenende das Zepter weiter. Elf Wochen zuvor war die niederländische Königin Beatrix in den königlichen Ruhestand getreten. Und weitere Thronwechsel stehen an, vielleicht in Spanien oder gar irgendwann in Großbritannien. Monarchendämmerung in Europa? Oder eher Renaissance einer Jahrtausendalten Staatsform?

Dass der belgische König den Rücktritt mit seinem Alter und seiner angeschlagenen Gesundheit begründete, ist glaubwürdig. Albert II. wird bald 80 Jahre alt und kann, wie er öffentlich bekundete, seine Funktionen nicht mehr „so ausüben, wie ich das möchte“. Das soll nun sein Sohn Philippe richten, eine wahrlich schwierige Aufgabe, die durchaus königliches Format verlangt. Die wichtigste Funktion eines Monarchen in Belgien ist nämlich der Ausgleich zwischen zwei Volksgruppen, wie sie gegensätzlicher kaum sein könnten.

Die Wallonen im Süden fühlen sich eher französischem Savo-

vivre zugetan. Da zeigt sich mediterranes Flair nicht nur in Straßencafés und Tempeln kulinarischen Hochgenusses, sondern zum Leidwesen vieler Wirtschaftsexperten und Arbeitgeber in einem eher laschen Umgang mit Begriffen wie Leistungsbewusstsein, Strebsamkeit oder Pünktlichkeit. Die flämischen Belgier nördlich der Sprachgrenze hingegen geben sich gern als typische Vertreter Mittel- und Nordeuropas. In ihrem Landesteil florierten Wirtschaft und Handel immer schon etwas besser. Damit einher ging ein zunehmendes Überlegenheitsgefühl.

Kein Wunder also, dass die Flamen, die etwa 60 Prozent der Bevölkerung ausmachen, politische Dominanz fordern. Der Streit geht bis hin zu offenem Separatismus.

Die deutsche Sprachgruppe um Eupen und Malmédy versteht es, nicht zwischen die flämisch-wallonischen Fronten zu geraten. Auf

Grund ihrer Größenordnung (weniger als ein Prozent) hat sie aber kaum Einfluss auf die belgische Politik.

Umso größer sind die Erwartungen an das Brüsseler Königshaus. Es hält seit nunmehr über 180 Jahren die nicht nur sprachlich gespaltene Nation zusammen. Albert, nahezu 20 Jahre im Amt, konnte an diese Tradition anknüpfen, gerade auch, wenn es wieder einmal besonders schwierig wurde. Zum Beispiel in den 90er Jahren, als die Af-

färe um die Untaten des Kindermörders Marc Dutroux das Volk moralisch zu zerreißen drohte. Hier spielten Politik und Sprachenstreit keine Rolle, hier war der König als oberste moralische Instanz gefordert.

Der König als Vermittler, das war Alberts Rolle während der Regierungskrise 2010/2011. In dieser schwierigen Phase wurde der in Brüssel residierende Monarch als

glaubwürdiges Symbol eines föderalen, auf Ausgleich bedachten Systems wahrgenommen – nicht nur von Flamen und Wallonen, sondern auch von vielen Europäern, die sich gegen Brüssel als zentralistischen Moloch wehren.

So erinnern die Rücktritte Alberts und Beatrix' daran, dass Monarchie und demokratischer Rechtsstaat keine Gegensätze sind, sondern sich durchaus ergänzen können. Ein Blick auf die politische Landkarte Europas zeigt: Stabilität, florierende Wirtschaft und Achtung der Menschenrechte gibt es in Monarchien wie in Republiken, das Gegenteil von alledem aber auch.

Eignet sich also zum Beispiel Deutschland als Argument gegen die Monarchie? Oder sind Schweden und Norwegen gute Argumente dafür? Wäre Spanien ohne König nicht in die Krise gerutscht? Oder Griechenland mit einem König? Es wird Zeit, dass solche Fragen vorbehaltlos gestellt werden können. Auch in Deutschland!

Hans-Jürgen Mahltz

Oberstes Ziel: Die Gesellschaft zusammenhalten



Große Erwartungen: Wenn König Albert II. (Mitte) den Thron an seinen Sohn Philippe übergibt, ist die kleine Elisabeth Kronprinzessin. Die Elfjährige könnte dann eines Tages die erste belgische Königin aus eigenem Anrecht an dem Thron werden.

Foto: action press

Monarchie darf nicht verteufelt werden

Seit 64 Jahren wird die Bundesrepublik Deutschland von einem parlamentarisch gewählten Präsidenten repräsentiert, dessen politische Macht sehr begrenzt ist. Er darf (beziehungsweise muss) Gesetze unterschreiben, Regierungsmitglieder bestellen oder entlassen, in seltenen Fällen das Parlament auflösen und Neuwahlen ausschreiben. Bei alledem unterliegt er strengsten gesetzlichen Regelungen, hat kaum Handlungsspielraum. Die Amtszeit ist auf höchstens zehn Jahre begrenzt.

Die Schöpfer unseres Grundgesetzes hatten gewiss gute Gründe, die Dinge so zu regeln. Dennoch sollte nicht außer Acht bleiben: Die republikanischen Zeiten machten nur einen gerin-

Gekrönte Häupter als Vorbilder

gen Teil der deutschen Geschichte aus. Seit Karls des Großen Zeiten wurden wir von Königen, Kaisern, Fürsten und sonstigen gekrönten Häuptern regiert. Darunter waren herausragende Persönlichkeiten, die sich größte Verdienste um das Wohl des Volkes und dessen internationales Ansehen erwarben. Als Beispiele nennen wir Karl, Otto und Friedrich, die zu Recht den Beinamen „der Große“ trugen. Vorbilder, von denen mancher noch heute träumt.

Natürlich gab es in 1200 Jahren deutscher Geschichte auch Herrscher, die alles andere als „groß“ waren. Darum darf man aber nicht Monarchie, Adel und alles, was irgendwie damit zusammenhängt, unkritisch verurteilen und verteufeln. Schließlich soll es gelegentlich ja auch Präsidenten geben, die nicht jedermanns erste Wahl sind, sondern ihre Wahl dem gerade aktuellen parteipolitischen Kalkül verdanken. Solche einer „res publica“ unwürdigen Schauspiele blieben uns in einer Monarchie erspart. H.J.M.

Uralt, aber nicht altmodisch

Ein Viertel aller EU-Staaten wird von Monarchen repräsentiert

Vor vier Jahrtausenden, vielleicht sogar noch ein paar hundert Jahre früher, entstanden die ersten Königreiche, in Ägypten, in Israel, in Rom, in China, um einige der ältesten und wichtigsten Hochkulturen zu nennen. Und noch heute haben 43 von 193 Mitgliedsstaaten der Vereinten Nationen einen Monarchen an ihrer Spitze.

In der EU werden sieben von 28 Staaten, also genau ein Viertel, monarchisch geführt – sechs Königreiche und ein Großherzogtum; hinzu kommen die Fürstentümer von Monaco und Andorra, die keine volle Souveränität genießen und folglich nicht als selbstständige EU-Mitglieder zählen.

Heute gibt es fast nur noch sogenannte Erbmonarchien, in denen die Herrscherfamilien strengen Thronfolgeregelungen unterliegen. Sie zeichnen sich durch Kontinuität und Verlässlichkeit aus; das Volk weiß nicht nur, wen es hat, sondern auch, wen es demnächst bekommen wird. Dass in diesen Dynastien auf exzellente Ausbildung Wert gelegt wird, ist selbstverständlich.

Ebenso selbstverständlich ist der unbedingte Respekt vor den

demokratisch-parlamentarischen Institutionen. In europäischen Königs- und Fürstenthronen wie auch in Japan finden sich keine Spuren von mittelalterlicher Feudalherrschaft mehr.

Anders konstruiert als die parlamentarischen Monarchien in Europa sind die konstitutionellen

Der Vatikan – Europas letzte Bastion des Absolutismus

Monarchien vorzugsweise der arabischen Welt. In Staaten wie Marokko, Jordanien oder den Vereinigten Emiraten hat das Staatsoberhaupt erheblichen Einfluss auf das politische Tagesgeschäft. Saudi-Arabien, Katar oder die Sultanate Brunei und Oman gelten gar als letzte Bastionen eines nahezu uneingeschränkten Absolutismus. Gemäßigt konstitutionelle Monarchien finden wir auch noch in Thailand, Kambodscha und Buthan.

Weltweit gibt es nur noch vier sogenannten Wahlmonarchien. In Kambodscha wird der König von

einem neunköpfigen Thronrat auf Lebenszeit auserkoren. In Malaysia wird alle fünf Jahre ein neuer König auf Zeit gewählt; zur Wahl stehen die neun Sultane des Landes, deren politische Funktion mit der unserer Ministerpräsidenten in den Bundesländern vergleichbar ist.

In den Vereinigten Arabischen Emiraten haben sich 1971 sieben autonome Emirate zusammenschlossen. Der Herrscherrat, bestehend aus den sieben Emiren, wählt aus den eigenen Reihen für jeweils fünf Jahre einen Präsidenten, der als konstitutioneller Monarch bezeichnet werden kann.

Eine Sonderrolle nimmt der Vatikan ein, ebenfalls eine Wahlmonarchie. Er ist mit nur 0,44 Quadratkilometern der kleinste offiziell anerkannte Staat der Erde, gehört aber nicht der Uno an, sondern hat dort nur Beobachterstatus. In Europa gilt er als die letzte absolute Monarchie. Dass sich die sonst übliche erbliche Thronfolge hier nicht etablieren konnte, ist spätestens seit Einführung des Zölibats durch Papst Benedikt VIII. im Jahre 1022 nachvollziehbar. H.J.M.

Preussische Allgemeine Zeitung

WOCHENZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND
DAS OSTPREUSSENBLATT

Chefredakteur:

Dr. Jan Heitmann
(V. i. S. d. P.)

Chefin vom Dienst, Politik, Bücher: Rebecca Bellano; **Politik, Wirtschaft:** Hans Heckel; **Kultur, Lebensstil, Leserbrief:** Harald Tews; **Geschichte, Ostpreußen heute:** Dr. Manuel Ruoff; **Heimarbeit:** Manuela Rosenthal-Kappi; **Ostpreussische Familie:** Ruth Geede.

Freie Mitarbeiter: Liselotte Millauer (Los Angeles), Norman Hanert (Berlin), Wilhelm v. Gottberg, Hans-Jürgen Mahltz.

Verlag und Herausgeber: Landsmannschaft Ostpreußen e.V., **Anschrift von Verlag und Redaktion:** Buchstraße 4, 22087 Hamburg. **Für den Anzeigenteil gilt:** Preisliste Nr. 32.

Druck: Schleswig-Holsteinischer Zeitungsverlag GmbH & Co.KG, Fehmarnstraße 1, 24782 Büdelsdorf. – ISSN 0947-9597.

Die *Preussische Allgemeine Zeitung* ist das Organ der Landsmannschaft Ostpreußen (LO) und erscheint wöchentlich zur Information der Mitglieder des Förderkreises der LO. **Bezugspreise** pro Monat seit 1. Januar 2013: Inland 10 Euro einschließlich 7 Prozent Mehrwertsteuer, Ausland 12,50 Euro, Luftpost 16,50 Euro. Abbestellungen sind mit einer Frist von einem Monat zum Quartalsende schriftlich an den Verlag zu richten.

Konten: HSH Nordbank, BLZ 210 500 00, Konto-Nr. 192 344 000, Postbank Hamburg, BLZ 200 100 20, Konto-Nr. 84 26-204 (für Vertrieb). Für unverlangte Einsendungen wird nicht gehaftet.

Die Bezieher der *Preussischen Allgemeinen Zeitung* werden, wenn sie keinen anderen Willen äußern, mit dem Beginn des Abonnements Mitglieder der Landsmannschaft Ostpreußen e.V. und ihrer Untergliederungen. Die Aufnahme der Bezieher in die Heimatkreise oder Landesgruppen erfolgt durch schriftliche Beitrittserklärung. Diese kann zusammen mit dem Antrag auf Lieferung der *Preussischen Allgemeinen Zeitung* erklärt werden. Der Mitgliedsbeitrag in Höhe von einem Drittel des Brutto-Inlandsbezugspreises der *Preussischen Allgemeinen Zeitung* wird zusammen mit dem jeweils gültigen Abonnementpreis in einer Summe erhoben und dient der Unterstützung der Arbeit der Landsmannschaft Ostpreußen e.V.

Telefon (040) 4140 08-0
Telefon Redaktion (040) 4140 08-32
Fax Redaktion (040) 4140 08-50
Telefon Anzeigen (040) 4140 08-47
Telefon Vertrieb (040) 4140 08-42
Fax Anz./Vertrieb (040) 4140 08-51

Internet:
www.preussische-allgemeine.de
E-Mail:
redaktion@preussische-allgemeine.de
anzeigen@preussische-allgemeine.de
vertrieb@preussische-allgemeine.de

Landsmannschaft Ostpreußen:
www.ostpreussen.de
Bundesgeschäftsstelle:
lo@ostpreussen.de

www.preussische-allgemeine.de
Benutzername/User-ID: paz
Kennwort/PIN: 2804

Lockmittel Kindergeld

Rumänen und Bulgaren wird mit Hilfe von Staatsgeldern Arbeit auf Schlachthöfen schmackhaft gemacht

Dass EU-Arbeitnehmern in Deutschland selbst dann Kindergeld zusteht, wenn ihre Kinder nicht in Deutschland wohnen, hat windigen Schlepperfirmen eine neue Masche möglich gemacht. Rumänen und Bulgaren werden zulasten der deutschen Steuerzahler mit Arbeitsplatzangeboten nach Deutschland gelockt, bei denen das gezahlte Kindergeld fester Teil des Lohns ist.

Um eine Variante reicher geworden ist die Diskussion um EU-Sozialtourismus und Dumpinglöhne in Deutschland. Bei Fleischverarbeitungsbetrieben im Oldenburger Münsterland mehren sich die Fälle, bei denen Arbeitskräfte aus Rumänien und Bulgarien mit dem Versprechen nach Deutschland gelockt werden, am neuen Arbeitsplatz Kindergeld für ihre in der Heimat lebenden Kinder bekommen zu können. Ermöglicht wird der Trick durch EU-Recht, das vorsieht, dass Kindergeld auch dann ausgezahlt werden muss, wenn die Kinder im Ausland wohnen. In der Folge hat sich in Niedersachsen ein regelrechtes Geschäftsmodell um die Vermittlung von Billigarbeitern vom Balkan entwickelt. Die Folge: Waren im Mai vergangenen Jahres 300 Anträge auf Kindergeld durch Rumänen und Bulgaren bei der Arbeitsagentur in Vechta gestellt worden, so lag die Zahl in diesem schon bei 600.

Auf Kosten der Steuerzahler ist so ein professionell organisiertes Geschäftsmodell entstanden. „Häufig verpflichten sich die Arbeitnehmer, einer Schlepperfirma eine hohe Provision für eine erfolgreiche Vermittlung ins deutsche Sozialsystem zu zahlen“, so Stephan Siemer, CDU-Landtagsabgeordneter aus Vechta in der „Hannoverschen Allgemeinen Zeitung“. Obwohl für Rumänen und Bulgaren eigentlich erst ab Anfang 2014 die volle Arbeitnehmerfreizügigkeit für die gesamte EU gilt, sind über Subunternehmen schon jetzt tausende Arbeitskräfte vom Balkan auf deut-



Ausbeutung: Rund 10000 Osteuropäer sollen in der niedersächsischen Fleischindustrie für 3,50 Euro Stundenlohn arbeiten

schen Schlachthöfen beschäftigt. Werkverträge mit den Subunternehmen machen das Aushebeln des noch herrschenden Beschäftigungsverbots möglich. Als Resultat gehören schon jetzt an vielen deutschen Schlachthöfen nur noch zehn bis 20 Prozent der Beschäftigten zur Stammebelegschaft, den Rest stellen Subunternehmen mit ihren Billig-Leiharbeitern vom Balkan und aus Osteuropa. Entstanden ist so ein einträgliches Geschäft, von dem nicht nur die Schlachthofbetreiber profitieren.

Dabei bleibt es inzwischen nicht mehr nur bei der bloßen Ausnutzung des Sozialstaats zur Subventionierung von Billiglöhnen per Kindergeld. Der deutsche Fiskus wird gleich doppelt geschöpft. Teil des Pakets, mit dem die Arbeitskräfte vom Balkan geködert werden, ist es, dass bei den zuständigen Finanzämtern die Er-

stattung von regelmäßigen Heimfahrten geltend gemacht werden, um so der hiesigen Besteuerung zu entgehen.

In wenigen Monaten dürfte das Geschäftsmodell mit subventionierten Billiglöhnen eine weitere Optimierung erfahren, da zum

Keinerlei Protest von Seiten des deutschen Steuerzahlers

1. Januar 2014 die letzten Beschränkungen bei der Arbeitsaufnahme in der EU für Arbeitnehmer aus Rumänien und Bulgarien entfallen. In Deutschland sind dann Tricksereien wie die noch jetzt häufig angewandten Scheinselbstständigkeitsverträge nicht mehr nötig. Gleichzeitig können die

ausgezählten Hungerlöhne dann über die Beantragung von Hartz-IV-Leistungen zusätzlich aufgestockt werden.

Von den Vorwürfen betroffen ist eine Branche, die wegen Billiglöhnen ohnehin unter heftiger Kritik steht. Allein in der niedersächsischen Fleischindustrie arbeiten inzwischen schätzungsweise bis zu 10000 Osteuropäer zu Stundenlöhnen von drei bis fünf Euro. Welches Selbstverständnis mittlerweile in der Branche Einzug gehalten hat, wurde bei den jüngst gescheiterten Verhandlungen über Mindestlöhne für Niedersachsens Fleischverarbeiter deutlich. Ins Gespräch gebracht wurde dabei der Begriff eines „gefühlten Mindestlohns“. Dabei soll sich der Lohn an den Einkommensverhältnissen in der Heimat der osteuropäischen Leiharbeiter bemessen. Auf welchem Niveau sich das be-

wegen könnte, wird mit Blick nach Bulgarien deutlich. Der monatliche Durchschnittslohn liegt dort nach offiziellen Angaben derzeit bei rund 400 Euro. Kaum verwunderlich, dass bei solchen Überlegungen ganz offen damit kalkuliert wird, den Sozialstaat zur Lohnsubventionierung heranzuziehen. Konkret könnten die niedrigen Löhne in der Branche ja durch Kindergeld und andere Sozialleistungen in Deutschland aufgestockt werden, so die Argumentation während der Gespräche für die niedersächsische Fleischbranche.

Inzwischen gibt es erste Anzeichen, dass das System der Werkverträge für Südosteuropäer auch in anderen Branchen der Lebensmittelindustrie Schule macht und sogar schon auf die Metallindustrie übergreift.

Erstaunlich ist der bisherige Gleichmut unter der deutschen Bevölkerung gegenüber einem derartigen Geschäftsmodell, bei dem sich Unternehmer ihre Lohnkosten quasi staatlich subventionieren lassen. Tatsächlich könnte ein Ende des ebenso lukrativen wie skrupellosen Geschäfts auch eher durch Druck von außen und nicht von Seiten der deutschen Steuerzahler eingeleitet werden. Belgien hat sich inzwischen wegen der Zustände auf den deutschen Schlachthöfen an die EU-Kommission gewandt. Der Vorwurf: Durch das Lohndumping in der deutschen Fleischindustrie sei es billiger, Tiere aus Belgien nach Deutschland zum Schlachten zu bringen, als es vor Ort selbst zu verarbeiten. Norman Hanert

MELDUNGEN

Spanien zu unsicher

Frankfurt am M. – Gegenüber dem eigenen Verwaltungsrat hat der Vorstand der staatlichen KfW-Bank bekannt, dass er den 800-Millionen-Euro-Kredit an die spanische Förderbank ICO sehr skeptisch sieht. Hätte die deutsche Bundesregierung nicht für diesen Kredit gebürgt, hätte man den Spaniern das Geld nicht geliehen. Dies ist insoweit interessant, als für die ICO sowieso der spanische Staat bürgt, doch den hält der KfW-Vorstand offenbar nicht für solvent genug. Die ICO will das Geld der KfW an spanische Unternehmen weiterreichen. Diese bekommen wegen der schlechten Wirtschaftslage in Spanien von ihrer Hausbank häufig kein Geld mehr. In diesen risikoreichen Bereich soll nun die ICO deutsche KfW-Gelder investieren. Bel

Stimmung gegen Auslandseinsätze

St. Goar – Das der Bundeswehr sich eng verbunden fühlende, privat geführte „bundeswehr-journal“ bestätigt zwar die Zahlen des „Spiegels“ bezüglich der Kosten der Auslandsmissionen, kritisiert aber die der Meldung unterstellte Stimmungsmache. So habe das Hamburger Magazin mit folgendem Satz die Auslandseinsätze in ein schlechtes Licht rücken wollen: „Das geht aus einer internen Berechnung des Verteidigungsministeriums hervor, die ein Beamter des Hauses kürzlich Vertretern der Industrie präsentiert hat.“ Von 1992 bis 2012 kosteten die einsatzbedingten Zusatzausgaben, also nur Mittel zur Deckung des unmittelbar einsatzrelevanten Bedarfs ohne Sold der Soldaten, 16,85 Milliarden Euro. 2002 und 2011 waren mit jeweils rund 1,5 Milliarden Euro die teuersten Jahre. Zum 10. Juli waren 6198 Bundeswehrsoldaten im Auslandseinsatz. Bel

Stromausfall garantiert

Ob nur im Kleinen oder im Großen, Energiewende macht es möglich

Allein am Sommerloch kann es nicht liegen, dass der „Spiegel“ dem Thema Stromausfall zwei Seiten widmet. Denn der Hinweis auf Händler, die sich einer wachsenden Nachfrage nach Hartkeksen, Notfalltoiletten, Petroleumkochern und kurbelbetriebenen Taschenlampen gegenübersehen, wird mit Bedenken der Bundesnetzagentur bezüglich der Versorgungssicherheit unterfüttert. Sie ist Herrin über alle Versorgungsnetze in Deutschland und sieht durchaus so manchen Engpass.

„Am 24. Dezember 2012 traf eine sehr steile Windflanke, das heißt eine kurzfristig stark erhöhte Einspeisung aus Windenergieanlagen mit einer sehr geringen Stromnachfrage zusammen. Gleichzeitig wurden konventionelle Erzeugungsanlagen nicht weiter herunter geregelt, was die Situation verschärfte“, schildert die Behörde in ihrem Bericht vom Ende Juni einen Fall, an dem Deutschland dicht an einem Stromausfall vorbeischrämte. Zudem sei es am 10. Februar dieses Jahres zu einer „Überspeisung“ der deutschen Regelzone aufgrund fehlerhafter Prognosen der Photo-

voltaikeinspeisung gekommen. „Die Schneebedeckung von Photovoltaikmodulen war geringer als angenommen, tatsächlich betrug die Photovoltaikeinspeisung das Doppelte der vortägigen Prognose“, erklärt die Bundesnetzagentur die Ursache. Zu viel Strom, aber auch zu wenig Strom können die veralteten, nicht bedarfsgerechten Netze schnell überlasten. Bezüglich Süddeutschland wird auch vor einer Knappheit an konventionellen Kraftwerken gewarnt. Vor allem wenn Ende 2015 das Kernkraftwerk Grafenrheinfeld in Bayern endgültig vom Netz geht, kön-



Noch wird viel geredet und wenig gehandelt: Wirtschaftsminister Rösler wird für den Netzausbau

Bild: action press

ne es zu regionalen Engpässen kommen. Welche Folgen ein Stromausfall haben kann, ließ die Bundesnetzagentur bereits im Frühjahr, wie von der PAZ berichtet, in einer Lesung den Autor des Thrillers „Blackout“ mit aller Dramatik darstellen: Ampelausfälle, Folgeunfälle, Aussetzung der Kühlung von Lebensmitteln daheim und in Supermärkten, unversorgtes Vieh in Mastbetrieben, Ausfall von Radio, Fernsehen und Internet sowie Panik in der Bevölkerung.

Dagegen erscheint es auf den ersten Blick fast banal, dass das Ausgleichskonto für die Erneuerbaren Energien (EEG) im Juni mit einem Minus von 900 Millionen Euro abschloss. Da mehr Geld für Solar- und Windstromanlagen ausbezahlt wurde, als die Stromkunden über die EEG-Umlage gezahlt haben, droht nun eine noch drastischere Strompreiserhöhung als sowieso schon prognostiziert. Das wiederum bedeutet für so manchen Niedrigverdiener oder Kleinrentner jedoch auch schon einen „Blackout“, da er sich die steigenden Stromkosten nicht leisten kann. Bel

Schwarz-Gelb darf hoffen

Regierung in Hessen holt laut Umfragen gegenüber Rot-Grün auf

Totgesagte leben länger. Das hoffen zumindest der hessische CDU-Chef und Ministerpräsident Volker Bouffier und sein Koalitionspartner Jörg-Uwe Hahn, Chef der Landes-FDP. Laut Umfragen steigen beide Parteien nämlich wieder in der Wählergunst. Die Liberalen, denen die Umfrageinstitute bis vor Kurzem vorhergesagt hatten, dass sie an der Fünf-Prozent-Hürde massiv scheitern würden, da nur knapp drei Prozent der Wähler für sie stimmen würden, wird nun prognostiziert, dass sie wieder, wenn auch knapp, in den Landtag einziehen werden. Und die CDU, die mit dem Verlust der Bürgermeisterposten in den Städten Frankfurt am Main und Wiesbaden wichtige Positionen räumen musste, erlangt nun in Umfragen doch wieder 38 Prozent. Zwar würde Rot-Grün derzeit zwei Prozentpunkte vor Schwarz-Gelb liegen, aber Bouffier und Hahn hoffen, dass sie bis zur Wahl am 22. September diesen Rückstand aufholen können.

Mit welchen Inhalten die beiden Parteien die Hessen dazu bringen wollen, für sie zu stimmen, ist allerdings nicht sofort ersichtlich. Es scheint vielmehr, als wollte vor allem Bouffier mit dem Image des netten, sympathischen Landesvertreters überzeugen. Damit setzt er

sich bewusst von seinem Amtsvorgänger Roland Koch (CDU) ab, von dem Bouffier das Amt geerbt hat, da der kantige Jurist sein Geld lieber in der Wirtschaft als Vorstandsvorsitzender des Baukonzerns Bilfinger verdienen wollte. Ein Job übrigens, den Koch zahlreichen Wirtschaftsexperten zufolge ganz gut macht und für den er deutlich weniger Kritik und Häme einsteckt.

SPD-Einheitsschule ist für viele Bürger ein rotes Tuch

ken muss bei einem zugleich deutlich attraktiveren Gehalt.

Der Jurist Bouffier hingegen scheint ganz zufrieden mit seiner jetzigen Aufgabe und will nun auch erstmals in die Position des Ministerpräsidenten gewählt werden. Allerdings mag die Mehrheit der Hessen den grünen Spitzenkandidat Tarik Al-Wazir lieber. Selbst der SPD-Kandidat Thorsten Schäfer-Gümbel scheidet bei den Sympathiewerten besser ab und das, obwohl dieser wegen seiner laut „FAZ“ „gurkenglassdicken Brillengläser“ oft belächelt wird. Vor allem scheint die Mehrheit der Hessen es ihm nicht übel zu nehmen,

dass er einst der Taschenträger der spektakulär gescheiterten Beinahe-Ministerpräsidentin Andrea Ypsilanti war. Die SPD-Politikerin hatte versucht, durch Tolerierung der Partei „Die Linke“ eine rot-grüne Minderheitsregierung durchzusetzen, war aber am Widerstand aus den eigenen Reihen gescheitert. Immerhin sprechen die Hessen Bouffier die meiste Kompetenz zu, ihr Land zu führen. Und dieser zeigte im Wahlkampf auch starkes Interesse an den Wünschen der Bürger, denn CDU-Mitglieder, aber auch Parteilose konnten Vorschläge für das Wahlprogramm der CDU einreichen. Offenbar war das Thema kostenfreie Kita-Plätze ganz oben auf der Liste, denn diese sagte Bouffier für den Fall zu, dass Hessen mit seiner Klage gegen den Finanzausgleich gewinnt.

Schützenhilfe für Schwarz-Gelb dürfte Schäfer-Gümbel indirekt geleistet haben, als er seine bildungspolitische Sprecherin Heike Habermann für den Posten der Kultusministerin ins Spiel brachte. Habermann ist für die Einheitsschule, die wiederum für die Mehrheit der Hessen ein rotes Tuch ist. Und da hilft es auch wenig, dass Rot-Grün die Fluglärm-Genervten unterstützen, denn die sind zwar laut in ihren Protesten, zahlenmäßig aber überschaubar. Bel

MELDUNGEN

Bankenparadies kriegt den Euro

Riga – Am 1. Januar 2014 wird Lettland als 18. Staat den Euro einführen, obwohl nur gut jeder fünfte Lette die neue Währung haben möchte: Nach einer Umfrage sprechen sich 22 Prozent für und 53 Prozent gegen den Euro aus. EU-Politiker loben die soliden Staatsfinanzen des baltischen Landes. Die Staatsverschuldung entspricht nur gut 40 Prozent der Jahreswirtschaftsleistung (Deutschland liegt bei mehr als 80 Prozent). Kritiker warnen indes vor einem aufgeblähten Bankensektor, der mit russischem Oligarchengeld vollgepumpt sei. Das birge Risiken, die entfernt an Zypern erinnerten. *H.H.*

Stehaufmännchen Juncker

Luxemburg – Trotz Auseinanderbrechens der Regierungskoalition hat Jean-Claude Juncker als dienstältester Regierungschef in der EU Chancen auf eine weitere Amtszeit. Nachdem Juncker den Rückhalt seines Koalitionspartners wegen Versäumnissen bei der Aufsicht des Geheimdienstes SREL verloren hat, stehen in Luxemburg für den 20. Oktober Neuwahlen an. Die Christlich Soziale Volkspartei (CSV) – traditionell die stärkste politische Kraft – hat Juncker bereits wieder als Spitzenkandidaten für die Neuwahl aufgestellt. Im Großherzogtum gilt Juncker trotz der Vorwürfe nach wie vor als beliebt. Sollte nach den Wahlen im Herbst eine Zusammenarbeit von Junckers bisherigem Koalitionspartner, den Sozialdemokraten, mit Liberalen und Grünen zustande kommen, bliebe dem 58-jährigen immer noch die Chance auf eine Karriere bei der EU: Juncker gilt als aussichtsreicher Anwärter auf den Posten des EU-Ratspräsidenten, wenn 2014 die Amtszeit des Belgiers Herman Van Rompuy endet. *N.H.*

Milizen krimineller Banden und radikaler Islamisten terrorisieren Libyen und machen das Land zusehends unregierbar. Die Nato, die 2011 den damaligen Diktator Muammar Ghaddafi gestürzt hat, soll jetzt wieder helfen.

Zwei Jahre nach dem Sturz von Machthaber Ghaddafi steht das Land vor dem Zerfall. Zu diesem Schluss kam die Nato-Delegation, die Ende Juni das Land bereiste. „Armee und Polizei sind derzeit nicht in der Lage, die Sicherheit für das Land zu garantieren“, zitiert „Spiegel Online“ aus dem Bericht. Kriminelle Banden und radikale Islamisten nutzen dieses Vakuum aus. Libyen habe das „weltweit größte ungesicherte Arsenal von Waffen, darunter Minen, Munition und tragbare Flugabwehrsysteme“, so der Bericht der Nato-Delegation.

Libyens Regierung soll nach internen Berichten die Nato um militärische Unterstützung gebeten haben, um ein Abgleiten des Landes ins völlige Chaos zu verhindern. Die Nato hatte 2011 versprochen, dem Land auf dem Weg zur Demokratie beizustehen. Das Bündnis ist deshalb auch in der Pflicht. Nun soll die Regierung in Tripolis nach dem Besuch der Delegation die Nato gebeten haben, den Aufbau einer bis zu 35 000 Mann umfassenden Nationalgarde zu unterstützen. Ein direktes militärisches Eingreifen mit Nato-Truppen in Libyen zur Stabilisierung der Regierung ist völlig undenkbar. Denkbar sind militärische Berater und Ausbilder sowie technische Hilfe. Aufgrund schlechter Erfahrungen im nordafrikanischen und arabischen Raum wie auch in Afghani-

Libyen droht der Zerfall

Ratlose Regierung bittet Nato um Hilfe, doch die fürchtet weitere Engagements

stan wird die Nato dabei sehr zurückhaltend bleiben. Die Nato befürchtet zudem Kompetenzstreitigkeiten im Land. Generell mangle es den Regierungsstellen an der „Fähigkeit, Rat aufzunehmen und umzusetzen“.

Anfang Juni hatte Generalstabschef Yussef al-Mangush nach den Kämpfen zwischen früheren Rebellen und Demonstranten im libyschen Bengasi mit 31 Toten seinen Rücktritt erklärt. Die Demonstranten wollten erreichen, dass die Rebellen Bengasi verlassen und dass statt ihnen die Armee die Kontrolle übernimmt. Seit

vor hatte eine Miliz, die ein Gefängnis betreibt, das Justizministerium gestürmt. Zeitgleich wurde Mohamed Ali al Gattous, Bera-

Lange Kette zerfallener Staaten

ter von Premierminister Ali Zeidan, an einer von einer Miliz errichteten Straßensperre festgenommen und entführt. Mehrere Regierungsmitglieder hatten To-

Saudi-Arabien unterstützt werden.

Einen weithin beachteten Höhepunkt erreichte die Gesetzlosigkeit in Libyen mit der Ermordung des US-Botschafters Christopher Stevens und vier seiner Mitarbeiter am 11. September 2012 in Bengasi. Zum Anschlag bekannte sich damals der jemenitische Zweig von al-Kaida. Die USA beschränkten sich darauf, von den libyschen Behörden die Aufklärung der Tat zu fordern, die bis heute nicht erfolgt ist. Es ist mehr als wahrscheinlich, dass eine konsequente Aufklärung die

Arbeitsmigranten, die oft ohne die nötigen Papiere über die Südgrenzen eingewandert sind. Die Bewohner der Stadt Tawergha, libysche Staatsbürger schwarzer Hautfarbe, wurden vertrieben. Viele sind gelyncht, einigen Tausend gelang die Flucht nach Ägypten oder Tunesien. Nach Angaben des nigrischen Staatssekretärs Boubacar Yayé befinden sich allein 3000 seiner Landsleute in libyschen Gefängnissen, deren Standort oft unbekannt ist. Schwarzafrikanische Flüchtlinge wagen es deshalb kaum noch, Libyen als Transitland für das Erreichen der EU zu nutzen.

Libyen reiht sich ein in die lange Kette zerfallener Staaten, die sich als Folge westlicher Interventionen von Somalia über Afghanistan und Irak nun bis Libyen zieht und der demnächst wohl Syrien hinzuzufügen ist. Saudi-Arabien und Katar versuchen durch Ausbreitung eines fanatisch-schihadistischen Islams, ihre neue Führungsrolle in der sunnitisch-arabischen Welt zu sichern. Im Gegenzug soll der Westen freien Zugang zu den Energieressourcen der Region behalten.

Nur die Gas- und Ölproduktion funktioniert in Libyen wieder wie vor dem Krieg. Während es im Flugverkehr zu Engpässen bei der Kerosinversorgung kam und der Flughafen von Bengasi zeitweilig geschlossen werden musste, hat die Öl- und Gasproduktion Libyens fast wieder Vorkriegsniveau erreicht, allerdings dank des Einsatzes ausländischer privater Sicherheitsunternehmen, die den Schutz der Einrichtungen übernommen haben. *Bodo Bost*



Aufräumarbeiten in Tripolis: Zumindest im Straßenbild werden die Kriegsspuren inzwischen beseitigt

Bild: pa

Monaten versucht die noch bestehende Zentralregierung, die Kontrolle wenigstens in der Hauptstadt zu übernehmen, wo unterschiedliche Milizen rund 500 öffentliche und private Gebäude kontrollieren. In den Monaten zu-

desdrohungen von Milizen erhalten, denen es nicht recht war, dass Beamte aus der Zeit von Ghaddafi wieder eingestellt worden waren. Gewalt und Androhung von Gewalt gehen hauptsächlich von salafistischen Banden aus, die von

engen Verbindungen zutage fördern könnte, die seit Beginn des Krieges gegen Libyen zwischen den USA sowie Katar und Saudi-Arabien bestehen.

Unter den chaotischen Verhältnissen leiden vor allem schwarze

Meerzugang als Köder

Pakistan hofft mit China als Partner auf mehr Wachstum

Süßer als Honig“, schwärmte Pakistans neuer Premierminister Nawaz Sharif über die Beziehungen seines Landes zur Volksrepublik China nach seinem Staatsbesuch in Peking Anfang Juli. Die ökonomischen, diplomatischen und militärischen Bande seien Ausdruck einer tiefen Freundschaft und eines engen Bündnispakts. Bei dem Besuch vereinbarten die beiden Länder die Schaffung eines Korridors zwischen Chinas Grenze und des Arabischen Meers. China erhält so einen soliden Zugang zum Indischen Ozean und nach Ostafrika. Wichtiges Bindeglied dabei ist der Ausbau des Karakorum-Highways. Zudem wurde eine Kooperation zwischen der kommunistischen Partei der Volksrepublik und Sharifs Muslim League beschlossen.

Die Regierung in Islamabad erhofft sich von der Verstärkung der Allianz mit den Machthabern in Peking einen kräftigen Investitionsschub und neue Einkommensquellen für die 173 Millionen Einwohner. Denn gegenwärtig leidet das Land noch unter schwachem Wachstum, Inflation, schwindenden Devisenreserven



Pakistans Premier Nawaz Sharif und sein chinesischer Amtskollege Li Keqiang

Bild: pa

und einer ungenügenden Energieversorgung. China erhält vor allem militärische Vorteile im Indischen Ozean und eine wesentliche Kostenersparnis beim Gütertransport. Die Schiene nach Pakistan ist umso wichtiger, als die frühere enge Zusammenarbeit mit Birma nach dem Demokratisierungsprozess nicht mehr so reibungslos funktioniert, hier nutzte Peking eine eine auch für

militärische Nutzung ausgebaute Fernstraße als Verbindung zum Indischen Ozean. Allerdings unterhalten die Chinesen nach wie vor auf den Birma vorgelagerten Kokosinseln einen Stützpunkt für Fernmelde- und Elektronische Aufklärung sowie einen U-Boot-Stützpunkt. Zudem sicherte sich Peking im neuen Tiefwasserhafen Kyaukpyu ein Standbein und hat sich auch in Bangladesch am Ausbau von Infrastruktur und Häfen engagiert. Diese Umklammerung von beiden Seiten wird vor allem von Indien mit Argwohn beäugt.

Das Handelsvolumen der Islamischen Republik Pakistan mit China schwoll in den vergangenen Jahren auf zwölf Milliarden Dollar an und dürfte bis 2015 etwa 15 Milliarden erreichen. Bedeutendstes Ereignis der jüngsten Vergangenheit war der Kauf des pakistanischen Hafens Gwadar an der Straße von Hormus, durch die ein Drittel der weltweiten Öltransporte fließt. Zugleich erhoffen sich die Chinesen ein schärferes Vorgehen Pakistans gegen die Camps der chinesischen Uiguren, mit denen Peking im Dauerclinch liegt. *Joachim Feyerabend*

Viele Fragen offen

Moskauer Staatsanwaltschaft wirft Botschaften Einmischung vor

Seit Inkrafttreten des neuen Registrierungsgesetzes für Nichtregierungsorganisationen (NGOs) in Russland hat die Moskauer Staatsanwaltschaft die Büros zahlreicher Organisationen gefilzt und zigttausende Seiten an Dokumenten beschlagnahmt. Jetzt legte Generalstaatsanwalt Jurij Tschajka Präsident Putin seinen Bericht zur Überprüfung der NGOs vor.

Tschajka listet 215 nichtkommerzielle Organisationen als ausländische Agenten auf, von denen ein Teil Geld aus dem Ausland annehme. Die Mittel aus dem Ausland hätten sich im Zeitraum von 2010 bis 2013 auf mehr als 140 Millionen Euro belaufen. Zum Vergleich: 358 NGOs seien von der russischen Regierung mit insgesamt 154 Millionen Euro gefördert worden. Die übrigen 1868 der insgesamt 2225 Organisationen hätten 567 Millionen Euro aus anderen Quellen erhalten. Einigen NGOs wirft Tschajka vor, sie seien vom Ausland gesteuert: „Entgegen den Auflagen der Wiener Konvention von 1969 werden 17 politisch tätige Organisationen direkt von den Botschaften der USA, Großbritanniens, Belgiens, der Niederlande und der Schweiz finanziert, was nach Ansicht des Außenministeriums eine Einmischung in die inneren Angelegenheiten unseres Lan-

des und somit eine Verletzung der allgemein anerkannten Völkerrechtsnormen dargestellt“.

Internationale Menschenrechtsorganisationen wie Memorial und die Moskauer Helsinki-Gruppe, aber auch lokale Bewegungen wie das Levada-Zentrum, die Rechtschutzorganisation Agora oder die Bewegung Golos (Stimme) haben jetzt die Möglichkeit, Mittel aus

»Beziehungen zum Ausland seit jeher bekannt und legal«

dem Fonds des Präsidenten zu beantragen. Einerseits verhindert die Regierung so die Einflussnahme des Auslands, andererseits könnte sie die Unabhängigkeit der Organisationen untergraben, befürchtet Grigorij Melkonjan, zweiter Vorsitzender der Bewegung Golos.

Tschajkas Bericht rief bei den Botschaften der beschuldigten Länder Unverständnis hervor. Der Schweizer Botschafter Pierre Helg wies die Vorwürfe zurück und forderte das Innenministerium zu einer Stellungnahme auf, die ihm diese mit dem Verweis darauf, dass keine Details vorlägen, nicht geben wollte.

Gegenüber den NGOs weigert sich die Staatsanwaltschaft, eine Liste der Organisationen, denen ein Fehlverhalten vorgeworfen wird, zu veröffentlichen. Deshalb wurden diese selbst aktiv. Sie eröffneten die Webseite „Sakrytoe obschtschestwo“ (Geschlossene Gesellschaft), auf der die Organisationen angeben können, welche Vorwürfe gegen sie erhoben werden.

Auch Sergej Tscherkasow, Vorsitzender von Memorial, glaubt, dass an dem Bericht Tschajkas etwas nicht stimmen könne. Tschajka spreche darin von hunderten Millionen Euro, die die Organisationen erhalten haben sollen, jedoch ohne Quellen zu nennen und auf wessen Konten so viel Geld gefunden wurde. Auch Experten bemängeln, dass der Bericht der Generalstaatsanwaltschaft viele Fragen offen lässt. Jelena Topolewa-Soldunowa, Mitglied im Menschenrechtsrat beim russischen Präsidenten, beklagt widersprüchliche Informationen seitens der Staatsanwaltschaft bezüglich der Überprüfung der NGOs. Sie sagte, die Vertretungen anderer Länder widmeten sich seit jeher legal gemeinnützigen Tätigkeiten, und die gemeinnützigen Organisationen hätten auch niemals ihre Beziehungen zu den Botschaften verheimlicht.

M. Rosenthal-Kappi

Transatlantischer Käsekrieg

Freihandelszone zwischen USA und EU steht unter keinem guten Stern – Jeder verteidigt seine Vorrechte

Skeptikern des geplanten Freihandelsabkommens zwischen den USA und der EU hätte man eine bessere Steilvorlage kaum liefern können. Pünktlich zum Verhandlungsbeginn ist zwischen den USA und Frankreich ein Handelsstreit ausgebrochen. Der anrühliche Anlass: Mimolette, ein würziger Hartkäse aus Nordfrankreich.

Mit der Begründung, der Käse sei eine „widerliche, faulige und zersetzte Substanz“, die Allergien bewirken könne und deshalb zum Konsum ungeeignet sei, haben US-Behörden die Einfuhr der Spezialität in die USA verboten. Und auf Anordnung der Food and Drug Administration (FDA) müssen 1,5 Tonnen Mimolette vom US-Zoll sogar vernichtet werden. „Das Reglement hat sich nicht geändert, die FDA legt es bloß strenger aus“, so die Erklärung des Mimolette-Herstellers für den Vorgang, der einige Fragen aufwirft. Bisher hatte die FDA den Rundkäse nämlich immer problemlos ins Land gelassen.

Dass die „Kugel von Lille“, so der Name für die französische Käsespezialität unter Kennern, gerade jetzt von den US-Behörden als ungenießbare Gesundheitsgefahr eingestuft wurde, dürfte kein Zufall sein. Der transatlantische „Käsekrieg“ ist fast zeitgleich mit dem Beginn der Verhandlungen über das transatlantische Freihandelsabkommen ausgebrochen. Kritiker befürchten, dass zu Beginn der Verhandlungen von den USA Druck aufgebaut werden soll oder zumindest ein Verhandlungspfad geschaffen wird. Vor allem Paris hat zu Beginn der Verhandlungen klargestellt, welche Gebiete vom Freihandel ausgenommen oder mit Sonderregelungen belegt werden sollen: der Kultur- und Medienbereich, ebenso einige landwirtschaftliche Produkte.

Mit Frankreich und den USA sind zwei Kontrahenten aneinandergeraten, die bereits in der

Frankreich und USA bei Einfuhrschikanen sehr phantasievoll

Vergangenheit den Begriff Freihandel sehr eigenwillig auslegen. Beide Länder haben reichlich Erfahrungen, wie man nach dem Wegfall von Zöllen mit

auf das Zollamt Marseille konzentriert, dort war dann ein einziger Zollbeamter für die Bearbeitung zuständig. Die resultierenden exorbitanten Bearbeitungszeiten haben damals zwar Frankreichs Elektronikproduzenten eine kleine Verschnaufpause verschafft, den langfristigen Niedergang der Branche hat dies aber nicht verhindern können.

Nicht weniger phantasievoll gehen bis heute die USA vor, wenn es darum geht, unliebsame Importe vom eigenen Markt fernzuhalten. Insbesondere deutsche Autobauer

den, kam der Absatz von Audi in den USA fast zum Erliegen. Der Rufschaden blieb an dem Auto-

Eigene Wirtschaft soll geschützt werden

bauer über Jahrzehnte haften, obwohl die wahre Ursache der Probleme letztendlich schnell ermittelt worden war: Überforderte amerikanische Autofahrer hatten Gaspedal und Bremse verwechselt.

Dass man auch in Paris immer noch das Foulspiel in Handelsfragen beherrscht, bekommt derzeit Mercedes zu spüren. Drei wichtige Baureihen des Autobauers können

den EU-Vorgaben. Zutun macht sich Paris dabei eine absurde Fehlentscheidung, für die Brüssel gesorgt hat.

Für Neuwagen, deren Typ-Prüfung nach dem 1. Januar 2011 beantragt worden ist, hat die EU die Verwendung eines neuen, umweltfreundlicheren Kältemittels für Klimaanlage vorgeschrieben. Tests bei Daimler entlarvten das neue Kältemittel allerdings als hochgefährliche Substanz, die Autos in ein flammendes Inferno verwandeln kann. Da das neue Mittel nur bei kompletten Fahrzeugneuentwicklungen vorgeschrieben ist, griff Daimler angesichts der negativen Erfahrungen auf das alte Kältemittel zurück. Ein zulässiger Notbehelf, auf den auch schon andere deutsche Autobauer ausgewichen sind. Volkswagen und BMW haben schon seit dem 1. Januar 2011 kein neues Auto mehr zur Typprüfung beim Kraftfahrt-Bundesamt vorgestellt. Neue Modelle, die eingereicht wurden, firmierten stattdessen

einfach als Weiterentwicklungen vorhandener Fahrzeuge. Dass nun ausgerechnet Daimler von Paris abgestraft werden soll, weil es sich nicht auf das neue Kältemittel eingelassen hatte, kann schon fast als schlechter Witz gelten. Befürchtet wird inzwischen, dass Paris seine Sichtweise in der Frage auch auf andere deutsche Hersteller ausweitet. Ähnlich wie dies vor Jahrzehnten bei der französischen Konsumelektronik der Fall war, dürften solche Tricksereien auch den momentan ums Überleben kämpfenden französischen Autobauern nicht wirklich helfen. Nachhaltigen Schaden dürfte allerdings der Gedanke des europäischen Binnenmarktes nehmen.

Norman Hanert



Es geht um viel mehr als um Käse: Wer hat mehr Macht, um dem Partner das Leben schwer zu machen?

Bild: mauritius

administrativen Einfuhrhemmnissen neue Barrieren errichten kann. Beinahe zur Legende geworden sind etwa die Bemühungen Frankreichs, als es vor einigen Jahrzehnten darum ging, seinen Markt vor japanischen Videorekordern abzuschotten. Die Abwicklung der entsprechenden Importe aus Fernost wurde

können ein Lied davon singen, wie geschäftsschädigend Vorwürfe von Sicherheitsmängeln in den USA sein können. Leidvoll erfahren musste dies vor Jahren etwa der Hersteller Audi. Nach einem Fernsehbericht, dass sich Fahrzeuge mit Automatikgetriebe selbst in Bewegung setzten wür-

Fr a n k - reich zwar weiterhin verkauft werden, die französischen Behörden verweigern für die Fahrzeuge aber die amtliche Zulassung. Die Begründung: Die Klimaanlage der deutschen Autos entspreche nicht

Konkurrenz für Hamburg

Wien will mit Transsib dem Hafen Kunden abspenstig machen

Per russischer Breitspurbahn von Wladiwostok bis nach Wien – zumindest die Grundlagen für ein derartiges Verkehrsprojekt sind nun in Österreichs Hauptstadt gelegt worden. Bahnchefs mehrerer Länder haben ein Absichtspapier mit ersten Plänen zur Verlängerung der russischen Transsib-Breitspurbahn bis nach Wien unterzeichnet. Die Gesamtkosten für das Projekt, das auf Seiten Russlands hohe Priorität genießt, werden auf sechs Milliarden Euro geschätzt. Teil des Vorhabens: Im Großraum Wien soll am Endpunkt der Verbindung auf 200 Hektar ein Güterterminal entstehen. Kalkulierte Kosten allein dafür: 800 Millionen Euro.

Dem Chef der Österreichischen Bundesbahnen (ÖBB), Christian Kern, schwebt vor, dass Wien damit wie ein „Hamburg am Festland“ wird, „ein Trockendock, ein Hub, zur Güterverteilung über Europa“. Die Ausgangsbedingungen, die Wien dafür mitbringt, sind gut: Die Stadt ist Kreuzungspunkt von drei wichtigen europäischen Bahnlinien. Zum Anschluss des Güterzentrums sollen rund 20 Kilometer Breitspur ab der slowakisch-österreichischen Grenze gebaut werden. In der Slowakei kämen noch ein-

mal 400 bis 500 Kilometer an Neubaustrecke hinzu. Bisher endet die russische Breitspur im Osten des Landes.

Indem sich die Slowakei auf die Verlängerung einlässt, scheint Preßburg [Bratislava] auf den ersten Blick einen Standortvorteil aus der Hand zu geben. Durchaus denkbar wäre es gewesen, das

Russische Eisenbahn soll bis nach Österreich fahren

Fracht-Großterminal in der Slowakei zu planen. Tatsächlich soll das Land aber von der jetzt geplanten Lösung, einer Verlängerung der bestehenden Breitspurbahnverbindung bis Wien, mit profitieren. In der Slowakei soll ein Sub-Terminal für Fracht entstehen, auch beim Bau und Betrieb der Bahn hoffen die Slowaken zum Zuge zu kommen. Im Blick haben die Bahnchefs mit dem Projekt die Wachstumsmärkte in Fernost. Zentraleuropa soll per Breitspur nicht nur mit dem Transsib-Endpunkt Wladiwostok am Pazifik verbunden werden, sondern auch über den bereits

bestehenden Abzweig mit der chinesischen Metropole Shanghai.

Die Rechnung könnte aufgehen: Schiffe brauchen von Shanghai nach Europa 30 Tage, die Bahn könne dies in zehn Tagen schaffen, so ÖBB-Chef Kern. Negativ zu Buche schlagen die Kosten: Derzeit kostet ein Bahncontainer etwa das Dreifache dessen, was für einen Containertransport auf dem Seeweg von Asien nach Europa verlangt wird. Obendrein wäre das nun vorgestellte Projekt nicht einmal Vorreiter auf dem Gebiet. Bereits seit Herbst 2011 transportiert ein Tochterunternehmen der Deutschen Bahn für BMW sieben Mal in der Woche Zulieferteile an der Ostküste Chinas. Der sogenannte China-Zug nutzt ebenfalls zum Teil die Transsib-Strecke. Bei der Deutschen Bahn gilt das Projekt als Erfolg, obwohl die Container wegen unterschiedlicher Spurweiten bisher unterwegs umgeladen werden müssen. Für das nun angesichobene Verlängerungsprojekt der Transsib soll schon bis Jahresende das Ergebnis einer Projektstudie vorliegen, eine Entscheidung über den Bau wollen die beteiligten Bahnchefs bereits im Jahr 2014 fällen.

N.H.

Rangeln um Renminbi

London, Zürich und Frankfurt wollen Yuan-Handelsplatz werden

Zunächst waren es die Briten, die die Chance witterten, London zum zentralen Handelsplatz für Chinas Währung auszugestalten. Doch inzwischen sind auch Frankfurt und Zürich angetreten, um eine der künftigen Leitwährungen in den Geldhandel einzubeziehen und zum führenden Platz im Geschäft mit dem Renminbi aufzurücken. Denn offiziell heißt die Währung Renminbi, im täglichen Zahlungsverkehr wird sie allerdings – und unter dieser Bezeichnung ist sie den meisten Europäern bekannt – Yuan genannt.

Der Einsatz der chinesischen Devisen für Handel und wachsende Auslandsinvestitionen nimmt global immer stärker zu. Bereits Anfang 2012 ließen sich die China Construction Bank und die Industrial and Commercial Bank of China in der Londoner City um die Bank von England nieder und nahmen den Devisenhandel auf. Die Machthaber in Peking sind daran, Zug um Zug

die volle Konvertierbarkeit herzustellen. Zwischen 2014 und 2018 soll es soweit sein. Davor war die Bank of China in Hongkong das zentrale Handelshaus mit einem Marktanteil von 72 Prozent. Dieses Clearing konnten auch die englischen Banker erfolgreich



Neue Weltwährung: Immer mehr Firmen zahlen in Yuan

nutzen. Zu den Begünstigten englischen Instituten gehörte auch die britische Niederlassung der Deutschen Bank.

Immerhin ist nach Angaben der Zahlungsgesellschaft Swift der Renminbi von 2010 bis 2012 von Platz 35 auf Platz 14 gestiegen und mehr als 1050 Unternehmen in über 90 Ländern wickeln mittler-

KURZ NOTIERT

Expansive Geldpolitik hilft nicht: Zwei Forscher der Bank für Internationalen Zahlungsausgleich sind nach der Untersuchung von 39 Finanzkrisen der vergangenen Jahrzehnte zu dem Schluss gekommen, dass expansive Geldpolitik der Zentralbanken – wie derzeit von Fed und EZB betrieben – im besten Fall keinen Nutzen stiftet. Hingegen wirke die Abwertung der eigenen Währung wie ein Stimulator für den eigenen Export, der dann zum Wachstumsmotor wird. *Bel*

Züge schneller auf die Schiene bringen: Die Zulassung neuer Züge soll nun auch laut Eisenbahn-Bundesamt (EBA) mit Hilfe privater Prüfer schneller umgesetzt werden. Da derzeit fertige, aber wegen Personalmangels von der EBA noch nicht zertifizierte Züge im Wert von fast einer halben Milliarde Euro auf ihren Einsatz warten und die Eisenbahngesellschaften dringend die bestellten Modelle benötigen, soll nun das Bundesverkehrsministerium schnell ein entsprechendes neues Gesetz auf den Weg bringen. *Bel*

EU klagt bei WTO gegen Russland: Kurz nach seinem Beitritt zur Welthandelsorganisation (WTO) hat Russland Abwrackgebühren eingeführt, die ausländische Autoimporteure in Russland zahlen müssen. Weil heimische Autohersteller von dieser Gebühr befreit sind, sieht Brüssel in der Sonderabgabe eine Protektionsmaßnahme für die russische Automobilindustrie und forderte die Russen auf, diese Abgabe bis zum 1. Juli wieder zu streichen. Nun klagt die EU. Da Russland nach seinem WTO-Beitritt die Einfuhrgebühren für ausländische Autos senken musste, fürchtet das Land eine Schwemme billiger Gebrauchtautos aus Europa, was der eigenen Autoindustrie den Todesstoß versetzen könnte. In Russland gilt: „Besser einen sieben Jahre alten Wagen aus dem Westen als einen russischen Neuwagen kaufen.“ Zwar legte das russische Wirtschaftsministerium inzwischen der Duma einen geänderten Gesetzesentwurf vor, doch die hat ihn bislang nicht erörtert. *MRK*

weile ihre Geschäfte mit der Volksrepublik in Renminbi ab. Die erste sogenannte Dim-Sum-Anleihe über 100 Millionen Pfund wurde bereits in London aufgelegt. Das lockte den Börsenplatz Frankfurt und die Europäische Zentralbank (EZB) auf den Plan.

Dort rechnet man, da Deutschland führend im Chinahandel ist, mit einer viermal höheren Swapvereinbarung als mit London. Bis 2015 dürfte, so prognostiziert die HSBC-Bank, ein Drittel des grenzüberschreitenden Chinahandels in Renminbi abgewickelt werden. Das bedeutet, dass dann Chinas Währung weltweit die Nummer drei nach Dollar und Euro sein wird.

Nachdem die Schweiz in diesem Jahr ein Freihandelsabkommen mit Peking abgeschlossen hat, setzt auch der Finanzplatz Zürich darauf, in einem zweiten Schritt durch ein analoges Finanzabkommen zur zentralen Drehscheibe für den Renminbi-Yuan zu avancieren. *Joachim Feyereabend*

Hoffnung

Von Manuel Ruoff

Kompromisse auf Kosten schwacher Dritter sind in der Politik gang und gäbe. So auch bei dem Erneuerbare-Energien-Gesetz. Rot-Grün hat seine Subventionen für „grüne“ Energiegewinnung durchgesetzt, die volkswirtschaftlich so sinnvoll sind wie weiland die Agrarsubventionen der EG. Und Schwarz-Grün hat sichergestellt, dass das Kapital als seine Klientel unter dem ökonomischen Wahnsinn nicht zu leiden braucht. Leidtragender ist Otto Normalverbraucher, der keine Lobby hat.

Doch ausgerechnet Brüssel eröffnet nun die Möglichkeit, dass diesem verwerflichen Deal ein

Ende bereitet wird. Die Industrie soll wie andere Verbraucher die Folgen des Ökawahnsinns tragen müssen (siehe Seite 1). Sie soll nun zwangsweise mit den privaten Verbrauchern im selben Boot sitzen, ein Leidensgefährte von ihnen werden. Für Otto Normalstromverbraucher bietet das die Chance, dass seine Interessen nun endlich Berücksichtigung finden. Wenn Schwarz-Gelb die Möglichkeit genommen wird, seine Klientel exklusiv vor den EEG-Folgen zu schützen, vielleicht bringt es dann ja den Mut der Verzweiflung auf und bekämpft gegen den Widerstand von Rot-Grün den EEG-Wahnsinn.

Selbstinszenierung

Von Rebecca Bellano

Peter Bremme von der Dienstleistungsgewerkschaft „verdi“ ist offenbar fest davon überzeugt, dass ihm mit der Aufnahme der in Hamburg auf Asyl hoffenden Schwarzafrikaner in seine Gewerkschaft ein PR-Coup gelungen ist. Um die 300 der übers Mittelmeer und Italien bis in die Hansestadt gelangten libyschen Gastarbeiter (oder vielleicht auch Ghaddafi-Söldner) sollen derzeit in Hamburg leben. Sollten sich alle diese Männer, die übrigens keine Arbeitsgenehmigung haben, der Gewerkschaft anschließen, kann diese sich über einen riesigen Mitgliederzuwachs freuen.

Doch was bringt ihr dieser? Natürlich zahlen die mittellosen Männer keinen Mitgliedsbeitrag, wie auch. Bremme möchte sie nutzen, um den Hamburgern die Chance zu geben, ihre „Willkommenskultur“ zu demonstrieren,

indem die Stadt den Männern einen legalen Aufenthalt gewährt. Zudem stünde in der Grundsatzklärung der Gewerkschaft, dass „alle Menschen frei von Armut und Not leben sollen und ein Recht auf menschenwürdige Lebensbedingungen haben“, so der „verdi“-Mitarbeiter.

Allerdings vergisst Bremme, dass es auch in Hamburg nicht Jobs in Hülle und Fülle gerade für ungelernete Arbeitskräfte gibt. Daher dürfte so mancher einfache Arbeiter die billige Konkurrenz aus Afrika nicht wirklich mit offenen Armen empfangen. Zudem stellen die Männer nicht nur eine Konkurrenz auf dem Arbeitsmarkt, sondern auch im Sozialsystem dar. Dass also alle „verdi“-Mitglieder Bremmes PR-Aktion gutheißen, steht zu bezweifeln. Allerdings gibt sie Bremme die Chance, sich als Gutmensch in Szene zu werfen.

Lieber totsichweigen

Von Harald Tews

Ein Skandal zu verursachen ist im Medienzeitalter kinderleicht. Man enthülle die blanke Brust, entledige sich des Slips, zeige den Hitlergruß oder rufe zum Mord auf und verbreite die frohe Botschaft dann via Handy ins Internet über Twitter oder YouTube. Fertig ist die inszenierte Aufregung, die nur eines bewirken soll: Werbung in eigener Sache.

Bushido, der Berliner Rap-Sänger, hatte es einmal wieder nötig gehabt, von sich reden zu lassen. Womöglich gingen die Verkaufszahlen seines Plattenimperiums zurück. Also nutzte der PR-Profi das nachrichtenarme Sommerloch, um für sich die Werbemaschinerie anzukurbeln. Frei nach Oscar Wilde, der schon vor über 100 Jahren wusste, dass jede Nachricht eine gute Nachricht ist, hat Bushido ein Musikvideo ins Internet stellen lassen, von dem er wusste, dass es

mit einigen bösen Zeilen für Aufregung sorgen würde.

Opfer seines Hasses ist in dem „Lied“ unter anderem Berlins Bürgermeister Klaus Wowereit, der eine vulgäre Anspielung auf seine Homosexualität über sich ergehen lassen muss. Der reagierte prompt mit einem Strafantrag gegen den Sänger. Den juristischen Schuss vorm Bug wird Bushido sicher leicht verschmerzen können. Selbst wenn er wegen Beleidigung und Jugendgefährdung zu einer Geldstrafe verurteilt würde, könnte der Plattenmillionär das Geld locker aus der Portokasse entrichten. Der Profit, den er aus diesem inszenierten Skandal schlägt, würde den geringen finanziellen Verlust um ein Vielfaches übertreffen.

Wowereit hat einen Stein ins Rollen gebracht, der unbeachtet geblieben wäre, hätte er ihn nicht angestoßen. Klüger, da gar nicht reagiert haben die viel schlimmer verunglimpften Grünen-Politikerin Claudia Roth und der FDP-Bundestagsabgeordnete Serkan Tören, der Bushido wegen der Vollmacht

über sein Vermögen kritisiert hatte, die dieser an einen Araber-Clan übertragen hat, der der organisierten Kriminalität verdächtigt wird. Im Lied wünscht Bushido erst, dass Tören „ins Gras beißt“ und schießt dann auf Claudia Roth, dass sie „Löcher (kriegt) wie ein Golfplatz“.

Bushido lacht sich derweil ins Fäustchen. Sein perfider Werbecoup auf Kosten anderer ist in der Medienlandschaft voll eingeschla-

gen. Nachdem das Videportal YouTube den Song wegen des Mordaufrufs im Internet gesperrt hatte, brüstete sich der Sänger, dass sein Musikvideo innerhalb von 48 Stunden eine Million Mal aufgerufen wurde. Und das in erster Linie von kauflustigen jüngeren Fans. Schließlich hat der langsam alternde Sänger sein Image als böser Junge unter den deutschen Gangsta-Rappern aufzupolieren. Bei seiner Zielgruppe, den Teenagern, kommt das allemal besser an als das Bild eines gesitteten Ehe- und Geschäftsmannes, der Bushido auch ist und als welcher er zuletzt im feinen Zwirn nach außen hin auftrat. Aber ein solches Idol ist für die Jugend langweilig. Das geschönte Image vom Rebell verkauft sich besser. Wir sind alle auf diesen PR-Coup hereingefallen und mitschuldig an Bushidos Erfolg. Hätten wir ihn doch nur totgeschwiegen.

Das geschönte Image vom Rebell verkauft sich besser



Bushido bei seiner bürgerlichen Hochzeit in Berlin-Zehlendorf: Bilder wie diese sind schlecht für das Image eines selbsternannten Gangsta-Rappers. Auch seine Villa im Grunewald und seine Freude über sein vor Kurzem geborenes Baby passen nicht ins Bild eines harten Kerls, das er nun mit seinem neuesten PR-Coup zu retten versucht.

Bild: face to face

Griechenland, irgendwo an der Küste des Peloponnes. Weit vom Massentourismus und Urlaubs-Rummel. Ein Geheimtipp für Rucksacktouristen und Liebhaber der Einsamkeit. Bei Frau Pavlou (Name geändert) kauft man alles ein, was man braucht, an Milch, Brot, Wein, Obst, Waschpulver, Badeschuhen und aufblasbaren Gummitieren. Aber heute ist Frau Lambrou ganz sicher. „Sie“ kommen. „Sie“ sind die holländische Königsfamilie mit ihren drei süßen Kindern. Frau Pavlou kennt sie bereits, denn sie waren schon im vorigen Jahr einmal bei ihr, als sie noch die Kronprinzenfamilie waren und eine geräumige Villa an einer der schönsten Buchten bezogen hatten. Wie schön, die Mäxima. Und so natürlich, ganz natürlich. Ganz normal, wie jede andere Familie, betont Frau Pavlou, der das sehr imponiert, immer wieder. Und sie hofft, dass die Königsfamilie, die jetzt kommt, um hier ihre Ferien zu verbringen, auch bei ihr etwas bestellt – dann wäre sie so etwas wie eine königliche Hoflieferantin.

Das wäre nicht nur ein Erfolg für ihr Ansehen im Dorf, sondern schließe auch wirtschaftlich zu Buche. Denn das Dorf verarmt immer mehr, wie das ganze Land. Immer mehr Kunden kaufen auf Pump, die Abgaben für das Haus und den kleinen Laden sind gestiegen. Griechische

Touristen kommen entweder gar nicht oder bleiben nur ein paar Tage. Die Sparmaßnahmen, die die europäischen Geldgeber und der Internationale Währungsfonds der Regierung als Bedingung für die Gewährung der Milliarden-Kredite auferlegt haben, schlagen jetzt erst richtig auf die einzelnen Familien durch. Die Haushaltseinkommen brachen um fast 40 Prozent ein. 25.000 der in den letzten 20 Jahren von beiden großen Parteien an treue

Moment mal!



Mitglieder vergebenen, meist sinnlose Jobs sollen in den nächsten Monaten gestrichen werden. Hinter den Zahlen stehen Familien, die vor dem Nichts stünden, da es so etwas wie Hartz IV hier nicht gibt. Die Arbeitslosigkeit ist eine der höchsten in Europa und die Jugendarbeitslosigkeit liegt bei 62 Prozent. Das heißt, die Jugend eines ganzen Landes wächst ohne erkennbare Zukunft heran. Die – ohnehin niedrigen – Renten sind in einem nicht für möglich gehaltenen Maße gekürzt worden, viele können ihre Miete nicht mehr bezahlen, ihren Strom, ihre Gas-Rechnung.

Die Unzufriedenheit mit der gerade gewählten Regierung und den alten Parteien steigt im ganzen Land. Die Partei des jungen, begabten Demagogen Tsipras hat Zulauf und steht kurz davor, die größte des Landes zu werden. Aber auch die extreme, betont ausländerfeindliche Rechte, die „Goldene Morgenröte“, die bei den letzten Wahlen immerhin zwölf Prozent der Stimmen erhielt, ist im Aufwind und findet immer mehr Anhänger, besonders bei der Jugend. Beide Extremparteien machen Ausländer für Griechenlands Misere verantwortlich. Tsipras linke Syriza sieht die Schuld bei den europäischen Geberländern und besonders bei Angela Merkel, die „Goldene Morgenröte“ macht die in Massen einwan-

dernden Ausländer aus Albanien, Asien und Afrika verantwortlich.

Die Sorglosigkeit der wirtschaftlichen Eliten angesichts der auf sie zurollenden Probleme ist groß. In Griechenland gibt es mehr Superreiche als in Deutschland. Das vermögende Drittel, das sein Kapital längst im Ausland angelegt hat, ist durch die Krise – Firmen-Übernahmen, niedrige Lohnkosten, Grundstücksäufe, Schnäppchen auf Kosten der Armen – noch reicher geworden.

Die europäisch-amerikanischen Kreditgeber haben oft von der heutigen Regierung gefordert, die Superreichen stärker an der Finanzierung des Staates zu beteiligen. Davon kann bis jetzt überhaupt keine Rede sein. Die griechischen Reeder mit ihren üppigen Einnahmen aus den Schiffstransporten sind beispielsweise bis heute steuerfrei. Die griechische Oberschicht genießt ihre Vorzugsstellung in vollen Zügen und ohne die in Deutschland üblichen Hemmungen. Das sieht in der Realität so aus: Von den malerischen einsamen Buchten im Urlaubsort des Verfassers dieser Zeilen führt eine schmale, gut befahrbare Straße in Richtung des Jachthafens Porto Heli. Nach der siebten Bucht aber hört die Straße plötzlich auf und führt in das umfangreiche Grundstück eines der reichsten Besitzer einer Öl-Raffinerie Vardinojannis. Unweit von unserem Fischerdorf liegt eine Insel, die dem Reeder Livanos gehört. Wenn der gastfreundliche Reeder eine Party feiert,

liefert ein nur zu diesem Zweck gebautes Fährschiff Brot und frischen Fisch für die Gäste. Hat einer der Gäste einen Unfall, dann wird schon mal der Arzt der Notfall-Ambulanz in der Nachbarstadt auf die Insel beordert. Ich war Patient und musste solange warten, bis der Arzt gegen Morgen wieder zurück zu seiner Ambulanz durfte.

Unsere kleine einsame Küste ist plötzlich in Mode gekommen, nicht erst seit dem Zuzug der holländischen Königsfamilie. Das hat einen ganz einfachen Grund. Unbeschreiblich schön war es hier schon immer, aber es ist auch sehr weit von Athen entfernt – zwei bis drei Stunden mit dem Auto. Zu viel für ungeduldige Luxus-Urlauber. Bis ein pffiger Kopf herausfand, dass man diese Strecke mit dem Hubschrauber auf 20 Minuten verkürzen kann. Seitdem brummen die Hubschrauber in unregelmäßigen Abständen über unseren einsamen Strand. Ein eigens zu diesem Zweck gegründetes Hochglanzmagazin rief kürzlich hier die „Neue griechische Riviera“ aus, deren Krönung der vor einem Jahr errichtete Hotelkomplex „Amanzoe“ mit 36 Bungalow-Villen, feudalen Häusern mit jeweils eigenem Swimming-Pool, ist. Seitdem kann man die Schönheiten der menschenerleeren, mit Oliven, Pinien und Feigenbäumen bestandenden Buchten schon

für 38.000 Euro pro Woche genießen. Alles inklusive.

Aber wer aufmerksam schaut, sieht auch ein Riesenplakat auf einem einzigen stehengebliebenen Bauernhaus mit dem weithin sichtbaren stilisierten Hakenkreuz (dem Mäanderkreuz) und der Werbung für die rechtsextreme „Goldene Morgenröte“. Da sind wir wieder bei der Wirklichkeit des gebeutelten Landes, seinen sorglosen Eliten und seinen Zukunftsaussichten. Die Unzufriedenheit der Bevölkerung ist kaum noch zu steigern. Wenn nicht ein Wunder geschieht, wie der angekündigte Vertrag mit Aserbaidschan über den Bau einer Pipeline durch den ganzen Balkan, die bis nach Italien führt, ist die Regierung nicht zu halten. Die Schulden sind gewachsen, die Staatseinnahmen stagnieren. Einzig die Chinesen haben einen großen Teil des Hafens Piräus gekauft und wollen ihn zum größten Hafen im Mittel-

Unzufriedenheit bei normalen Griechen wächst – Explosion droht

meer machen, doch ausgerechnet sie haben plötzlich selber Zahlungsschwierigkeiten. Obwohl die gemeinsam regierenden Konservativen der unserer CDU nahestehenden Nea Dimokratia und die in etwa unserer SPD entsprechenden Pasok Neuwahlen wie die Pest fürchten und deshalb auf Gedeih und Verderb zusammenbleiben wollen, werden Neuwahlen auf die Dauer nicht zu vermeiden sein.

Dann erst schlägt für Griechenland die Stunde der Wahrheit. Zusammen mit der radikalen Linken könnten die Rechtsextremisten eine „negative Mehrheit“ gewinnen wie in Weimar Ende 1932, die zur Machtübernahme Hitlers führte.

Der Autor veröffentlichte kürzlich ein Buch über die negative Mehrheit: „Das Ende der Weimarer Republik. Über die Zusammenarbeit von Kommunisten und Nationalsozialisten“, München 2009.

Tanz auf dem Vulkan

Von KLAUS RAINER RÖHL

Hungertod eines Ufa-Stars

Leben und Tod des Schauspielers Heinrich George wurde verfilmt – Schimanski-Darsteller Götz George spielt den eigenen Vater

Im September 1946 starb Heinrich George in sowjetischer Haft im Lager von Sachsenhausen. Weil er als Schauspieler während des Kriegs arbeiten wollte, verstrickte er sich mit dem NS-Regime. Das wurde ihm nach dem Krieg zum tödlichen Verhängnis. Am 22. Juli auf Arte und am 24. Juli in der ARD geht das Doku-Drama „George“ der Schuldfrage des Schauspielers nach. In der Hauptrolle: Heinrich Georges Sohn Götz.

Am 22. Juni 1945, während der vierten Verhaftung durch die Sowjetische Besatzungsmacht in Berlin innerhalb von sechs Wochen, rief der berühmte Schauspieler Heinrich George seiner voller Angst zurückbleibenden Familie zu: „Ich bin bald wieder da!“ Das aber war eine trügerische Hoffnung: George starb zu Tode gehungert am 25. September 1946 im Alter von nur 52 Jahren im Speziallager Nr. 7 von Sachsenhausen bei Berlin, einem von den Sowjetrussen übernommenen und bis 1950 weitergeführten Konzentrationslager der Nationalsozialisten.

Heinrich George war schon in der Weimarer Republik ein bekannter Schauspieler, der 1921 seinen ersten Film drehte, dem Jahr um Jahr weitere folgen sollten. 1931 glänzte er in der Döblin-Verfilmung von „Berlin – Alexanderplatz“. Die Nationalsozialisten nutzten seinen Ruhm für ihre Zwecke, dem sich George nicht entzog. Er wollte immer nur schauspielern, weshalb er ein Bündnis mit dem Teufel einging

und in Propagandafilmen auftrat wie „Hitlerjunge Quex“, dem antisemitischen Machwerk „Jud Süß“ oder „Kolberg“, der die kriegsmüden Deutschen zum Durchhalten bewegen sollte. Doch in dieser Zeit tauchte er auch in

pommerschen Hauptstadt Stettin geboren, nahm, nachdem er die Oberrealschule vor dem Abitur verlassen hatte, Schauspielunterricht in Stettin und bekam seine erste Rolle im Sommer 1912 im pommerschen Kolberg. Nach wei-

nistischen Partei bei und spielte Rollen unter Erwin Piscator und Bertolt Brecht. Nach 1933 hatte er zunächst Spielverbot, wurde dann aber in die Ufa-Filmindustrie eingebunden bis zum Kriegsende. So wurde er auch Intendant des

Während der Schlacht um Berlin floh er mit Frau und Kindern im Ruderboot über den Kleinen Wannensee und kam nach einer Woche zurück in die einstige Reichshauptstadt. Zwischen dem 14. und 26. Mai wurde er dreimal festgenommen und wieder freigelassen, bekam sogar von den Russen Lebensmittelkarten geschenkt, weshalb er auch die durch Denunziation verursachte vierte Verhaftung für ein pures Missverständnis hielt: Sie nahm ein tödliches Ende. Erst 1994 wurden seine sterblichen Überreste in einem Waldstück bei Sachsenhausen gefunden und auf dem Städtischen Friedhof von Berlin-Zehlendorf beigesetzt.

Jetzt ist das Leben des Schauspielers Heinrich George, dem die Deutsche Bundespost 1993 zum 100. Geburtstag eine Briefmarke widmete, verfilmt worden. Die Titelrolle in „George“ wurde mit seinem Sohn Götz besetzt, der mit seiner Rolle als Kommissar Horst Schimanski ein krimibegeistertes Publikum fand. Georges Frau Berta Drews spielt Muriel Baumeister. Regisseur ist der Dokumentarfilmer Joachim Lang, der die Geschichte für den Südwestrundfunk in Stuttgart filmisch in Szene gesetzt hat. Heinrich George wurde nach der Verhaftung in den Kellern des Gefängnisses Berlin-Hohenschönhausen, das heute wegen seiner Stasi-Vergangenheit Gedenkstätte ist, von NKWD-Offizieren verhört. Die Protokolle dieser Verhöre sind erhalten geblieben und bilden eine der Grundlagen dieses Films.

Außer den Filmen gibt es eine Fülle von Material über George, das die beiden Söhne in einem Archiv aufbewahrt haben, mit dessen Hilfe auch mehrere Biografien, darunter „Heinrich George. Mensch aus Erde gemacht“ (1998) von Werner Maser, entstanden. Außerdem gibt es die Erinnerungen der Witwe Berta Drews „Wohin des Wegs“ (1986).

Es wird Zeit, diesen exemplarischen Lebenslauf von den Legenden zu befreien, die ihn seit 1945 überwuchert haben. Der Arzt Dr.



Verhörszene aus „George“: In der Rolle seines Vaters Heinrich muss sich Götz George vor den Sowjets rechtfertigen. Foto rechts: Das Ehepaar George mit Sohn Götz in den 1940er Jahren

Filmen mit russischen Themen auf wie „Stjenka Rasin“ und „Der Postmeister“ nach Puschkin. Hier wie auch im Film „Der Biberpelz“ zeigte er seine große Begabung jenseits aller Ideologien.

Heinrich George, am 9. Oktober 1893 als Georg Schulz in der

teren Stationen in Bromberg in der preußischen Provinz Posen und im mecklenburgischen Neustrelitz nahm er als Freiwilliger am Ersten Weltkrieg teil und wurde im Winter 1915 schwer verwundet. Als er den Krieg überstanden hatte, trat er der Kommu-

Schiller-Theaters in Berlin, wo er auch politisch „unerwünscht“ und verfolgte Künstler unter Vertrag nahm. Noch 1933 hatte er die Schauspielerin Berta Drews geheiratet, mit der er zwei Söhne hatte: Jan (geboren 1931) und Götz (geboren 1938).



Schumann, der in Sachsenhausen den Tod des Schauspielers zu bestätigen hatte, verweigerte sich schon damals der Legendenbildung. Er lehnte es ab, als Todesursache anzugeben, George wäre „an den Folgen einer Blinddarmerkrankung“ verstorben. Vermutlich starb der einst füllige Schauspieler entkräftet an den Folgen eines Hungerödems. Jörg Bernhard Bilke

Die Alte lässt Dampf ab

»Maschinenmaler« Konrad Klapheck haucht den Dingen Leben ein

Es mutet seltsam an, wenn ein Künstler mit „Schlips und Kragen“ im Atelier arbeitet. Für den Düsseldorfer Maler Konrad Klapheck (78) gehört die Krawatte zur Alltagskleidung. So erscheint der Künstler seinen Mitmenschen dann auch eher als penibler Buchhalter, der in einem Büro seine Arbeit erledigt. Doch Klapheck zählt zu den Großen der deutschen Künstler-Gilde. Das „Museum Kunstpalast“ in Düsseldorf widmet dem ehemaligen Professor der Kunstakademie noch bis zum 4. August eine große Ausstellung: „Klapheck. Bilder und Zeichnungen (1955 bis heute)“.

Wie der Herr, so's Gescherr. Das Sprichwort trifft auch (auf den ersten Blick) auf den Künstler Klapheck und seine Kunst zu. Die Gemälde von Konrad Klapheck zeigen geradlinig, nüchtern, geordnet, manchmal auch detailversessen, Gegenstände des täglichen Lebens. Teilweise präzise wie ein Foto, teilweise stilisiert und vereinfacht. Wobei die technische Welt der Maschinen Klaphecks Lieblingsmetier darstellt: Schreibmaschinen, Bügeleisen, Telefonapparate (mit Spiralkabel), Motorräder, Reifen, Fahrradklingeln, Feuerlöschkästen, Nähmaschinen, Baumaschinen, und, und, und ...

40 Jahre lang malte der 1935 in Düsseldorf geborene Konrad Klapheck seine Maschinenbilder, was ihm den Beinamen „Maschinenmaler“ eintrug. Die Bilder haben teilweise überdimensionale Ausmaße, drei mal vier Meter sind nicht ungewöhnlich. Gigantisch, gewaltig, ja schon fast bedrohlich prangt mit rund drei mal sieben Metern, das heißt mit mehr als 21 Quadratmetern Fläche, das Monumentalwerk „Im

Zeitalter der Gewalt II“. Es zeigt einen dunkelgrünen Schaufelbagger mit dem Namen „Atlas“, der schwarzes Material (Kohle?, Erde?) in einen roten Lkw-Container der Marke „Cat“ ablädt. Unwillkürlich wird dem Betrachter ein Eindruck der Bedrohung und Aggression vermittelt. Da wird tatsächlich jemand „angebaggert“. So beginnen die scheinbar toten Gegenstände zu kom-

Klapheck'schen Maschinen-Darstellung erscheinen, geben zwei nackte Frauen den Ton an. Die eine, mit blauen Haaren, sitzt – etwas überdimensioniert – im Vordergrund, die andere, mit orangem Haarschopf, hantiert im hinteren Bereich der Küche. Seinen Umschwung zu Akt-Darstellungen erklärte Klapheck einmal damit, dass in seiner Kindheit das Thema Nacktheit und Sexua-



Klaphecks „Autobiografie“: Das Leben ist ein Motorroller

munizieren, werden leblose Maschinen beseelt. Witzig und vieldeutig sind die vom Künstler gewählten Titel der Gemälde. Besonders das Bild „Die Schwiegermutter“ lässt allen Assoziationen freien Lauf: Ein Dampfbügeleisen mit Handgriff, der an ein lauschendes Ohr erinnert, stößt Dampfschwaden in den Raum.

Der in der Kunstwelt als „Maschinenmaler“ anerkannte Konrad Klapheck erweitert im Alter von 62 Jahren seine Objektwahl. Seit 1997 tauchen plötzlich Menschen, meist in Form nackter Frauen, in Klaphecks Werken auf. Zum Beispiel 1998 im Bild „Die Küche II“: Neben dem Büchengerätschaften, die in der gewohnten

lität zu kurz gekommen sei und nun wohl thematisiert werde.

Ein anderes Thema seiner Biografie, die vaterlose Kindheit, greift Konrad Klapheck mit seinen zahlreichen Bildern von Jazzmusikern auf. Auch diese Menschenbilder gehören zu Klaphecks „Spätwerk“, alle nach der Jahrtausendwende entstanden. Der Jazz und die Jazz-Musiker seien für ihn so etwas wie „Ersatzväter“ gewesen. Sein leiblicher Vater, Richard Klapheck, früher auch Professor (für Kunstgeschichte) an der Kunstakademie Düsseldorf, starb 1939. Da war der Junior gerade mal vier Jahre alt. Und der Zweite Weltkrieg begann. Siegfried Schmidtke

Völlig abgehoben

Preußen Museum Minden schaut auf »Adler über Schlesien«

Das Preußen Museum in Minden hebt jetzt einmal so richtig ab. Denn bis zum 8. September begibt man sich mit der Ausstellung „Adler über Schlesien – Ereignisse und Pioniere der Luftfahrtgeschichte“ regelrecht in die Luft. Genauer gesagt: in schlesische Lüfte. Denn Schlesien hat in der Entwicklung der Luftfahrt im frühen 20. Jahrhundert eine interessante Funktion eingenommen.

Die Ausstellung führt durch die Geschichte von Luftfahrt, Luftsport und Luftkrieg von den Anfängen bis heute: von den ersten Träumen und Flugversuchen des Menschen über Ballons, Zeppeline und Gleitflugapparate bis hin zu kuriosen Segel- und Motorflugzeugen und den heutigen modernen Verkehrsflugzeugen.

Dabei ist der Blick auf Schlesiens Geschichte der Luftfahrt gleichzeitig ein Blick auf die Entwicklung des weltweiten Flugwesens. Bereits im Revolutionsjahr 1789 stieg der Franzose Jean-Pierre Blanchard (1753–1809) in Breslau mit einem Ballon auf. Die Natur diente als Vorbild für die ersten Fluggeräte. Zu Beginn des 20. Jahrhunderts ließen „tollkühne Männer mit ihren verrückten Kisten“ das Volk jubeln und staunen. Luftschiffplaudereien zum Beispiel in Breslau und Gleiwitz wurden als Sensation wahrgenommen.

Im Ersten Weltkrieg wurde der Himmel erstmals zu einem Kriegsschauplatz. Die Breslauer

Linke-Hofmann-Werke, die eigentlich auf den Bau von Eisenbahnwagen spezialisiert war, bauten Riesenflugzeuge für die deutsche Fliegertruppe. Die Piloten, darunter der als „Rote Baron“ legendär gewordene Breslauer Kampfflieger Manfred Freiherr von Richthofen, wurden besonders von der Jugend als Helden verehrt. Weitere Flieger und Flugpioniere aus Schlesien wer-



Riskanter Flugversuch mit dem „Schädelspalter“ Bild: Museum

den ausführlich vorgestellt. Was machte ihre Leistungen aus? Wie stehen wir heute zu ihrem Ruhm? Nahe dem Riesengebirge entstanden nach dem ersten Weltkrieg die Segelflugschule Grunau und die Flugzeugbaufirma Edmund Schneider. Das beliebte Segelflugzeug „Grunau Baby“ trug den Namen des einst unscheinbaren Dorfes bis in die ganze Welt hinaus. Auch am Annaberg in Oberschlesien und an anderen schlesischen Stätten entstanden Segelflugschulen. Als sich in den 20er Jahren der zivile Luftverkehr entwickelte, wurden schlesische Flugplätze in das ständig wachsende Netz der Luftthansa integriert.

Adolf Hitlers Machtergreifung 1933 war die Zäsur, die letztendlich zur totalen Niederlage Deutschlands führte. Die Aktivitäten der Nationalsozialisten veränderten den Luftverkehr tiefgreifend. Alle deutschen Segelflugschulen wurden zu paramilitärischen Ausbildungsplätzen, sportliche Aktivitäten wurden gleichgeschaltet. Allein in Schlesien entstanden

über 50 Flugplätze. 1944 wurde das oberschlesische Industriegebiet mit seiner kriegswichtigen Stahl-, Waffen- und Treibstoffproduktion Ziel alliierter Luftangriffe. Auch umliegende Ortschaften wurden zerstört.

Nach dem Zweiten Weltkrieg kam der zivile Luftverkehr zögerlich wieder in Gang. Die heute größtenteils polnischen, zu kleineren Teilen tschechischen und deutschen Gebiete der historischen Region Schlesien beherbergen wieder eine Vielzahl lebendiger und moderner Flugsportvereine und internationale Flughäfen, die die europäischen Regionen verbinden.

Die Ausstellung „Adler über Schlesien“ wurde bereits vor drei Jahren im Oberschlesischen Landesmuseum in Ratingen zum Publikumsrenner. Sie wurde von zahlreichen deutschen, polnischen und tschechischen Sammlern und Institutionen unterstützt und kann nun in Minden mittwochs bis sonntags von 11 bis 17 Uhr besichtigt werden. Der Eintritt beträgt 4,50 Euro. PAZ

Ein gescheiterter deutscher Ford

Vor 50 Jahren starb Carl Friedrich Wilhelm Borgward – Die Zerstörung seines Lebenswerks überlebte er nur kurz

Zeitweise war Carl F. W. Borgwards Automobilkonzern der größte Arbeitgeber Bremens, sein „Leukoplastbomber“ das nach VW „Käfer“ und Opel „Rekord“ meistzugesellene Auto der Bundesrepublik und jedes vierte Nutzfahrzeug im Deutschen Reich einer seiner „Goliaths“. Vor 50 Jahren starb der gebürtige Preuße in Bremen.

Carl Friedrich Wilhelm Borgward ist schließlich tragisch gescheitert. Nichtsdestoweniger besaß er mit technischem Sachverstand und Geschäftstüchtigkeit gute Voraussetzungen für eine Karriere als Autobauer. Beide Eigenschaften zeigten sich bereits frühzeitig bei dem Ingenieur und Geschäftsmann. Der sprichwörtliche goldene Löffel im Mund war ihm versagt. Die Verhältnisse, in denen der am 10. November 1890 im damals preußischen Altona geborene Kohlenhändlersohn mit einem Dutzend Geschwistern aufwuchs, werden als bescheiden beschrieben. Seine Berufsausbildung begann mit einer Schlosserlehre. Es folgte der Besuch der Maschinenbauschule im nahen Hamburg. Eine anschließende Berufstätigkeit in Hannover nutzte er zum Besuch der dortigen Technischen Hochschule. 1913 war er Oberingenieur. Die technische Ausbildung war damit vor dem Ersten Weltkrieg abgeschlossen.

Nach dem Krieg begann die Karriere des Bremer Unternehmers Borgward. 1919 wurde er Teilhaber der „Bremer

Reifenindustrie GmbH“. Bereits kurze Zeit später stellte er die Produktion auf Kühler und Kotflügel um und der Miteigentümer Ernst Bairold schied aus. Doch das war

nur der erste Schritt. Nach Inflation und Währungsreform begann das Unternehmen, das mittlerweile „Bremer Kühlerfabrik Borgward & Co.“ hieß, mit der Produk-

tion von dreirädrigen Kleinlieferwagen. Dem 1924 auf den Markt gebrachten „Blitzkarren“ folgte bereits ein Jahr später der ebenfalls dreirädrige „Goliath“. Bis zum Ende des Jahrzehnts war bereits jedes vierte Nutzfahrzeug im Deutschen Reich ein „Goliath“. Für das nötige Kapital hatte Wilhelm Tecklenborg gesorgt, der 1925 10 000 Reichsmark in das Unternehmen mit eingebracht hatte, das nun entsprechend der Umstellung der Produktpalette „Fahrzeugwerke Borgward & Co. GmbH“ hieß. Doch auch dieses blieb nur eine Episode. Der Name des erfolgreichen Dreirades wurde in den Firmennamen aufgenommen und so entstanden 1928 die „Goliath-Werke Borgward & Co.“ Die Gewinne aus dem „Goliath“-Verkauf ermöglichten Borgward den Kauf der benachbarten und in der Weltwirtschaftskrise ins Straucheln geratenen „Hansa-Lloyd-Werke“, die er mit seiner alten Firma zur „Hansa-Lloyd und Goliath-Werke Borgward & Tecklenborg“ verschmolz. Kompliziertheit zieht sich wie ein Faden durch die Geschichte von Borgwards Automobilimperium, was ihm Übersicht, Kontrolle, stringente Führung und Ausrichtung auf ein gemeinsames Unternehmensziel nicht unbedingt erleichtert hat.

Ein weiteres Problem war sein durch keine Selbstzweifel getriebener tollkühner Vorwärtsdrang. Er ließ ihn Gefahren verkennen und unnötige Risiken eingehen. Auch Tecklenborg war Borgwards Ex-

pansionsstreben zu stürmisch. Ihm war das Risiko als persönlich haftender Gesellschafter zu groß und so wurde mit vier weiteren Bremer Kaufleuten 1936 die Aktiengesellschaft „Hansa-Lloyd-Goliath Werke“ gegründet. Um freie Hand zu haben, trennte Borgward sich jedoch von seinen Mitaktionären und es entstanden 1938 die „Carl F. W. Borgward Automobil- und Motorenwerke“.

Andererseits wäre ohne Borgwards tollkühnen Vorwärtsdrang diese Aufbauleistung innerhalb von nur einer Generation bei all den Widrigkeiten wohl kaum möglich gewesen. 1931 fing er mit der Produktion von Personenwagen an. Den Anfang machte der

Der Bremer Unternehmer war ein gebürtiger Preuße

dreirädrige „Goliath Pionier“. Später kamen die Modelle der Marke „Hansa“ hinzu. Nach dem Ausbruch des Zweiten Weltkrieges wurden bei Borgward auch Torpedos und Kettenfahrzeuge produziert. Borgward wurde Wehrwirtschaftsführer.

Durch den Zweiten Weltkrieg wurde der Unternehmer gleich doppelt getroffen. Zum einen wurden die Produktionsstätten durch Bombenangriffe zu 80 Prozent zerstört. Zum anderen galt er als Wehrwirtschaftsführer als belastet und wurde entsprechend von den Kriegssiegern behandelt. Bis 1948 zog sich seine Entnazifizierung hin, war ihm die Leitung seines Unternehmens untersagt. Trotz-

dem konnte er an die Vorkriegserfolge anknüpfen. Und wieder wird die Unternehmensgeschichte kompliziert. Um mehr Rohstoffzuteilungen zu erhalten, nahm er 1949 eine Teilung seines Unternehmens in die GmbHs „Carl F. W. Borgward Automobil- und Motoren-Werke“, „Goliath-Werk“ und „Lloyd Maschinenfabrik“ vor, die Fahrzeuge der Marken „Borgward“, „Hansa“, „Goliath“ und „Lloyd“ herstellten.

Bereits das erste Modell, der 1949 auf dem Genfer Automobilsalon präsentierte Hansa 1500, ist als erstes deutsches Fahrzeug mit Pontonkarosserie eine Innovation. Ein Jahr später folgte der unterhalb des VW „Käfers“ angesiedelte Kleinwagen Lloyd LP 300, der als „Leukoplastbomber“ bundesdeutsche Automobilgeschichte schrieb. Diverse weitere Modelle folgten, deren Qualität und Attraktivität die Fähigkeiten des Automobilkonstruktors Borgward widerspiegeln und das Borgward-Konsortium zum wichtigsten Arbeitgeber Bremens machten.

Allerdings führte diese Freude Borgwards am Konstruieren auch zu einer Verzettelung der Modellpalette und gehört sicherlich zu den diversen Gründen für das schließliche spektakuläre Scheitern als Unternehmer. Durch einen Zahlungseingpass sah sich der ambitionierte, immer vorwärtsdrängende Aufsteiger 1961 gezwungen, sein Imperium entschädigungslos dem Bundesland Bremen zu überlassen, in dessen Obhut es noch im selben Jahr in Konkurs ging. Borgward überlebte das Ende seines Lebenswerks nur kurz. Er starb am 28. Juli 1963 an Herzschwäche. *Manuel Ruoff*



Nie ohne Zigarre: Carl Friedrich Wilhelm Borgward

Bild: Keystone

Bizarre Verkehrung der Geschichte

Kulturstiftung der deutschen Vertriebenen und Stiftung Gerhart-Hauptmann-Haus luden zur Fachtagung über die Befreiungskriege

In der kommunistischen Volksrepublik Polen war der von der Sowjetunion verlorene Polnisch-Sowjetische Krieg von 1920 kein Thema. Bei der Rekonstruktion des Grabmals des unbekannt Soldaten in Warschau wurden die Spuren des von der Sowjetunion verlorenen Kampfes entfernt. Insofern darf man von Berlin nichts Nennenswertes aus Anlass des 200. Jubiläums der von napoleonischen Frankreich verlorenen Befreiungskriege erwarten. Man mag es als hart empfinden, die Rücksichtnahme der Volksrepublik auf Moskau und die der Bundesrepublik auf Paris in einem Atemzug anzusprechen, doch wäre es naiv, die Folgen der Westbindung auf die Behandlung der Geschichte und den ideologischen Überbau der Republik zu ignorieren.

Grundsätzlich gilt hier, dass das Gute aus dem Westen komme und dass das, was vom Westen kommt, gut sei. Letzteres schließt zunehmend auch westliche Soldaten ein. Daran, dass der Einmarsch der Westalliierten eine Befreiung gewesen sei, dürften sich die Bundesbürger ja bereits gewöhnt haben. Aber auch der Einmarsch der Römer zu Zeiten von Arminius (Hermann der Cherusker) oder der Franzosen Napoleons wird zusehends als Chance zur kulturellen Bereicherung interpretiert, so dass die Befreiungskriege gegen die Truppen des französischen Kaiserreiches schon fast einem Widerspruch in sich gleichzukommen scheinen, weil nicht sein kann, was nicht sein darf.

Kritik am Reformator Gneisenau und Lob für den Rheinbundfürsten Friedrich August I.

Tagungsthematik und Moderation“ nahm sich der Ministerialrat Thomas Lindner des Militärreformers August Neidhardt von Gneisenau an. Nach der Vorstellung der eigenen Person zeichnete der Oberstleutnant d. R. erst ein „glattes“ und dann ein „unglatte Bild“, wie er es selber formulierte. Da die preußischen Heeresreformer – noch zumindest – positiv bewertet

werden, war das sogenannte unglatte Bild interessanter, bietet es uns doch möglicherweise einen Ausblick, was uns bei der Neudeutung der deutschen Geschichte noch bevorsteht. Lindner kritisierte an Gneisenaus Partisanenkriegskonzept die moralische Unbedingtheit sowie eine Verwilderung und Totalisierung des Krieges, die an Joseph Goebbels Forderung nach dem „totalen Krieg“ erinnere. Man stelle sich einmal vor, auf einem französischen Seminar über die Résistance oder einem polnischen über den Warschauer Aufstand würde hinsichtlich des entsprechenden Partisanenkrieges eine vergleichbare Kritik geübt. Da versagt die Phantasie. Ähnliches gilt für den Versuch, den Wortbestandteil „Befreiung“ in „Befreiungskriege“ dadurch zu relativieren, dass Napoleon Polen ja die nationale Unabhängigkeit gebracht habe. Hier stelle man sich einmal vor, in einem polnischen Seminar würde der Begriff Befreiung für die Beendigung der NS-Herrschaft mit dem Hinweis relativiert, dass Adolf Hitler der Slowakei und Kroatien ja die Unabhängigkeit gegeben habe. So etwas kann man wohl nur vor Deutschen sagen.

Spannend war die Feststellung Lindners, dass die preußische Heeresreform kurzfristig nichts gebracht habe. Dass die Befreiungskriege anders ausgegangen sind als die vorangegangenen Koalitionskriege, habe nicht daran gelegen, dass Napoleons Gegner wegen der Heeresreform stärker gewesen wäre, sondern daran, dass der Korse im Russlandfeldzug

seine kampferfahrenen Soldaten verloren habe.

Ein Höhepunkt zumindest des ersten Seminartages war der Programmpunkt „Herolde der Befreiung – Theodor Körner und Ernst Moritz Arndt (Lesungen)“. Das lag zum einen daran, dass hier Zeitzeugen zu Worte kamen, und zum anderen an der Inbrunst, mit der Hajo Buch die Texte vortrug.

Am zweiten Tagungstag thematisierte Halder den Rheinbundfürsten Friedrich August I. von Sachsen, der bis zum Schluss, sprich bis zu seiner Gefangennahme, zu Napoleon gehalten hatte. Das schlechte Image dieses Mannes begründete Halder nicht etwa damit, dass er zumindest in den Augen der Preußen und der deutschen Nationalbewegung ein Verräter an der deutschen Sache gewesen ist, sondern mit der Darstellung seiner Person durch den Historiker Heinrich von Treitschke. Erstmals wurden in diesem Seminar nun auch Ausbeutung und Zwangsrekrutierungen offen angesprochen – aber nicht etwa im Zusammenhang mit dem Verhalten der Franzosen in Deutschland, sondern mit dem der Preußen in Sachsen. Halder machte aus seiner Sympathie für Friedrich August kein Hehl. Ausdrücklich bejahte er die nach der Vereinigung der DDR mit der Bundesrepublik vorgenommene Versetzung des Friedrich-August-Denkmal von Ernst Rietschel vom Japanischen Palais, wohin es in der Weimarer Zeit verbannt worden war, auf den Schlossplatz. Er tat dieses mit der Begründung, dass der Sachsenkönig

„im Herzen Dresdens“ richtig stehe. Nicht ohne Humor sprach Halder die Möglichkeit an, dass sich ein antipreußischer Effekt aus Oberbayern, wo er aufgewachsen ist, während seines längeren Aufenthalts in Sachsen verstärkt haben könnte.

Nach Halders Loblied auf den napoleontruen Rheinbundfürsten blies Bettina Severin-Barboutie in

Ausbeutung und Zwangsrekrutierung wurden statt Frankreich Preußen vorgeworfen

ihrem Referat über die „Befreiungskriege im Rheinland“ in dasselbe Horn. Die Bevölkerung des linksrheinischen Deutschland habe sich an der französischen Fremdherrschaft – Severin-Barboutie spricht von der „sogenannten Fremdherrschaft“ – nicht gestört. Vielmehr hätten Rheinländer aus dem benachbarten Rheinbund um Aufnahme in das Kaiserreich gebeten. Widerständiges Verhalten sei nicht selten restaurativ gewesen und habe sich nicht gegen die Franzosenherrschaft, sondern gegen die Anforderungen des modernen Staates an seine Bürger gerichtet. Zudem sei die Herrschaft der Franzosen für die Deutschen ja nichts Neues gewesen, denn aus der Zeit des Heiligen Römischen Reiches seien sie ja bereits Personalunionen von deutschen Territorien und fremden Reichen gewohnt gewesen.

Angesichts dieser Einheitlichkeit der Stoßrichtung kam dann auch aus dem Publikum die „Glaubensfrage“ an das Podium, ob es denn nun die Befreiungskriege für eine Befreiung der Deutschen von der Fremdherrschaft halte oder aber

für ein Herausdrängen der Errungenschaften der Französischen Revolution aus Deutschland, das zu bedauern sei. Mit Ausnahme von Parplies, der sich einer Stellungnahme enthielt, antwortete der Rest des Podiums, sprich Halder und Severin-Barboutie, Schwarzweißmalerei sei unangebracht und in der Geschichtswissenschaft müsse man differenzieren.

Das anschließende Vortragsthema „Geteilte Erinnerung – Die Befreiungskriege in der Geschichtspolitik in Ost und West“ hätte hier die Möglichkeit zur Selbstreflexion geboten, doch konzentrierte sich Gerd Fesser aus Jena in seinem durchaus hörensicheren Beitrag vornehmlich auf die Politik der DDR.

Abgerundet wurde das zweitägige Vortragsprogramm dieser sehr gut organisierten Tagung, in der niemals Langeweile aufkam, durch Referate der Buchautorin Karin Feuerstein-Praßer über Königin Luise und des Professors Tilman Mayer zum Thema „Befreiungskriege und Nationalstaatsbildung“.

Am dritten und letzten Seminartag wurde die Ausstellung des Oberschlesischen Landesmuseums in Ratingen-Hösel „Das Vaterland ist frey“ – 200 Jahre Befreiungskriege“ besucht, über die in dieser Zeitung bereits berichtet wurde. Was bleibt, ist der Eindruck eines Kompromisses dergestalt, dass die Kulturstiftung das Thema vorgegeben hat und das Gerhart-Hauptmann-Haus dafür beim Programm und damit bei der inhaltlichen Ausrichtung das letzte Wort hatte. *M.R.*

Sprüche und Autos vom Fließband

Henry Ford diente Adolf Hitler nicht nur bei der Massenmotorisierung als Vorbild und Inspirationsquelle

Henry Ford hat Autos produziert – am laufenden Band. Das hat ihn bekannt gemacht. Gewissermaßen ebenfalls am laufenden Band hat er auch Sprüche wie diesen produziert: „Die Wahrheit über die Katze erfährt man von den Mäusen.“ Während die Autos, die seinen Namen tragen, gegenwärtig mit Problemen zu kämpfen haben, sind seine Sprüche eine wahre Fundgrube für die Sammler von Kalendersprüchen und Kommunikationsdesigner.

Dass er einmal weltweit Autos produzieren würde, das war Henry Ford an der Wiege wirklich nicht gesungen worden. Seine Eltern – beide aus Irland eingewandert – betrieben eine Farm in der Nähe von Detroit. Ihr erster Sohn, dem sie den Namen Henry gaben, kam am 30. Juli 1863 zur Welt. Das Kind interessierte sich mehr für Mechanik als für Landwirtschaft. Nach Schulschluss – der Junge besuchte die nahe Dorfschule, mehr war nicht möglich und wurde auch nicht für erforderlich gehalten – verzog sich Henry gerne in seinen Bastelraum. Im zarten Alter von 15 Jahren konnte er den ersten vom ihm gebauten Verbrennungsmotor vorführen. Im Alter von 16 Jahren verließ er 1879 die Farm der Eltern. In Detroit begann er eine Lehre als Maschinist. Nach deren Abschluss heuerte er bei dem damals bereits berühmten Erfinder Thomas Alva Edison an, der ihn bald zu seinem Chefingenieur machte. Doch nicht die Welt der Elektrizität, des Telegrafens, des Grammophons oder der Glühbirne faszinierte Ford, er tüftelte weiter an Verbrennungsmotoren. Die beiden Männer, den 16 Jahre älteren Edison und Ford, verband die technische Neugier. Und so hatte Edison auch Verständnis dafür, wenn sein Chefingenieur sich so oft wie möglich in seine Werkstatt zurückzog, um an einem fahrbaren Untersatz zu basteln.

In der Nacht zum 4. Juni 1896, es ging schon auf den Morgen zu, war

es soweit: Fords erstes „Auto“ war fertig. Er nannte es Quadricycle, denn das Wägelchen rollte tatsächlich auf vier gummierten Fahrradfelgen. Für solch ein leichtes Gefährt genügten vier PS als Antrieb. Trotzdem erwies sich der kleine Wagen als zu groß für die Tür des ehemaligen Kohleschuppens, der Ford als Werkstatt diente. Das hatte er bei aller Perfektion übersehen. Also wurde ein Loch in die Wand gebrochen und das Gefährt auf die Straße geschoben. Die Jungfernfahrt endete nach 13 Kilometern im Regen: Zündprobleme. Viel mehr als ein doppelt bereiftes Fahrrad war das Quadricycle wirklich nicht. Es fehlten Verdeck, Windschutzscheibe, Anlasser, Vergaser, Gaspedal und Bremsen. Zu letzterem empfahl Ford in einer Gebrauchsanleitung: „Mit seitlich ausgestelltem Fuß gegen das laufende Rad drücken.“ Von dieser Sparversion eines Autos verkaufte Ford drei Stück – zwischen 1896 und 1901! Von Fließbandproduktion keine Spur. Das erste Exemplar brachte ihm 200 Dollar ein. Immerhin: Der Absatz von drei Vehikeln wurde als Erfolg angesehen. Freund Edison machte Henry Ford Mut, er gründete 1899 mit dem Geld weiterer Investoren die Detroit Automobile Company. Um die Überlegenheit seiner Vehikel zu demonstrieren, fuhr er nun Rennen. 1901 gewann er sogar gegen einen Profi. Genutzt hat es

nichts. Wenig später war seine Firma pleite.

Wie sagte Henry Ford? „Misserfolg ist die Chance, es beim nächsten Mal besser zu machen.“ Das nächste Mal kam, nachdem Ford bei elf Investoren 28 000 Dollar eingesammelt hatte. Damit gründete er 1903 die Ford Motor Company. Der Durchbruch aber kam erst 1908 mit der Einführung des le-

brachten. Seine Fertigung am Fließband war eine Revolution der industriellen Arbeit – und ein Stück kultureller Veränderung. 1918 war jeder zweite in den USA gefahrene Wagen ein T-Modell. Bis 1927 wurde das T-Modell gebaut. 15 Millionen Exemplare. Das war schier unglaublich.

Soll die Arbeit am Fließband laufen, müssen die Arbeiter moti-

Dollar. Er entwickelte sogar ein Modell der Gewinnbeteiligung. Das alles allerdings nicht aus purer Menschenliebe. Er wollte die Voraussetzungen schaffen, dass auch Arbeiter seine Autos kaufen konnten. Denn, so Ford: „Nicht der Arbeitgeber zahlt die Löhne, sondern das Produkt. Der Arbeitgeber verwaltet das Geld nur.“

Die Übergabe der Firmenleitung an seinen Sohn Edsel im Jahre 1919 verschaffte Henry Ford Zeit für ein neues Engagement. Er kaufte 1919 den „Dearborn Independent“. Als Herausgeber der Zeitung verantwortete er vom Mai 1920 an die Veröffentlichung von 91 antisemitischen Artikeln in wöchentlicher Folge. Sie basierten alle auf dem Pamphlet die „Protokolle des Weisen von Zion“, die als Handlungsanleitung zum Kampf um die jüdische Welt Herrschaft vermittelt wurden. Diese Artikel wurden in vier Broschüren weltweit verbreitet. Herausgeber Ford verfasste zwar selbst keine Zeile, glaubte aber, mit der Veröffentlichung einen patriotischen Dienst zu leisten, indem er die Machenschaften einer jüdischen Weltverschwörung aufdeckte. Heute wird angenommen, dass die „Protokolle des Weisen von Zion“ vom dem russischen Geheimdienstler Matwei Golowinski zur Unterstützung einer Intrige verfasst wurden. Auszüge aus den Artikeln der Ford-Zeitung

wurden in die amerikanische Ausgabe von Adolf Hitlers „Mein Kampf“ aufgenommen. Unter massivem öffentlichem Druck entschuldigte sich Henry Ford 1927 für die Veröffentlichungen in seiner Zeitung. Im gleichen Jahr stellte er die Zeitung ein. Eine Restauflage des Buches „Der internationale Jude“ wurde in den USA eingestampft. Sein Versuch, dem Verleger Theodor Fritsch in Leipzig zu untersagen, weiterhin Schriften herauszubringen, die seinen Namen als Verfasser oder Herausgeber trugen, scheiterte. Fritsch weigerte sich, der finanzielle Schaden wäre zu groß, argumentierte er. Die verhängnisvollen Folgen dieser Publikationen wird durch eine Aussage des Reichsjugendführers Baldur von Schirach bei den Nürnberger Prozessen deutlich. Schirach sagte: „Das ausschlaggebende antisemitische Buch, das ich damals las und das Buch, das meine Kameraden beeinflusste ... war das Buch von Henry Ford ‚Der internationale Jude‘. Ich las es und wurde Antisemit.“ Adolf Hitler betrachtete „Henry Ford als meine Inspiration“. Heinrich Himmler nannte ihn einen „der wertvollsten, gewichtigsten und geistreichsten Vorkämpfer“.

Seit 1925 produzierte Ford in Deutschland, zuerst in Berlin, 1931 kam Köln hinzu. Während des Zweiten Weltkrieges bauten die Fordwerke in Köln, Berlin, Amsterdam und Vichy für die deutsche Wehrmacht 78 000 Lastwagen und 14 000 Kettenfahrzeuge. Das Reich dankte 1938 mit dem Großkreuz des Deutschen Adlerordens. Später sagte Ford, ihm sei die Kontrolle über die Produktion in Deutschland entglitten. Dennoch wurden die Fordwerke in Köln bis Ende 1944 von den Alliierten nicht bombardiert.

Im September 1945 übergab Henry Ford den Vorsitz endgültig seinem Enkel. Nicht einmal zwei Jahre später, am 7. April 1947, starb er dort, wo alles begonnen hatte, in Dearborn. Klaus J. Groth



Das bis zum Volkswagen „Käfer“ meistgebaute Modell der Welt und sein Erbauer: Tin Lizzy und Henry Ford

Bild: Ullstein

gendären Modells „Tin Lizzy“, des T-Modells. Und mit der Einführung der Arbeit am Fließband. Diese revolutionäre Fertigungstechnik hat entgegen einem landläufigen Irrtum Henry Ford nicht erfunden. Das darf Ransom Eli Olds für sich in Anspruch nehmen, der bereits 1902 seine Oldsmobile am laufenden Band produzierte. Aber Ford hat das System zur Perfektion ge-

viert werden. Henry Ford formulierte das so: „Das höchste Ziel, des Kapitals ist nicht, Geld zu verdienen, sondern der Einsatz von Geld zur Verbesserung des Lebens.“ Das bedeutete: Bei Ford gab es einen Acht-Stunden-Tag, dafür gab es fünf Dollar pro Tag. Das lag deutlich über dem üblichen Niveau. In der Spitzenzeit des T-Modells erhöhte Ford den Tagessatz auf sechs

Generalstabsmäßig geplanter Raub

Im August jährt sich zum 50. Mal der größte Eisenbahnüberfall aller Zeiten – Der Sender Arte erinnert an Tat und Täter

Die Briten traf die Nachricht am Morgen des 8. August 1963 wie ein Schock: In der vorausgegangenen Nacht war der Postzug von Glasgow nach London überfallen worden. Eine Bande hatte rund 2,6 Millionen Pfund Sterling (nach heutigem Wert etwa 47 Millionen Euro) erbeutet, Notenbündel, die von der Bank of Scotland zum Schreddern nach London unterwegs waren. Der Coup war generalstabsmäßig geplant. Zwei Grün leuchtende Signale wurden mit Handschuhen abgedunkelt und durch rote Taschenlampen ersetzt. Der Lokführer, der dem Rotsignal entsprechend anhielt, wurde mit Schlägen überwältigt, der Postwagen abgekoppelt und von der Lok 800 Meter weit bis zu einer Brücke über eine einsame Landstraße gezogen. Dort wurden die Säcke der Royal Mail auf drei Lastwagen umgeladen. Eine angemietete, verlassene Farm war der erste Unterschlupf. Hier teilte die Gang ihre Beute. Die englische Polizei, zunächst unzureichend mit zwei Detektiven von Scotland Yard unterstützt, sperrte zwar sofort alle Straßen im Umkreis von 30 Meilen, aber sie entdeckte die Farm erst nach fünf Tagen. Die Galgenvögel waren ausgeflogen. Die Beute, die größte, die bisher bei einem Eisenbahn- und

Postraub gemacht worden war, blieb größtenteils verschwunden.

Es fiel kein einziger Schuss. Dies ließ zusammen mit der Einmaligkeit und Präzision des Raubes nach erstem Entsetzen weltweit bald Schmunzeln und Sympathie für die Ganoven wachsen. Der Mythos „Gentlemen-Gangster“ war geboren.

Zwei Namen sorgten in den vergangenen 50 Jahren in den Boulevard-Gazetten für immer neue Schlagzeilen: Ronald Biggs und Bruce Reynolds. Der eine durch seine spektakuläre Flucht aus einem englischen Gefängnis, der andere als Anführer und genialer Kopf der Bande, der den Plan ausgeheckt und die Komplizen angeworben hatte. Darunter auch zwei Anwälte, ein Boxer, ein Buchmacher, ein Blumenhändler, ein Cafe-Besitzer und ein pensionierter Lokführer.

Der deutsche Film »Die Gentlemen bitten zur Kasse« war 1966 ein Straßenfeger

14 Mann insgesamt, dazu noch einige im Dunkeln gebliebene Helfer. Die meisten schon mit etwas Dreck am Stecken. Einige wurden bald gefasst, weil sie mit ihrer Beute hohe Ausgaben machten – einer kaufte ein Luxusauto, zwei andere mieteten sich in Nobelherbergen ein –, weiteren kam die Polizei in Wo-

chenabständen auf die Spur. 1964 verurteilte sie ein überaus strenger Richter zu Haft zwischen sieben und 30 Jahren. Die unverhältnismäßig hohen Strafen führten 1975 zu einer Strafrechtsreform und zur Begnadigung der meisten. Bruce Reynolds, der sich anfangs fünf Jahre in England versteckt halten konnte, kam erst 1978 frei und setzte sich nach Rio ab. Ronald Biggs floh schon nach einem Jahr mit einer Strickleiter, die ihm Helfer über die Mauer geworfen hatten, über Frankreich und Australien nach Brasilien, kam aber 2001, als er altersmüde und krank nach England zurückkehrte, noch einmal in Haft.

In Deutschland, wo das Wort Postraub entstand – in den englischsprachigen Ländern hieß es „trainrobbery“ (Zugraub) –, schrieben die Posträuber Fernsehgeschichte. Ein Tatsachenbericht, den Henry Kolarz, Edelfeder des „Stern“, verfasst hatte, animierte den damaligen NDR-Fernsehspiel-Chef Egon Monk zu dem dreiteiligen TV-Film „Die Gentlemen bitten zur Kasse“. Es war der erste Film zu dem Thema, Briten und Amerikaner nahmen sich (weniger dokumentarisch) erst später des Themas an. Die Produktion, die im Februar 1966 in der Bundesrepublik erstmals ausgestrahlt

wurde, erwies sich als „Straßenfeger“ mit einer nie wieder erreichten Einschaltquote von 90 Prozent. Henry Kolarz schrieb zusammen mit Robert Müller das mit Phantasie angereicherte, jedoch weitgehend authentische Drehbuch. John Olden, Wiener mit britischem Pass und mit Inge Meysel verheiratet, führte Regie. Als er noch während der Dreharbeiten starb, setzte Claus Peter Witt sein Werk ohne Brüche fort. Horst Tappert spielte den Reynolds, Grit Böttcher seine Frau, Kurt Conradi den Biggs, Siegfried Lowitz den Chefermittler von Scotland Yard. Dazu Günther Neutze, Hans Cossy, Paul Edwin Roth – um nur einige aus der exzellenten Darstellerriege zu nennen.

Die Namen der Ganoven mussten aus rechtlichen Gründen geändert werden. Das führte, wie Horst Tappert gern erzählte, beim Drehen vielfach zu Verwirrung. „Uns waren die Originalnamen allemal geläufiger als die im Drehbuch.“ Von den Engländern, die noch an der Schmachkauten, gab es keine Unterstützung. Nur einige Szenen entstanden ohne Genehmigung mit versteckter Kamera in England. Der Zugüberfall wurde zum Beispiel auf einer Nebenbahnstrecke bei Göttingen nachgestellt. Gezogen wurde der Zug von einem Exem-

plar der Baureihe V 200, einer der ersten Diesel-Streckenlokomotiven der Deutschen Bundesbahn. Die Fernsehzeitschrift „Hörzu“, welche die beiden Regisseure (Olden posthum) 1968 mit der Goldenen Kamera ehrte, führte später einmal Horst Tappert am Original-Tatort mit Bruce Reynolds zusammen.

Die »Hörzu« führte Horst Tappert am Original-Tatort mit Bruce Reynolds zusammen

Tappert lobte: „Genau wie damals nahe Göttingen nachgestellt.“ Und Reynolds amüsierte sich, dass der „Ganove“ Tappert von einst jetzt als „Derrick“ einen Kriminal-Oberinspektor spielte.

50 Jahre lang waren die Polizeiakten unter Verschluss. Nachdem sie jetzt Historikern zugänglich geworden sind, drehte der mehrfach dekorierte deutsche Filmemacher (und Produzent von „Lichtblick“) Karl-Ludwig Rettinger für den deutsch-französischen Kulturkanal Arte ein zweiteiliges Dokudrama mit dem listig gewählten Titel „Die Gentlemen bitten zur Kasse“. Arte zeigt die beiden Teile hintereinander am Freitag, den 2. August von 20.15 bis 23.15 Uhr.

Im ersten Teil nutzt Rettinger die spannendsten Szenen aus dem Klassiker von einst und mischt sie mit berichtenden Informationen.

Noch einmal Krimigenuss. Im zweiten Teil kommen letzte Zeitzeugen zu Wort, darunter auch Bruce Reynolds, der Anfang 2013 noch während der Dreharbeiten verstarb. Sein Sohn Nick, inzwischen 52 und ehrenwerter Musiker und Komponist in der Rockband „Alabama 3“, erzählt aus seinen wechselvollen Kindertagen und steuert aus dem Nachlass mit der Super 8 gefilmte Familienidylle bei.

Auch eine kurze Szene aus einem weniger beachteten deutschen Fernsehfilm von 1972 über Flucht und Verfolgung der Posträuber („Hoopers letzte Jagd“) ist zu sehen – Horst Tappert diesmal zusammen mit Liselotte Pulver. Über Versäumnisse von Scotland Yard, Spitzeldienste und Korruption wird rätsoniert, und der legendäre Gangsterboss Fred Foreman (Godfather of British Crime) beschreibt die einstige Londoner Kriminellen-Szene aus Insider-Sicht.

Letzte Bilder in den zweimal 90 Minuten Dokudrama: die blumenreiche Beisetzung von Bruce Reynolds, Sohn Nick mit seinen beiden wohlgescheiterten Buben hinter dem Sarg. Und als aktuelle Krisen-Kritik die Türme unserer Großbanken, wo heute Abermillionen „verbrannt“ werden, und kein Kadischert sich drum. Karlheinz Mose

Wer Menschenrechte ignoriert, ist anfällig für Kritik

Zu: Antipolnisch? (Nr. 26)

Der Wirbel im Vorfeld zur Rede des Vorsitzenden der Schlesischen Landsmannschaft, Rudi Pawelka, auf dem Deutschlandtreffen der Schlesier ist auf eine Grundsatzdiskussion über Prinzipien eines Versöhnungsprozesses zurückzuführen. Als die Vereinten Nationen in ihrer Resolution 61/17 das Jahr 2009 zum „Jahr der Versöhnung“ proklamierten, bezeichneten sie Wahrheit und Gerechtigkeit als deren „unverzichtbare Elemente“.

Die Vertriebenenverbände haben sich über Jahrzehnte zu einer Verständigung mit den östlichen Nachbarstaaten basierend auf die-

sen beiden Prinzipien bekannt. Die Bundesregierung hat andererseits in ihrer Vertriebenenpolitik der letzten Jahre diese beiden un-
bequemen Grundsätze endgültig aufs Abstellgleis gestellt.

So ist die Konzeption der von ihr ins Leben gerufenen Stiftung Flucht, Vertreibung, Versöhnung nicht von einer wahrheitsgemäßen Darstellung der Ereignisse geprägt, sondern von dem Streben, jegliche potenzielle Spannung im Verhältnis zu den östlichen Nachbarstaaten im Kern zu ersticken. Darin wird die Vertreibung, die als das zwangsläufige Ergebnis vorangegangener Verbrechen zu sehen sei, als „international akzeptiert und sanktio-

niert“ dargestellt. Eine (wie von Herrn Pawelka geforderte) Entschuldigung von Polen und Tschechien erübrigt sich nach dieser Argumentation von selbst.

Der Gerechtigkeitsaspekt ist ebenfalls kein Thema für die Bundesregierung. Offene Fragen aus der Vertreibung, wie Unrechtsdekrete oder Eigentumsfragen, werden nicht nur nicht von ihr angesprochen, sondern deren Thematisierung zum Teil offen bekämpft. Dies übrigens, obwohl Staaten wie Ungarn oder Serbien bewiesen haben, dass diese Fragen angegangen werden können.

Ein Teil der Vertriebenenfunktionäre hat sich mit dieser Situation bereits abgefunden. Eine po-

litische Einbindung, Resignation, die überalterte Mitgliedsstruktur der Verbände und – bei Bedarf – ein politischer Druck haben dazu beigetragen. Andere – und dazu gehört Herr Pawelka – wehren sich dagegen.

Das gegenwärtige Verhalten der Politik in dieser Frage basiert offensichtlich auf der Annahme, dass solche kritischen Stimmen sich in engen Grenzen halten dürften. Das mag kurzfristig zutreffend sein. Jedoch bleibt eine Politik, die Menschenrechte und international anerkannte Prinzipien eines Versöhnungsprozesses ignoriert, auf Dauer anfällig für Kritik.

**Patrik Daghed,
Wiesbaden**

Wenn Bäume erzählen könnten

Zu: Vertriebene abgehakt (Nr. 25)

Ein Ausflug während eines Urlaubs in Ostpreußen führte mich von Rastenburg bis zur heutigen russischen Grenze. Ich sah ein traumhaft schönes Land mit leider nicht so schönen Dörfern. Aber vielleicht setzt ja auch hier wie überall im heutigen Polen eine positive Entwicklung ein. In Ostpreußen dauert es halt immer etwas länger.

Mein Weg führte über alte Straßen mit alten Alleeebäumen. Und dann kamen die Gedanken, was mögen diese Bäume alles so gesehen haben, wenn die erzählen könnten. Wie viel Elend und Not hat es hier auf der Flucht der ost-

preußischen Bevölkerung vor der Roten Armee gegeben? Wie viele Frauen, Kinder mögen hier ihr Leben gelassen haben und sind am Straßenrand notdürftig verscharrt worden? Was ist aus ihren Leibern geworden? Wurden sie einfach untergepflügt? Und dann fragte ich mich, warum gibt es für diese Menschen kein Denkmal?

In Berlin sind und werden viele Gedenkstätten und Stolpersteine errichtet. Das mag auch richtig und gut sein. Nur warum gibt es keine Gedenkstätte für die Millionen Frauen, Alte und Kinder, die auf der Flucht ihr Leben ließen, die nicht würdevoll begraben wurden?
**Joachim Krüger,
Berlin**

Vernachlässigt

Zu: Nur Kolonie fremder Mächte? (Nr. 27)

„Fakt ist, sie vernachlässigt seit Jahren deutsche Interessen“, schreibt sie PAZ. Ja das stimmt! Unsere Politiker kümmern sich nur um sich selbst und um ihre Banker-Freunde! „Berlin muss unsere nationalen Interessen selbst definieren, und es muss sicherstellen, dass es diese auch verteidigen kann“, heißt es weiter. Ja, das müssten die Politiker, aber das tun sie ja nicht. Denn die kümmern sich nicht um ihr Land, sondern nur um sich selbst. Sie sorgen immer schön dafür, dass sie selbst genug Knete in der Tasche haben. Ich habe mir am Anfang gedacht (naiv war ich da): „Vielleicht wissen sie es nicht.“ Aber wir wurden enttäuscht, so wie Hunderttausende andere Bürger, die sich über die Zustände beklagen. Wir müssen einsehen: Den Politikern sind wir völlig egal.

**Tom Orden
Berlin**



Bild: action press

Freiheitsdemo: Besorgte Bürger protestieren nicht nur für den NSA-Enthüller Edward Snowden, sondern auch dagegen, dass die USA mit ihrer Datenschnüflei deutsche Souveränität untergräbt

Was wollte Berija?

Zu: Er glaubte, Stalins Nachfolge antreten zu können (Nr. 25)

In den 50ern hörte ich einen Vortrag von einem Russen, der meinte, dass die Polen und Ungarn aus ihren Volksaufständen einige Vorteile gezogen hätten. Die Deutschen hingegen hätten durch den Volksaufstand 1953 in der Ostzone keine Vorteile erlangt. Ganz im Gegenteil. Der russische Redner ergänzte, dass der damalige sowjetische Innenminister Berija eine liberalere Deutschlandpolitik geplant habe.

Daraus ergeben sich zwei Fragen. Erstens: Wollte Berija damals die Wiedervereinigung einschließlich der Ostgebiete ermöglichen? Zweitens: Hat der Volksaufstand Berija den Boden unter den Füßen entzogen, so dass Chruschtschow ihn stürzen und liquidieren konnte? Dann hätten wir wieder einen tragischen Verlauf der deutschen Geschichte erlebt.

**Gerhard Synowzik,
Stadtdoldendorf**

Planer profitieren

Zu: „Unverrückbare Wirklichkeit“ (Nr. 25)

Kritiker befürchten eine Kostenexplosion beim Schlossneubau in Berlin? Man könnte auch sagen: Die Kritiker befürchten, dass der Boden nass wird, wenn der Eimer Wasser umfällt.

Bei welchem Objekt gab es in den vergangenen Jahren keine Kostenexplosion? Jeder Kunde haut seinem Klempner die Rechnung um die Ohren, wenn sie um 100 Prozent über dem ursprünglichen Angebot liegt. Der Unterschied ist allerdings, dass der Klempner dann nichts verdient hat, aber die hochbezahlten Planer und Politiker bekommen so oder so ihr Geld.

Die Planer verdienen zum Schluss wahrscheinlich noch an den Planungskosten für den explodierten Endpreis. Aber dann ist wieder eine Stelle frei für einen abgehalfterten Politiker oder Manager.

**Helmut Josef Weber
Málaga**

Schutz des Landes ist vorrangige Staatsaufgabe

Zu: Nur Kolonie fremder Mächte? (Nr. 27)

Vielleicht sollten wir endlich begreifen, dass Berlin die nationalen Interessen Deutschlands völlig gleichgültig sind. Von Wichtigkeit für deutsche Politiker ist einzig und allein die Erhaltung und Ausweitung ihrer Position und persönlichen Macht, also wird jedem Trend, den vor allem auch die Presse propagiert, nachgegeben. Das bringt bekanntlich Wählerstimmen. Dazu gehört im Moment eben die Amerika-Schelte, denn US-Präsident Obama hat seinen Messias-Glanz verloren.

Die äußere Sicherheit interessiert auch nicht so sehr, da ja sowieso beschlossen ist, unser Land in der EU aufgehen zu lassen, und

da ist es wichtiger, sich mit allen gut Freund zu machen, als zunächst mit der Faust auf den Tisch zu hauen. Man will ja in den künftigen Vereinigten Staaten von Europa einen guten Posten ergattern. Und außerdem: Eine Politik, der das Wohlergehen der ursprünglichen Bevölkerung keineswegs am Herzen liegt, die diese Bevölkerung zwangsweise „ausdünnen“ möchte, die den Wohlstand dieser Bevölkerung sinnlos verfrühstückt, zeigt doch schon damit ihre nicht vorhandene Wertschätzung für eben diese Bevölkerung und dieses Land.

Übrigens, an anderer Stelle las ich, unserer Regierung war die Spionage sehr wohl bekannt, von deutscher Seite wurden auch Daten an die NSA geliefert, aller-

dings ging man davon aus, nur die Bevölkerung würde abgehört. Kanzlerin Merkel und ihre Mitstreiter zeigen sich nun hauptsächlich so empört, da herauskam, dass auch sie persönlich Opfer der Lauscherei sind.

Abschließend: Die Aufgabe der Geheimdienste ist nun einmal Spionage zum Wohl des eigenen Landes, unabhängig von Freund und Feind. Ich bin eher empört über die entsprechende Tatenlosigkeit unserer Dienste. Der Schutz des Landes nach außen ist eine der wenigen Aufgaben, die der Staat wahrnehmen sollte. Aus den meisten der von ihm übernommenen Tätigkeiten sollte er sich dafür dringend zurückziehen.

**Maria-Anna Konietzko,
Bad Homburg**

Nationale Souveränität sieht anders aus

Zu: Nur Kolonie fremder Mächte (Nr. 27)

Ernst genommen werden wir, zumindest politisch, in der ganzen Welt nicht mehr. Das Einzige, was freundliche Kommentare einbringt, ist das Scheckbuch, mit welchem die politisch Verantwortlichen um die Welt reisen. Davon wird reichlich Gebrauch gemacht. Und als „Scheißdeutscher“ wurde so gut wie fast jeder Mitbürger in seinem Leben schon bezeichnet. Wer im ewigen Büßergewand durch die Welt zieht, wird niemals geachtet sein, er wird nur ausgenutzt, das erleben wir tagtäglich. Aber wehe, er wird nur ein klein wenig aufmüppig, dann wird er für das ganze Elend der Welt verantwortlich gemacht

und selbst die allerbösesten Kommentare oder Artikel werden kommentarlos hingenommen. Höchstens werden die eigenen Bürger eindringlich ermahnt, demütig zu sein, wegen der eigenen schlimmen Vergangenheit.

Und „nationale Interessen“? Welche sollen das sein? Wir erleben nur, dass bei fast jedem Staatsbesuch nur Betroffenheitsrituale abgearbeitet werden. Eine neue sprachliche Dimension entwickelt und praktiziert da zurzeit unser jetziges Staatsoberhaupt. Wir alle wissen doch, dass die Feindstaatenklausel immer noch gültig ist, wir keinen Friedensvertrag haben und alles, was wir tun, nach wie vor von den Alliierten genehmigt werden muss, die heute Freunde genannt werden.

Souveränität ist etwas anderes. Deshalb ist die ganze Aufregung über das Ausspionieren nur geheucheltes Theater. Warum wohl darf der Enthüller keinen deutschen Boden betreten? Warum wohl wird eine bolivianische Maschine zur Landung in Wien gezwungen? Es ist ganz einfach, noch immer herrscht Nachkriegszeit, ein souveränes Deutschland würde sich anders verhalten. Und solange wir noch bezahlen können, werden wir einigermaßen in Ruhe gelassen und dem Volk wird eben alles – EU und Euro lassen grüßen – als Friedensobjekte verkauft, die in Wirklichkeit lediglich eine andere Ausdrucksform für Reparationszahlungen sind.

**Peter Schumacher,
Melsungen**

Es herrscht Verbrüderungssucht

Zu: Deutsche waren unsere Förderer (Nr. 27)

Offensichtlich ist die Familie aus Ostpreußen, die bei der Vertreibung nach Nordwestdeutschland kam, sehr glücklich darüber, dass sie Freundschaft mit dem polnischen Woiwode-Marschall geschlossen hat. Noch immer ist diese Familie aber der rechtmäßigen Eigentümer des Grundbesitzes in der alten Heimat. Wenn sie über den derzeitigen Zustand glücklich sind, dann sollten sie auch Nägel mit Köpfen machen. Das heißt, man geht hier in Westdeutschland zum Notar und enteignet notariell seine eigenen deutschen Nachkommen. Dann geht man in Ostpreußen zum polnischen Notar und setzt die Vertreter-Nachkommen als die einzigen rechtmäßigen Erben ein.

Ich werde allerdings nie und nimmer auf mein Elternhaus in Schlesien verzichten. Denn mein

Vater hat dieses Haus nicht gebaut, damit einmal Polen drin wohnen sollen. Ich sage „ja“ zu Verständigung und Versöhnung. Aber dazu gehören erstens: Schuldanerkennung, zweitens: Reue und drittens: Wiedergutmachung.

Ich hoffe, dass die Vertreter eines Tages wieder dorthin zurückgehen können, von wo sie nach Kriegsende hergekommen sind. Noch können sie es ja nicht. Denn dazu müssten zuerst die Ukraine wie auch Weißrussland demokratische Staaten werden und zur EU kommen. Dann bin ich bereit, sie nach Kräften zu unterstützen. Dann können wir auch von Versöhnung sprechen. Das derzeitige Versöhnungs-Gefasel und die Verbrüderungssucht schuldneurotischer Deutscher finde ich unangebracht. Es ist doch nichts anderes als eine Verbeugung vor dem Stalinismus.

**Dr. Alois Burkert,
Wiltling**

Posthume Ehrung

Zu: Organspende

Durch den Organspende-Skandal ist das Thema, eigene Organe zu spenden, wieder mehr in den Vordergrund gerückt worden. Und das zu Recht. Täglich sterben drei Menschen, weil nicht genügend Organe für eine Transplantation zu Verfügung stehen. Aufs Jahr hochgerechnet also mehr als 1000 Menschen. Eine erschreckend hohe Zahl, auch wenn diese naturgemäß nicht ganz genau zu belegen ist.

Wie allgemein bekannt ist, werden immer mehr Patientenverfügungen erlassen, die eine lebensverlängernde Apparatemedizin ausschließen. Eine solche wäre aber eine medizinisch notwendige Maßnahme und Voraussetzung für eine Organentnahme. Auch wenn es sich bei den Unterzeichnern solcher Verfügungen vorwiegend um einen eher älteren Personenkreis handelt, wird die An-

zahl der Organspender damit reduziert.

Einen Denkanstoß, den ich bisher noch nirgends gehört oder gelesen habe, möchte ich hiermit zur Diskussion stellen: So wie zum Beispiel Blutspender immer wieder zu Recht namentlich in der Presse erwähnt werden, könnte ich mir so etwas auch für Organspender (mit oder ohne Ausweis) vorstellen. Wenn nicht ausdrücklich widersprochen wird, könnte in jeder Todesanzeige in kleiner Schrift das Wort „Organspender“ eingefügt werden. Das Wort könnte auch durch ein Symbol ersetzt werden. Sicher wäre es der Bereitwilligkeit zur Organspende nicht abträglich.

Mag sein, dass ich mit dieser Idee völlig danebenliege. Beim Bemühen um eine Verbesserung der derzeitigen Situation sollte es jedoch kein Denkverbot geben.

**Gerhard Ostertag,
Bissingen-Teck**

Pflicht zur Entschädigung

Zu: Zur Eigentumsfrage (Nr. 22)

Am 30. Oktober 2010 berichtete die PAZ von einem Symposium zu Eigentumsrecht und Wiedergutmachung mit Experten aus Polen und Tschechien. Die Überschrift lautete: „Rechtsstaat darf Opfer nicht alleine lassen“. Eine Aussage in diesem Bericht lautete: „Das Völkerrecht kennt die Verantwortlichkeit eines jeden Staates, aktiv für die Beseitigung von Unrechtszuständen zu sorgen.“

Der Bund der Vertriebenen hält sich in den letzten Jahren sehr zurück, was bedauerlich ist. Wir Vertriebenen aus Ostpreußen, Pommern, Schlesien und dem Sudetenland mussten unser Eigentum den östlichen Siegern des Zweiten Weltkriegs überlassen als Reparation, stellvertretend für alle Deutschen. Die Bundesregierungen der letzten Jahrzehnte störte diese Ungleichbehandlung eines Teils ihrer Bevölkerung nicht.

Auch der überwiegende Teil der Bevölkerung konnte scheinbar kein Unrecht erkennen. Aus Gleichgültigkeit? Oder weil Recht und Gesetz oft auch politischer Willkür unterliegen?

Nach deutschem Recht darf Eigentum nur eingezogen werden bei schuldhaftem Verhalten und dem darauf folgendem Gerichtsbeschluss. Die Bundesregierungen schließen Verträge mit den Vertreterstaaten, ohne die Eigentumsfrage der Vertriebenen zu klären. Ergibt sich nicht bereits daraus die Verpflichtung, für Entschädigung zu sorgen?

**D.-E. Richter,
Berlin**

Leserbriefe geben die Meinung der Verfasser wieder, die sich nicht mit der Redaktion decken muss. Von den an uns gerichteten Briefen können wir nicht alle, und viele nur in Auszügen, veröffentlichen. Alle abgedruckten Leserbriefe werden auch ins Internet gestellt.



MELDUNGEN

Internationales Orgel-Festival

Preußisch Holland – In Preußisch Holland hat das Erste Internationale Orgel-Festival begonnen. Anlass des Konzertes war die Restaurierung der Andreas-Hildebrandt-Orgel, der größten barocken Orgel im Norden der Republik Polen. Mit der Restaurierung der Orgel war 2010 begonnen worden. Ermöglicht wurde sie durch eine Stiftung in Hamburg, das Kultusministerium, die Woiwodschaft Ermland-Masuren, den Kreis und die Stadt Preußisch Holland sowie Mitglieder der Kirchengemeinde. Die Restaurierung wurde von dem Restaurator Christian Wegschneider aus Dresden durchgeführt, der alle Arbeiten gemeinsam mit dem polnischen Meister-Organisten Szymon Januszkiewicz ausführte. Die Restaurierung der Orgel kostete mehr als 2,5 Millionen Zloty (etwa 576 000 Euro). PAZ

Jantar übergab Fregatte

Königsberg – Der indischen Marine ist auf der Jantar-Werft, der ehemaligen Schichau-Werft, in Königsberg die Fregatte „Triakand“ übergeben worden. Der Neubau ist die dritte Einheit einer Bauserie, die auf einer modifizierten Fassung des russischen Entwurfs „Krivak IV“ basiert. Die Verbesserungen bestehen in dem neu eingerüsteten überschallschnellen Seezielflugkörper „BrahMos“ und den verbesserten Stealth-Eigenschaften des Schiffes. Es wird erwartet, dass die indische Marine drei weitere Fregatten dieses Typs in der ostpreußischen Hauptstadt bauen lässt. HL

Putin befürwortet Kriegsgräberpflege

Im Königsberger Gebiet laufen Vorbereitungen für Gedenkfeier zum 100. Jahrestag des Kriegesbeginns 1914

Im Königsberger Gebiet soll im kommenden Jahr eine Gedenkfeier zum Beginn des Ersten Weltkriegs vor 100 Jahren stattfinden. Da sich viele Denkmäler und Kriegsgräber in bedauerndem Zustand befinden, hat Präsident Wladimir Putin beim Treffen mit einer Delegation der Königsberger Kant-Universität die Pflege von Kriegsgräbern ausdrücklich befürwortet und die Zusammenarbeit mit Deutschen angeregt. Eine ins Leben gerufene Stiftung will die Pläne nun umsetzen.

Im kommenden Jahr wird man des Beginns des Ersten Weltkriegs vor 100 Jahren gedenken. Die Kriegereignisse beeinflussten nicht nur die Geschichte Ostpreußens, wo Schlachten ausgetragen wurden, sondern sie prägten auch die Geschichte der Länder Russland und Deutschland maßgeblich.

Die Universitätsgesellschaft hatte in diesem Zusammenhang die Idee, eine Freiwilligen-Organisation einzurichten, die sich um die Pflege der Kriegsgräber und Friedhöfe kümmern soll. Putin hat sich für den Erhalt der noch erhaltenen Gedenkstätten ausgesprochen. Er hatte darüber im Rahmen eines Treffens mit einer Delegation der Baltischen Föderalen Kant-Universität in Moskau gesprochen. Zu der vorgeschlagenen Freiwilligen-Organisation regte Putin an, dass diese internationalen Charakter haben müsse. Dabei spiele die Zusammenarbeit mit deutschen Kollegen eine wichtige Rolle, weil man sich in der Bundesrepublik auch um die Gräber russischer und sowjetischer Soldaten kümmere. „Deshalb müssen diese Kräfte vereint werden, man muss mit ihnen zu-



Positives Beispiel: Das Kriegerdenkmal in Schirren wurde gesäubert.

Bild: J.T.

sammenarbeiten. Das wird ein gutes Zeichen sein, das das Vertrauen zwischen den Ländern und Völkern Europas verbessern und vertiefen wird.“ Deshalb werde die Arbeit, die durch die Organisation der Kant-Universität

durchgeführt werde, ein wichtiges Instrument zur Erfüllung dieser Aufgabe sein. Nun soll eine Stiftung „Russische Kriegsgräber“ ins Leben gerufen werden, welche die Bemühungen zum Erhalt und der Wiederherstellung der letzten

und staatlichen Schutz von Objekten des kulturellen Erbes“, für das in diesem Jahr bereits 218 000 Euro für Reparatur und Wiederherstellung von Gräbern des Ersten Weltkriegs im Königsberger Gebiet bereitgestellt wurden. Ein

Ruhestätten bündeln soll.

Anfang Juni wurde mit Beteiligung der Universität das Kriegsdenkmal in Schirrau [Dalneje] gesäubert. Im Rahmen des Programms „Trialog“, das von den Außenministern Deutschlands, Polens und Russlands unterstützt wird, soll im August ein Feriencamp für Freiwillige stattfinden. Studenten der Kant-Universität in Königsberg, der deutschen Universität Viadrina in Frankfurt an der Oder und der Thorer Nikolaus-Copernicus-Universität in Polen werden fünf Kriegsgräber-Friedhöfe für russische und deutsche Soldaten in Ordnung bringen. Im Königsberger Gebiet existiert bereits ein Programm für die „Erhaltung, Nutzung und Bekanntmachung

Teil dieser Mittel soll für die Kennzeichnung und Registrierung von Grabstellen, die bisher nicht im offiziellen Denkmalregister eingetragen sind, verwendet werden.

Offiziell wurden bisher erst 21 Grabstätten registriert. Laut dem staatlichen Denkmalpflegedienst wäre eine Summe von knapp einer Million Euro für die kommenden drei Jahre optimal. Die Denkmalpfleger schlugen zudem vor, die Finanzierung der Ausgrabungen am Königsberger Schloss sowie die Rekonstruktion des Gebäudes der ehemaligen Bernsteinmanufaktur in der Sattlergasse im

Studenten als freiwillige Helfer

Rahmen des Ausbaus der touristischen Infrastruktur zu verbuchen.

Bereits vor einiger Zeit schon hatte Gouverneur Nikolaj Zukanow in Aussicht gestellt, dass im Königsberger Gebiet ein großes internationales Denkmal für die Helden des Ersten Weltkriegs aufgestellt werden könne. Angesichts der Zahl der vorhandenen Denkmäler, für die bisher kaum richtige Pflege und Mittel zur Verfügung gestellt wurden, könnte der Bau eines grandiosen Denkmals die letzte Ruhestätte von Hunderten Gefallenen in Vergessenheit geraten lassen. Vernünftiger wäre es daher, ausreichende Mittel für die Restaurierungsarbeiten der vorhandenen Kriegsgräber zu bewilligen, damit zum 100. Jahrestag des Kriegsbeginns dem Andenken russischer und deutscher Soldaten in einem würdigen Rahmen Rechnung getragen werden kann.

Jurij Tschernyschew

Rechnung ohne den Wirt gemacht

Schweizer und Russen wollen in Tilsit im großen Stil Käse herstellen – Die Grundsteinlegung war bereits geplant

Die Sortenorganisation Tilsiter Switzerland liegt zwar statt in Ostpreußen in der Schweiz, hat aber nichtsdestoweniger den Ehrgeiz einen möglichst authentischen Tilsiter herzustellen. Aus diesem Grund ist bereits vor sechs Jahren im Beisein deutscher und russischer Tilsiter ein Tilsit im schweizerischen Thurgau gegründet worden. Nun planen die betrieblichen Eidgenossen ein neues Projekt: den Aufbau einer Käserei in der Stadt am Memelstrom. Geplant ist die Errichtung eines repräsentativen Gebäudekomplexes von 45 mal 30 Metern Größe an der Königsberger Chaussee am südlichen Stadtrand. Er würde damit an der Tangentialstraße zur Hauptstadt Ostpreußens liegen und damit entsprechend gut von der Gebietshauptstadt aus erreichbar sein.

Das Objekt soll aus zwei Hauptteilen bestehen. Da ist zum einen eine dreigeschossige Produk-

tionshalle in Stahlbauweise, die alle notwendigen Produktions-, Lager-, Technik- und Nebenräume umfasst. Und dann ist da ein Anbau vorgesehen mit publikumszugänglichen Bereichen. Ergänzt werden sollen diese beiden Hauptbereiche durch die außenliegenden Nebenbereiche Milchannahme, Spedition und Tanklager.

Im Untergeschoss der Produktionshalle sollen sich die Technikräume für die Elektroverteilungen, die Sanitärzentrale, die Abwasserneutralisation sowie die Energie- und Heizzentrale befinden. Die Anordnung außerhalb der Hygienebereiche soll pro-

Die Besucher sollen den gesamten Produktionszyklus beobachten können

blemlose Installations-, Reparatur- und Wartungsarbeiten ermöglichen.

Die Produktionsräumlichkeiten im Erdgeschoss sollen nach den Arbeitsabläufen und dem Hygie-

nekonzept gegliedert werden, von der Anlieferung über die Milchbehandlung, Käsefertigung, dem Salzbad bis zu den Lagerräumen und der Spedition. Für die Einhaltung der Qualitätsstandards sind mehrere Hygieneschleusen geplant.

Das Obergeschoss ist für die Lüftungs- und Klimatechnik vorgesehen sowie für die Besuchergalerie, von der aus die Fertigungsabläufe der Käseherstellung in Augenschein genommen werden können, wobei die Besucherorientierung so weit geht, dass auch Führungen vorgesehen sind. Im Besucheranbau sollen dann ein auf typische Schweizer Gerichte wie Fondue, Raclette und Rösti spezialisiertes Restaurant mit 50 Sitzplätzen, eine kleine Bar und ein Fabrikladen untergebracht werden.

Tilsits Oberbürgermeister Nikolaj Wojschtschew misst dem Projekt große Bedeutung bei: „Der Bau einer Schweizer Käserei in

Sowjetsk bedeutet nicht nur die Entstehung eines neuen Betriebes und die Schaffung neuer Arbeitsplätze. Das ist vor allem die Gelegenheit, eine Seite der historischen Vergangenheit unserer Stadt und ihrer Kultur wiederherzustellen. Es ist auch eine Möglichkeit, die schöne Legende vom Tilsiter Käse zu beleben und seine Herstellung an den Herstellungsort zurückzuholen. Der Tilsiter Käse kehrt in seine Heimat zurück, was ohne Zweifel auch für den Tourismus vom Vorteil sein wird. Einzigartig ist das Projekt auch deswegen, weil der Besucher den gesamten Produktionszyklus der Tilsiter Käseherstellung beobachten kann, den Käse probieren und typische schweizerische Gerichte im Restaurant kosten kann.“

Das Grundstück stellen die Russen zur Verfügung, die Schweizer liefern für die Startphase das notwendige Know-how und übernehmen die erste Ausbildung für die zukünftigen Käsefachleute. Der

Direktor der örtlichen Berufsschule, Michail Paschkowskij, will eine Klasse mit 20 Auszubildenden einrichten. Sie sollen eine dreijährige Basisausbildung für Molkereifachleute absolvieren,

Das Projekt ist mit Schweizer Präzision angegangen worden, nur eines fehlt

wobei die Ausbildung ein Praktikum in der Schweiz beinhaltet.

Soweit so gut. Bereits für das Stadtfest im vergangenen Jahr war die Grundsteinlegung der Käserei vorgesehen. Dann wurde sie um ein Jahr verschoben. Bis heute ist sie noch nicht erfolgt. Wo klemmt es, ist die naheliegende Frage. Das Projekt ist da, das Grundstück ist bereitgestellt, die Finanzierung ist geklärt, der Maschinenpark ist vorhanden, die Belegschaft wird vorbereitet – doch plötzlich ist Schweigen im Walde.

Wer Käse herstellen will braucht Milch. Milch gibt es nur, wo Kühe sind. Und hier ist der Knackpunkt. In einem Land, in dem früher gro-

ße Rinderherden auf saftigen Weiden grasten, sieht man heute nur vereinzelt eine Kuh auf Futtersuche zwischen Unkraut und Disteln. Moderne Rindergossenschaften, die als Milchlieferant in Frage kämen, haben Seltenheitswert. Bei den bisherigen Recherchen stieß man vorerst nur im Samland auf

einen potenziellen Milchproduzenten. Er wäre in der Lage, eine ausreichende und reibungslose Belieferung der Käserei in Tilsit zu gewährleisten. Aber er befindet sich 140 Kilometer von der Käserei entfernt. Der Transportweg ist viel zu lang und bei den Straßenverhältnissen nicht zumutbar.

Nun ist guter Rat teuer. Man kann das Pferd nicht von hinten aufzäumen. Erst müssen in der näheren Umgebung, im Kreis Tilsit-Ragnit oder in der Elchniederung die Voraussetzungen in Form großer Milchwirtschaftsbetriebe geschaffen werden. Der Russe sagt „budjet“ (Es wird schon). Bis dahin heißt es warten. Hans Dzieran



Lewe Landslied, liebe Familienfreunde,

es ist immer wieder erfreulich, wenn Anfragen aus unserem Leserkreis in die richtigen Bahnen gelenkt werden. Das geschah mal wieder schneller als man glaubt, wie mir Frau **Ute Eichler** mitteilen konnte. Die Leiterin des Archivs der Kreisgemeinschaft Lötzen hatte uns über eine Entdeckung informiert, die ein Kollege ihres Mannes im Nachlass seines Vaters gemacht hatte. Es waren zwei Mappen mit 53 Berichten, die in den Jahren 1935/36 die älteren Schulkinder der Schule Sausgörken, Kreis Rastenburg, im Rahmen einer Austauschaktion mit Schülern der Schule Deichhausen bei Büsum angefertigt hatten. 31 Schülerinnen und Schüler schilderten darin das Leben in ihrem zum Kirchspiel Barten gehörenden Heimatort. Heute müssen diese Aufzeichnungen als authentische Schilderungen des Landlebens in einem kleinen ostpreußischen Dorf noch vor Krieg und Vertreibung angesehen werden. Sie erhalten somit dokumentarischen Wert weit über die Frage von Frau Eichler nach dem weiteren Schicksal der damaligen Schulkinder von Sausgörken hinaus. Sie meinte, dass dieser Fund vor allem für die Kreisgemeinschaft Rastenburg interessant sein dürfte – und lag damit vollkommen richtig. Denn nach der Veröffentlichung in Folge 24 trat ein, was Frau Eichler sich erhofft hatte:

Eine aufmerksame Leserin unserer Ostpreußischen Familie, Frau **Edith Kaes**, aktiv in der Kreisgemeinschaft Rastenburg tätig, meldete sich sofort und meinte: „Das ist doch etwas für uns, für das Rastener Archiv und für den Heimatbrief.“ Wenig später ging der große Stapel von Aufsatzkopien einschließlich der Schriftübertragungen an Frau Kaes. Die Originale allerdings sollen und werden eines Tages nach Ellingen gehen, um dort im Archiv des Kulturzentrums ihren festen Platz zu finden. Zu der eigentlichen Frage von Frau Eichler, die sich auf das Auffinden der von uns in Folge 24 namentlich genannten Aufsatzschreiber bezieht, meinte Frau Kaes, dass mit den in der Kreisgemeinschaft vorhandenen Adressen ein Na-

mensabgleich durchgeführt werden könne. In einem Fall hat sich leider schon herausgestellt, dass einer der Schreiber sieben Jahre später sein Leben verlor – in den Kämpfen des Zweiten Weltkrieges im Alter von 21 Jahren! Sicher werden wir von dieser Suchaktion noch weiter hören.

Wie wichtig für uns eine so aktive Mithelferin wie Ute Eichler ist, beweisen zwei weitere Suchaktionen. Da ist zuerst Frau **Waltraud Wagner** geborene **Ptack** aus Bad Breisig, die sich auf Empfehlung von Frau Eichler mit folgenden Zeilen an uns wendet: „Ich bin Jahrgang 1932 und bis zur Flucht am 23. Januar 1945 auf dem Lötzener Lyzeum zur Schule gegangen. Meine beiden Freundinnen waren in dieser Schulzeit Irmgard Scheller und **Erika Zenthöfer**, deren Familie ein Kolonialwarene-

Kassel dabei zu sein!“ Bis dahin vergeht aber noch einige Zeit, und die Suche nach Personen, deren Spur man auf der Flucht verlor, kann man nicht auf die lange Bank schieben. Und so stellen wir für Frau Wagner geborene Ptack, die Frage: Wer kannte Erika Zenthöfer aus Lötzen und weiß etwas über ihr Schicksal? Sie müsste heute etwa 80 Jahre alt sein und wahrscheinlich durch Heirat einen anderen Namen tragen. (Waltraud Wagner, Parkstraße 46 in 53498 Bad Breisig, Telefon 02633/474983.)

Auch Herr **Siegfried Thiel** aus München wendet sich auf Empfehlung von Ute Eichler an uns, denn er versucht, die Herkunft seines verstorbenen Vaters zu durchleuchten, und die führt nach Ostpreußen. Genauer nach Tannenheim, Kreis Lötzen, wo **Alfred Thiel** am 1. Januar 1922 geboren wurde. So steht es im Führerschein des Verstorbenen, und diese Angabe kann als authentisch gelten, da sie ja zu dessen Lebzeiten gemacht wurde. Nun gibt es aber drei Ortschaften mit diesem Namen in Ostpreußen, und so kam es, dass Siegfried Thiel als Herkunftsort seines Vaters das im Kreis Johannisburg gelegene Tannenheim ansah, und somit auf der falschen Fährte war. Allerdings hatte das im Kreis Lötzen gelegene Tannenheim nur wenige Einwohner, so dass es schwer sein wird, hier noch Zeitzeugen zu finden, die eine Familie Thiel kannten. Sie bestand aus den Eltern **Albert Thiel** *1889, und **Anna** geborene **Rußmann**, *1886, und mehreren Kindern. Außer dem

Sohn Alfred sind eine Tochter **Martha** und ein weiterer Sohn **Paul** namentlich bekannt. Alfred hat nach der Schulzeit Zimmermann gelernt und war im Krieg bei der Marine, zuletzt auf einem Kanonenboot. Nach der Vertreibung lebte er in Marktoberdorf, wo er 1950 **Margarete Raab** heiratete, und in Lengenwang. Der jahrelang schwer kranke Mann verstarb 1963 in Marktoberdorf, sein Sohn Siegfried war erst elf Jahre alt. So hat er seinen Vater nicht mehr nach dessen Heimat und Herkunft befragen können und hofft jetzt, dass sich in unserem Leserkreis noch Zeitzeugen fin-

den, die Alfred Thiel irgendwann begegnet sind. Sei es in seinem Heimatort, während der Schulzeit, bei der Lehre, auf einer Arbeitsstelle oder bei der Marine. Da aber nähere Angaben gänzlich fehlen, wird es schwer sein, hier Spuren zu finden. Tannenheim gehörte zur Gemeinde Spirgsten, hier dürfte Alfred Thiel zur Schule gegangen und in Lötzen konfirmiert worden sein. Da er mehrere Geschwister hatte, könnten noch Nachkommen von ihnen leben, aber auf eine Meldung von Verwandten wagt Siegfried Thiel kaum zu hoffen. Er wäre schon für jeden noch so kleinen Hinweis, der das frühe Leben seines Vaters erhellen könnte, sehr dankbar. (Siegfried Thiel, Pfeufer Straße 32 in 81373 München, Telefon 089/7252865, Fax 032121134733.)

In das südliche Ostpreußen führt auch die nächste Suchfrage, die unser langjähriger Leser **Reinhold Kalisch** aus Baden-Baden stellt. Sie hat ihn wohl sein ganzes bisheriges Leben beschäftigt, denn er wurde von seiner Mutter schon kurz nach der Geburt in andere Hände gegeben. Warum – der Frage wollen wir hier nicht nachgehen, das Kind wurde auf der Flucht geboren. In den Wirren der damaligen Zeit wurden Entscheidungen getroffen, die man heute nur schwer oder überhaupt nicht nachvollziehen kann. Reinholds Mutter wurde als **Lieselotte Müller** 1919 in Königsberg geboren, nach ihrer Verheiratung trug sie den Ehenamen Kalisch. Von ihrem Ehemann, dessen Name auch der Sohn trägt, weiß Reinhold so gut wie nichts, sogar den Vornamen kann er nicht nennen. Die Familie soll zumindest zeitweise in Allenstein gelebt haben. Einige ihrer vier Kinder – **Klaus**, **Rosemarie**, **Günter**, **Hannelore** – kamen zu Pflegefamilien. Herr Kalisch muss in Allenstein bekannt und beliebt gewesen sein, er verblieb auch in Allenstein und ist in den Nachkriegsjahren verstorben. Die Mutter Lieselotte Kalisch war in Ostpreußen zuletzt bei der Organisation Todt in Rastenburg (Wolfschance) dienstverpflichtet, musste hochschwanger fliehen und brachte am 30. Januar 1945 in Schweidnitz [Swidnica] ihren Sohn Reinhold zur Welt. Von Lieselotte Kalisch ist nur so viel bekannt, dass sie später allein nach Amerika ging und dort einen US-Bürger namens **Bley** oder **Blei** heiratete. Das sind die wenigen Informationen, die uns Reinhold Kalisch übermitteln konnte und mit denen er die Hoffnung verbindet, dass sich jemand aus unserem Le-

serkreis an die Familie Kalisch erinnern kann, ob aus der Kriegszeit oder den Jahren danach. (Reinhold Kalisch, Sonnenweg 7 in 76530 Baden-Baden, Telefon 07221/28719, E-Mail: wolfsky@aol.com)

Die russische Okkupation musste der Königsberger **Klaus Plorin** leider miterleben, wie wir ja bereits seiner in Folge 25 erschienenen Suche nach den drei Geschwistern, denen seine Mutter im Frühjahr 1947 zur Ausreise verhalf, entnehmen konnten. Der Pfarrer i. R. hatte in seinem Schreiben aber mehrere Fragen aufgeworfen, von denen wir heute eine bringen, die vor allem die ehemaligen Schüler der deutsch-russischen Schule in der Luisenallee betrifft. In dieser war auch damals die Schriftstellerin **Lucy Falk** als Lehrerin tätig, und Herr Plorin hatte gehofft, in ihrem Buch „Ich blieb in Königsberg“ etwas über jene missglückte Schulfeste zu lesen, die Anfang November 1946 anlässlich der russischen Oktoberrevolution abgehalten werden sollte.

Leider erwähnt die Autorin diesen Zwischenfall mit keinem Wort, vielleicht war sie nicht dabei gewesen, aber Herr Plorin möchte doch wissen, ob es noch Zeugen jenes Vorfalls gibt, den er nie vergessen konnte. Denn so geschah es seiner Erinnerung nach:

„Da ich als Neunjähriger in der Zweiten Klasse längst lesen konnte, beauftragte mich meine Lehrerin, für diese Feier ein kurzes Lobgedicht auf Josef Stalin auswendig zu lernen. Von der holprigen Übersetzung aus dem Russischen weiß ich leider allein die – angesichts unseres Hungers und der nicht erfüllten Zusage, dass wir Schüler Brot bekommen sollten – nur mit Ironie zu lesende Zeile: ‚Wer gibt uns unser täglich Brot? – Väterchen Stalin!‘ Meine Mutter protestierte, als ich ihr das erzählte. ‚Das ist ja eine bewusste Gotteslästerung!‘ Aber weil ich es der Lehrerin fest versprochen hatte, lernte ich den Vers doch auswendig.

Am Festtag stand ich deshalb in der Reihe der Schüler, die alle etwas aufsagen sollten. Zunächst sang der Chor, dann hielt die Direktorin eine lange Rede auf Russisch, die ebenso lange übersetzt wurde, was unser Lampenfieber noch steigerte. Endlich waren wir

Schüler an der Reihe. Da fing die Erstklässlerin links neben mir, die beginnen sollte, laut zu weinen an und brachte kein Wort heraus. Und vor Aufregung machte sie sich in die Hose und wurde von einer Lehrerin aus dem Raum geführt, eine andere wischte die Pfütze auf. Nun war ich an der Reihe, kam aber gar nicht zu Wort. Denn nun sackte die Drittklässlerin rechts neben mir vor Schwäche ohnmächtig zu Boden. Und während sich zwei Lehrerinnen um das Mädchen kümmerten und alle Anwesenden laut durcheinander redeten, wurde die Feier durch ein lautes Machtwort der Direktorin

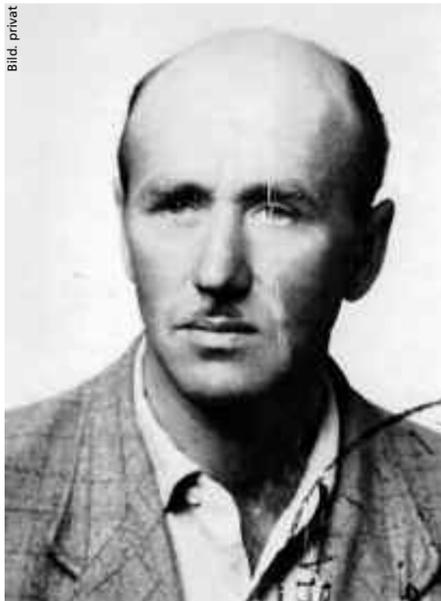
abgebrochen. Die ‚Gotteslästerung‘ musste ich also doch nicht öffentlich aussprechen. Unsere Mutter empfand das dankbar als ein Eingreifen von oben!“

Der Tag endete dann für den Neunjährigen recht versöhnlich, denn es gab ja schulfrei. Zwar wäre eine Straßenbahnfahrt nach Juditten fast schlimm ausgefallen – darüber be-

richten wir ein andermal, aber bei der Rückkehr konnte er am Nordbahnhof eine erfreuliche „Beute“ machen. Dort war die hölzerne Tribüne, auf der die Prominenz die Parade zum Feiertag abnehmen sollte, gerade fertig geworden. Da konnte der Junge sich einiges Restholz unter den Arm klemmen und in die kleine Wohnung in der Drummstraße bringen. Aber nun zu dem Suchwunsch von Pfarrer Plorin nach ehemaligen Mitschülern. Ob sich jemand an diese missglückte Feier erinnern wird, ist fraglich. Zu begrenzt ist doch der Kreis der möglichen Zeitzeugen. Und selbst wenn es keine Resonanz gibt: Diese Begebenheit aus den bösen Nachkriegsjahren der daheim gebliebenen Königsberger ist ein weiteres Steinchen in dem Mosaik, das unsere Leserinnen und Leser mit ihren Erinnerungen zusammensetzen. (Pfarrer i. R. Klaus Plorin, Waldstraße 15 in 90607 Rückersdorf, Telefon 0911/5700509.)

Eure

Ruth Geede



Wer kannte Alfred Thiel aus Tannheim?

schäft in der Neuendorfer Straße hatte. Frau Zenthöfer stammte aus der Familie des Bootbauers **Schulz**. Mit der Flucht verloren wir leider den Kontakt. Dagegen kam ich mit meiner Freundin **Irmgard Scheller** – jetzt **Schwetlik** – wieder in Verbindung. Ihre Familie wurde 1970 von Steintal nach Espelkamp ausgesiedelt. Zu meinem großen Bedauern habe ich nie eine Spur von meiner Freundin Erika Zenthöfer gefunden. Da ich jahrelang im Ausland lebte, konnte ich leider nie an einem Lötzener Treffen teilnehmen. Ich habe aber nun fest vor, beim nächsten Ostpreußentreffen 2014 in

Alle in der »Ostpreußischen Familie« abgedruckten Namen und Daten werden auch ins Internet gestellt. Eine Zusendung entspricht somit auch einer Einverständniserklärung!

Einsame Spuren im Dünen sand

Jörn Pekrul nimmt uns mit auf eine Nehrungswanderung

An diesen warmen Sommertagen bekommt die Erinnerung Flügel. Sie bringt die Älteren unter uns zurück in die Kindertage, die in Sand und See verspielt wurden, an irgendeinem der weißen Strände unserer Heimat. Zurück an das Wandern im flirrenden Dünen sand mit dem Blick auf die endlos scheinenden Wasserweiten von See und Haff. Das Sommerparadies meiner Kindheit ist für mich wieder lebendig geworden in Bild und Wort, denn es ist noch immer da, und unser Leser **Jörn Pekrul** hat es eingefangen und lädt uns zu einer Wanderung über die Kurische Nehrung ein. „Darf ich bitten?“, fragt er, und ich folge ihm nur zu gerne und nehme unsere Ostpreußische Familie mit. Sie führt zu einem kleinen Nehrungsdorf, das zwischen Grenzen und Zeiten zu liegen scheint: nach Pillkopen. Wir erkennen es in den niedergeschriebenen Empfindungen des Verfassers wieder:

„Wir fahren auf der alten Poststraße die Nehrung hinauf nach Pillkopen. Dort biegen wir zur Haffseite ab. Die Weiße Düne kündigt sich schon durch die ersten Bepflanzungen und Festsetzungen an, jedoch lässt im weiteren Ver-



Gedenktafeln vor einem Pillkopper Fischerhaus Bild: Jörn Pekrul

lauf auch diese spärliche Vegetation nach, und wir sehen nur noch den weißen Sand, den weiten, blauen ostpreußischen Himmel mit seinen Wolkengebirgen, die ihn wie eine große Kathedrale erscheinen lassen. Es ist Mittag und uns umgibt – bis auf einen fernen Mö-

wenschrei – eine Stille und eine Langsamkeit, wie sie in bewohnten Gegenden nicht mehr zu finden ist. Das Leben, das hier existiert, zeigt sich lediglich in den Spuren einiger Vögel in einer feuchten Sandstelle oder in einer zurückgelassenen Feder. Diejenige, die ich aufhebe, kommt von einem Storch. Wir steigen immer weiter die Düne hinauf. Die Schuhe haben wir längst ausgezogen, und wir spüren den weichen, warmen Sand unter unseren Füßen. In Sichtweite blitzt das Wasser des Haffes auf, das heute still wie ein Spiegel liegt. Ansonsten nur die Dünen, die Ferne, die Einsamkeit, die Stille. Je weiter man die Düne hinauf steigt, desto stärker wird das Gefühl, dass die irdischen Beschwerlichkeiten abfallen, und wir erreichen einen Zwischenzustand, der uns im Übergang von Erde und Himmel zum Zentrum unseres Selbst führt, der den ganzen Menschen wieder in sein Lot rückt. Auf der Höhe der Düne ist es sehr windig. Der feine Sand, der hier verweht, wirkt wie

feine Nadelstiche auf der Haut. Das Haff liegt nun weit unter uns. Das Gefühl für Raum und Zeit geht verloren. Wir kommen zur Ruhe.

Im Nachhinein überlegte ich mir, dass andere Menschen an anderen Orten viel Geld bezahlen, um sich diese Ruhe auf irgendwelchen, für sie glaubhaft wirkenden maßgeschneiderten Experimenten zu erkaufen, um sie dann letztendlich doch nicht zu finden oder nur als kurzfristigen Effekt. Hier auf der Kurischen Nehrung bekommen wir die Ruhe umsonst. Doch es sind nicht nur die sicht- und spürbaren Gegebenheiten der Natur, die uns diese Ruhe schenken, es kommt noch ein Wesentliches hinzu: die Vertrautheit mit und ein Verwurzelte sein in diesem Land, Eigenschaften, die wir in uns tragen. Beide haben in uns die Keime für die Liebe und Fürsorge gelegt, die wir ihm widmen, wo wir auch sind – vor Ort oder in der Ferne, seien wir dort noch geboren oder über die ihre Heimat bewahrende Familie hineingewachsen. Damit

gehen auch eine gewisse Demut und eine liebevolle Fürsorge einher gegenüber diesem Land, seiner Geschichte und seinem Geschick.



Einsame Spur auf der weißen Düne Bild: Jörn Pekrul

So gewinnen wir die Einsicht, dass wir nicht alles in die Hand nehmen, jedoch aus dem, was möglich ist, das Wahrhaftigste und das Be-

ste machen können. Und man kann dies noch bei Menschen ostpreußischer Wesensart noch ergänzen mit ‚das Beste machen wollen‘. Beides schenkt uns nicht nur den Lohn für unsere Tätigkeiten, sondern noch mehr einen inneren Frieden, den wir, die wir mit diesem Land und seinem Geschick verbunden sind, brauchen. Und dies in unsere Zeit transportiert, lässt uns auch mit freundlicher Anteilnahme auf die Menschen sehen, die heute dort leben und ihr Geschick mit Mitgefühl verfolgen.“

Dies sind die gedanklichen Spuren, die der Nachgeborene einer altpreußischen Familie auf seiner Nehrungswanderung hinterlassen hat, sie werden bei uns nicht verwehen. Wir danken Jörg Pekrul sehr dafür wie auch für die wundervollen Aufnahmen. Wobei im Hinblick auf Pillkopen noch eine Frage im Raum steht: Wurden die Gedenktafeln an die ehemaligen „Bewohner von Pillkopen“, die vor kurzem entfernt wurden, inzwischen wieder aufgestellt? R.G.

Wir gratulieren ...

Anzeigen

ZUM 108. GEBURTSTAG

Robatzek, Auguste, geb. **Schwarmer**, aus Brodau, Kreis Neidenburg, am 25. Juli

ZUM 100. GEBURTSTAG

Dobischat, Martha, geb. **Hinz**, aus Heiligenbeil, am 20. Juli

ZUM 99. GEBURTSTAG

Lettau, Herta, geb. **Stadie**, aus Rumeiken, Kreis Lyck, am 20. Juli

Pieperit, Emma, aus Lyck, am 20. Juli

Staats, Erwin, aus Gollen, Kreis Lyck, am 26. Juli

ZUM 97. GEBURTSTAG

Göbel, Christel, geb. **Schulz**, aus Lyck, Hindenburgstraße 40, am 25. Juli

ZUM 95. GEBURTSTAG

Hein, Christel, aus Königsberg-Ponath, Barbarastraße 51a, am 20. Juli

ZUM 94. GEBURTSTAG

Nadrowski, Anna, aus Heinrichsdorf, Kreis Neidenburg, am 23. Juli

Petzold, Elly, geb. **Skerra**, aus Neuhoft, Kreis Neidenburg, am 22. Juli

Stief, Anna, geb. **Jewski**, aus Ebendorf, Kreis Ortelsburg, am 26. Juli

ZUM 93. GEBURTSTAG

Böhnke, Herta, geb. **Böhnke**, aus Genslack, Neu Zimmou, Kreis Wehlau, am 22. Juli

Burger, Frieda, geb. **Machmüller**, aus Allenburg, Gartenstraße 3, Kreis Wehlau, am 23. Juli

Nellessen, Hertha, geb. **Klein**, aus Pregelwalde Abbau, Kreis Wehlau, am 22. Juli

Tessarzik, Irene, geb. **Nowak**, aus Lengau, Kreis Treuburg, am 25. Juli

Waschk, Käthe, geb. **Kotowski**, aus Rübenzahl, am 22. Juli

ZUM 92. GEBURTSTAG

Bräunig, Elli, geb. **Acktun**, aus Schillenberg, Kreis Wehlau, am 21. Juli

Burger, Dora, geb. **Josuttis-Siegenthaler**, aus Lyck, Bismarckstraße 36, am 26. Juli

Felke, Helene, geb. **Kaminski**, aus Dietrichsdorf, Kreis Neidenburg, am 23. Juli

Heyduck, Alfred, aus Treuburg, am 25. Juli

Kühn, Hans, aus Lyck, Morgenstraße 4, am 22. Juli

Kurtz, Edeltraut, geb. Liebich, aus Prostken, Kreis Lyck, am 23. Juli

Litzbarski, Lene, geb. **Cybulka**, aus Groß Schläfen, Kreis Neidenburg, am 25. Juli

Sauer, Erika, geb. **Gottschling**, aus Kirpehnen, Kreis Samland, am 25. Juli

Weiß, Elfriede, geb. **Bartels**, aus Reinlacken, Wachlacken, Kreis Wehlau, am 24. Juli

ZUM 91. GEBURTSTAG

Andersch, Gisela, geb. **Knorr**, aus Friedrichstein, Kreis Samland, am 21. Juli

Greifenberg, Hildegard, geb. **Kukowski**, aus Martinshöhe, Kreis Lyck, am 26. Juli

Griesel, Emmi-Wanda, geb. **Brussas**, aus Sentken, Kreis Lyck, am 25. Juli

Herrmann, Fritz, aus Herzogskirche, Kreis Treuburg, am 27. Juli

Müller, Ursula, geb. **Lindenau**, aus Wehlau, Nadolnystraße 4, am 20. Juli

ZUM 90. GEBURTSTAG

Beuermann, Charlotte, geb. **Dodszuweit**, aus Bürgerhuben, Kreis Elchniederung, am 20. Juli

Gießel, Elli, geb. Nitsch, aus Korschchen, Kreis Rastenburg, am 23. Juli

Jortzick, Hildegard, aus Mulden, Kreis Lyck, am 20. Juli

Juckel, Hilda, geb. **Beinert**, aus Neufelde, Kreis Elchniederung, am 21. Juli

Mäckle, Irmgard, geb. **Pallasch**,

aus Altkirchen, Kreis Ortelsburg, am 23. Juli

Paech, Herta, geb. **Gronski**, aus Klein-Steegen, Kreis Preußisch-Eylau, am 23. Juli

Paeger, Franz, aus Haina, Kreis Ebenrode, am 23. Juli

Podufal, Erna, geb. **Rogalla**, aus Jürgen, Kreis Treuburg, am 20. Juli

Riecken, Hildegard, geb. **Glaubitt**, aus Steintal, Kreis Lötzen, am 23. Juli

Schattauer, Erika, aus Ebenrode, am 25. Juli

Schellong, Günther, aus Willenberg, Kreis Ortelsburg, am 21. Juli



Schimnossek, Elisabeth, aus Kalkhof, Kreis Treuburg, am 25. Juli

Strodt, Ursula, geb. **Ruhnau**, aus Mensguth, Kreis Ortelsburg, am 23. Juli

Wagner, Heinz, aus Tapiau, Schleusenstraße 7, Kreis Wehlau, am 25. Juli

Wasilewski, Mathilde, geb. **Kaminski**, aus Millau, Kreis Lyck, am 23. Juli

Weiß, Alfred, aus Sillginnen, Kreis Gerdaunen, am 24. Juli

ZUM 85. GEBURTSTAG

Apelt, Waltraut, geb. **Orlowski**, aus Neuendorf, Kreis Lyck, am 21. Juli

Curdts, Irene, aus Seckenburg, Kreis Elchniederung, am 26. Juli

Dilba, Bruno, aus Pillau, Kreis Samland, am 22. Juli

Franke, Edith, geb. **Scherello**, aus Reinkental, Kreis Treuburg, am 26. Juli

Grunert, Ida, geb. **Kunze**, aus Köl-

mersdorf, Kreis Lyck, am 25. Juli

Kerwien, Helmut, aus Heinrichswalde, Kreis Elchniederung, am 20. Juli

Kugler, Lieselotte, geb. **Bordzio**, aus Dullen, Kreis Treuburg, am 22. Juli

Lion, Jürgen, aus Allenstein, am 26. Juli

Löding-Westphal, Edith, geb. **Gudella**, aus Masuren, Kreis Treuburg, am 26. Juli

Maeck, Richard, aus Stauchwitz, Kreis Ortelsburg, am 22. Juli

Muchow, Erna, geb. **Rehfeld**, aus Ehrenwalde, Kreis Lyck, am 22. Juli

Prange, Elsbeth, aus Lyck, Morgenstraße 31, am 21. Juli

Rabe, Waltraut, geb. **Gusek**, aus Lemanen, Kreis Ortelsburg, am 22. Juli

Schmiedeskamp, Hanna, geb. **Stern**, aus Königsberg, am 25. Juli

Siedentopf, Eva, geb. **Fritz**, aus Gutsfelde, Kreis Elchniederung, am 25. Juli

Sütterlin, Siegfried, aus Grünsee, Kreis Lyck, am 23. Juli

ZUM 80. GEBURTSTAG

Allmeroth, Rosemarie, geb. **Nehm**, aus Ostseebad Cranz, Kreis Samland, am 20. Juli

Betsch, Christine, geb. **Schlembrowski**, aus Moithienen, Kreis Ortelsburg, am 23. Juli

Bienert, Erwin, aus Rosenheide, Kreis Lyck, am 22. Juli

Cserni, Martha, geb. **Alexey**, aus Hansbruch, Kreis Lyck, am 26. Juli

Eisenblätter, Hans Joachim, aus Germau, Kreis Samland, am 26. Juli

Fahr, Erika, geb. **Sembitzki**, aus Wellheim, Kreis Lyck, am 22. Juli

Kaminski, Kurt, aus Grammen, Kreis Ortelsburg, am 21. Juli

Keidel, Herta, geb. **Todzi**, aus Lindenort, Kreis Ortelsburg, am 23. Juli

Knuth, Vera-Gisela, geb. **Goeritz**, aus Amtal, Kreis Elchniederung, am 20. Juli

Lorenz, Kurt, aus Schwalgenor, Kreis Treuburg, am 20. Juli

Manthey, Elfriede, aus Pinneberg, am 25. Juli

Nitsch, Margarete, geb. **Nitsch**, aus Poppendorf, Kreis Wehlau, am 24. Juli

Ostermeier, Gisela, geb. **Körber**, aus Lyck, Hindenburgstraße 11, am 21. Juli

Perbandt, Anneliese, geb. **Nichau**, aus Hohenfürst, Kreis Heiligenbeil, am 24. Juli

Portleroi, Hans, aus Regeln, Kreis Lyck, am 25. Juli

Preikschat, Gerhard, aus Schirwindt, Kreis Schloßberg, am 25. Juli

Röber, Edith, geb. **Saszik**, aus Ittau, Kreis Neidenburg, am 24. Juli

Roy, Hans-Georg, aus Lyck, Abbau, am 23. Juli

Stamm, Monika, geb. **Fisahn**, aus Moßberg, Kreis Heilsberg, am 25. Juli

Statz, Fritz, aus Kalkhof, Kreis Treuburg, am 25. Juli

Straka, Hildegard, geb. **Gramatzki**, aus Gilgetal, Kreis Elchniederung, am 21. Juli

Tessmer, Helmut, aus Fischhausen, Kreis Samland, am 24. Juli

Tilsner, Horst, aus Sanditten, Kreis Wehlau, am 23. Juli

Wedemeyer, Christel, geb. **See- ringer**, aus Morgengrund, Kreis Lyck, am 24. Juli

ZUM 75. GEBURTSTAG

Aselmann, Gisela, geb. **Kagelmacher**, aus Eichen, Gubehnen, Kreis Wehlau, am 22. Juli

Daniel, Ulrich, aus Tapiau, Herbert-Norkus-Straße, Kreis Wehlau, am 24. Juli

Fintel, Marga, geb. **Paries**, aus Erlen, Kreis Elchniederung, am 23. Juli

Kehren, Anneliese, geb. **Neumann**, aus Groß Schöndamerou, Kreis Ortelsburg, am 24. Juli

Klein, Lothar, aus Wehlau, Memeler Straße 19, am 20. Juli

Kohlmann, Edeltraud, geb. **Brzezinski**, aus Lehmanen, Kreis Ortelsburg, am 24. Juli

Lemke, Herbert, aus Groß Hoppenbruch, Kreis Heiligenbeil, am 26. Juli

Lorenz, Kurt, aus Schwalgenor,

Herzliche Glückwünsche, alles Gute und Gottes Segen wünschen unserem Bruder und Vetter, dem Ortelsburger

Alfred Steinbacher

Ortelsburg –
Schorfheide-Finowfurt

zu seinem **80.** Geburtstag.

Reinhold, Gerhard, Fritz,
Hilde und Waltraud

70. GEBURTSTAG
Fred Kowalski

geb. 23. 7. 1943

ehemals wohnhaft in

Hohenstein/Ostpreußen

Bergstraße 2

seit 1959 in Köln

Tel. 0163 / 252 89 04

kowalski.koenig@web.de

Kreis Treuburg, am 20. Juli
Müller, Anneliese, geb. **Holstein**, aus Stobern, Kreis Ebenrode, am 22. Juli

Nachtigal, Bernhard, aus Pillau, Kreis Samland, am 25. Juli

Nattermann, Helga, geb. **Kaspe- reit**, aus Ebenrode, am 26. Juli

Nohle, Peter, aus Gauleden, Kap- keim, Kreis Wehlau, am 26. Juli

Pingel, Waltraud, geb. **Kremin**, aus Kuglacken, Jakobsdorf, Kreis Wehlau, am 21. Juli

Plomann, Hans, aus Klein Hans- walde, Kreis Mohrunen, am 25. Juli

Rogge, Manfred, aus Schwengels, Kreis Heiligenbeil, am 22. Juli

Schedukat, Klaus, aus Kucker- neese, Kreis Elchniederung, am 21. Juli

Schletter, Klaus, aus Ebenrode, am 26. Juli

Sychold, Gerda, geb. **Olschewska**, Groß Seedorf, Kreis Neiden- burg, am 25. Juli

Taudien, Manfred Otto, aus Te- wellen, Kreis Elchniederung, am 24. Juli

Glückwünsche
Fortsetzung auf Seite 16

Alle auf den Seiten »Glückwünsche« und »Heimarbeit« abgedruckten Berichte und Terminankündigungen werden auch ins Internet gestellt. Eine Zusendung entspricht somit auch einer Einverständniserklärung!

TERMINE DER LO

Jahr 2013

20. bis 22. September: Geschichtsseminar in Bad Pyrmont.

27. bis 29. September: 9. Kommunalpolitischer Kongress in Allenstein. Geschlossener Teilnehmerkreis.

11. bis 13. Oktober: 6. Deutsch-Russisches Forum in Duisburg. Geschlossener Teilnehmerkreis.

14. bis 20. Oktober: 59. Werkwoche in Bad Pyrmont.

1. November: Arbeitstagung der Landesgruppenvorsitzenden in Bad Pyrmont.

2./3. November: Ostpreußische Landesvertretung in Bad Pyrmont. Geschlossener Teilnehmerkreis.

4. bis 8. November: Kulturhistorisches Seminar für Frauen in Bad Pyrmont.

Jahr 2014

8./9. März: Arbeitstagung der Kreisvertreter in Bad Pyrmont.

5./6. April: Arbeitstagung der Deutschen Vereine im südlichen Ostpreußen.

17./18. Mai: Deutschlandtreffen der Ostpreußen in Kassel.

3./7. November: Kulturhistorisches Seminar für Frauen in Bad Pyrmont.

Auskünfte bei der Bundesgeschäftsstelle der Landsmannschaft Ostpreußen, Buchtstraße 4, 22087 Hamburg, Telefon (040) 414008-0.

HÖRFUNK & FERNSEHEN

SONNABEND, 20. Juli, 19.30 Uhr 3sat: Helden des Widerstands: Der letzte Kronzeuge Stauffenbergs. Carl Szokoll und die Zivilcourage. Porträt. A 2004.

SONNABEND, 20. Juli, 20.15 Uhr, 3sat: Stauffenberg. Politdrama. D/A 2004.

SONNABEND, 20. Juli, 21.40 Uhr, WDR: Der Tötlicher. Psychodrama, D 1995. Götz George spielt den Serienmörder Fritz Haarmann, der nach dem Ersten Weltkrieg 24 Jungen umbrachte.

SONNABEND, 20. Juli, 21.45 Uhr, 3sat: Sophie Scholl – Allen Gewalten zum Trotz. Doku, D 2005.

SONNTAG, 21. Juli, 1.10 Uhr, WDR: Götz George wird 75 – seine beliebtesten Rollen.

SONNTAG, 21. Juli, 8.05 Uhr, WDR 5: Osteuropa-Magazin.

SONNTAG, 21. Juli, 9.30 Uhr, Deutschlandfunk: Essay und Diskurs. „Eine Großtat von unermesslichem Segen“. Hitlers Konkordat mit dem Papst. Von Ernst Piper.

SONNTAG, 21. Juli, 12.50 Uhr, 3sat: Münchhausen. Fantasykomödie mit Hans Albers. D 1943.

SONNTAG, 21. Juli, 15.30 Uhr, BR: Entlang der böhmischen Elbe.

SONNTAG, 21. Juli, 16 Uhr, SWR: Die Ostsee zwischen Deutschland und Estland.

MONTAG, 22. Juli, 9.05 Uhr, Deutschlandfunk: Kalenderblatt. Vor 100 Jahren: Das deutsche Reichs- und Staatsangehörigkeitsgesetz wird verkündet.

MONTAG, 22. Juli, 20.15 Uhr, ARD: Goethe. Historienromanze. D 2010.

MONTAG, 22. Juli, 20.15 Uhr, Arte: George. TV-Dokudrama, D 2013. Um weiter auftreten zu dürfen, arrangierte sich Schauspieler Heinrich George (gespielt von Sohn Götz George) mit den Nazis. Seine Rollen in Propagandafilmen wurden ihm nach dem Krieg zum Verhängnis.

MONTAG, 22. Juli, 21.50 Uhr, ARD: Verkaufte Kinderseelen. Zwangsprostitution in unserer Nachbarschaft.

MONTAG, 22. Juli, 23.35 Uhr, ARD: Die Wagners und Bayreuth. Kultur.

DIENSTAG, 23. Juli, 17.10 Uhr, Arte: Verschollene Filmschätze.

1956: Hochzeit von Grace Kelly mit Fürst Rainier von Monaco. Doku, F. 2009.

DIENSTAG, 23. Juli, 20.10 Uhr, Deutschlandfunk: Hörspiel „Urlaub vom Leben“. Rheinsberg von Kurt Tucholsky.

DIENSTAG, 23. Juli, 20.15 Uhr, HR: Deutsche Traktorlegenden. Über die Geschichte der deutschen Klassiker wie Bulldog, Stier oder Dieselross.

DIENSTAG, 23. Juli, 22.45 Uhr, ARD: Unter Männern – Schwul in der DDR. Doku 2012.

MITTWOCH, 24. Juli, 20.15 Uhr, Arte: Nanga Parbat. Bergsteigerdrama, D 2010.

MITTWOCH, 24. Juli, 20.45 Uhr, MDR: Bomben, Minen, Giftgranaten. Munition in der Ostsee. Reportage.

MITTWOCH, 24. Juli, 21.45 Uhr, ARD: George. Dokudrama 2013.

MITTWOCH, 24. Juli, 0.45 Uhr, ZDF: Neuanfang im Krisenland. Zypern zwischen Hoffnung und Wut. Reportage.

DONNERSTAG, 25. Juli, 10.10 Uhr, Deutschlandfunk: Marktplatz. Mehr Ehrenämter, bitte. Steuerliche und gesetzliche Regeln.

DONNERSTAG, 25. Juli, 17.05 Uhr, Arte: Verschollene Filmschätze. 1961: Jurij Gagarin, erster Mensch im Weltall.

DONNERSTAG, 25. Juli, 22.15 Uhr, ARD: Der Fliegende Holländer. Oper unter der musikalischen Leitung von Christian Thielemann.

FREITAG, 26. Juli, 13.07 Uhr, Deutschlandradio Kultur: Länderreport. Wie geht die Agrarwende voran? Bilanz nach einem halben Jahr Rot-Grün in Niedersachsen.

FREITAG, 26. Juli, 17 Uhr, Arte: Verschollene Filmschätze. 1963: Ich bin ein Berliner. Doku, F 2010.

FREITAG, 26. Juli, 20.15 Uhr, HR: Deutsche Urlaubsparadiese. „Von Brandenburg ins Boddenland“. Reportage.

FREITAG, 26. Juli, 21.45 Uhr, Phoenix: Panama-Kanal. Reportage, USA 2011. Die dramatische Geschichte des Megaprojekts, das zahllose Arbeiter das Leben kostete und die Region veränderte.

FREITAG, 26. Juli, 22.15 Uhr, N24: Vom Einzeller zum Genie – Der Ursprung des Menschen.

LANDSMANNSCHAFTLICHE ARBEIT LANDESGRUPPEN



BADEN- WÜRTTEMBERG

Vors.: Uta Lüttich, Feuerbacher Weg 108, 70192 Stuttgart, Telefon und Fax (0711) 854093, Geschäftsstelle: Haus der Heimat, Schloßstraße 92, 70176 Stuttgart, Tel. und Fax (0711) 6336980.

turtagte das Fest unter der Eiche am Haus der Heimat statt. Zwischen 15 und 17 Uhr Kulturprogramm der Aussiedler mit Tanz und Gesang. Angeboten werden auch kulinarische Spezialitäten.

München – Jeden Montag, 18 bis 20 Uhr, Haus des Deutschen Ostens: Ostpreußischer Sängerkreis. Kontakt: Dr. Gerhard Gräf, Offenbachstraße 60, 85598 Baldham, Telefon (08106) 4960.



BERLIN

Vorsitzender: Rüdiger Jakesch, Geschäftsstelle: Forckenbekstraße 1, 14199, Berlin, Telefon (030) 2547345, E-Mail: info@bdv-blm.de, Internet: www.ostpreussen-berlin.de. Geschäftszeit: Donnerstag von 14 Uhr bis 16 Uhr Außerhalb der Geschäftszeit: Marianne Becker, Telefon (030) 7712354.



Königs- berg / S a m- land / Labiau

Freitag, 16. August, 14 Uhr, Johann-Georg-Stuben, Johann-Georg-Straße 10: Treffen der Gruppe.

**Wirken Sie mit
an der Stiftung.**
Fürst Fugger Privatbank
Konto-Nr.: 1001034983
BLZ: 72030014

Ludwigsburg – Der für Montag, 22. Juli, angekündigte Besuch eines Biergartens oder einer Weinsteube muss leider ausfallen.

Stuttgart – Montag, 5. August, 17 Uhr, Schlossplatz: Chartafeier bei der Gedenktafel vor dem Neuen Schloss. Um rege Beteiligung wird gebeten.

Ulm/Neu-Ulm – Sonnabend, 20. Juli, 14.30 Uhr, Ulmer Stuben: Monatliches Treffen der Gruppe.



BAYERN

Vorsitzender: Friedrich-Wilhelm Böld, Telefon (0821) 517826, Fax (0821) 3451425, Heilig-Grab-Gasse 3, 86150 Augsburg, E-Mail: info@low-bayern.de, Internet: www.low-bayern.de.

Ansbach – Sonnabend, 27. Juli, 15 Uhr, Orangerie: Sommerliches Treffen mit Liedern und Geschichten der Heimat.

Ingolstadt – Sonntag, 21. Juli, 14.30 Uhr, Gasthaus Bonschab, Münchener Straße 8: Monatliches Heimattreffen der Gruppe.

Landshut – Dienstag, 6. August: Ausflug zur Streichenkirche in Schleching.

Nürnberg – Dienstag, 23. Juli, 15 Uhr, Haus der Heimat in Nürnberg Langwasser, Imbuschstraße 1, Endstation der U 1, Mitgliederversammlung, gezeigt wird das Schatzkästchen Ostpreußen, Gäste herzlich willkommen. – Am Sonnabend, 20. Juli findet ab 12 Uhr während des Tages der offenen Tür und der Aussiedler-Kul-

Informationen bei Prof. Wolfgang Schulz, Telefon (030) 2515995.



HAMBURG

Erster Vorsitzender: Hartmut Klingbeutel, Kippingstr. 13, 20144 Hamburg, Tel.: (040) 444993, Mobiltelefon (0170) 3102815. 2. Vorsitzender: Manfred Samel, Friedrich-Ebert-Straße 69 b, 22459 Hamburg, Telefon/Fax (040) 587585, E-Mail: manfred-samel@hamburg.de.

LANDESGRUPPE

Sonnabend, 31. August, 14 Uhr (Einlass 13 Uhr), Restaurant Lakemann, Litzowstraße 8 (Nähe Einkaufs-Center Quarree, U-Bahn Wandsbek-Markt): Der Sommer ist zurück und die Landesgruppe Hamburg lädt zum **Sommerfest**. Eröffnung und Leitung der Veranstaltung durch Kulturreferent Siegfried Grawitter, Evastraße 3 b, 22089 Hamburg, Telefon (040) 205784. Begrüßung durch den 1. Vorsitzenden der LG Hamburg Hartmut Klingbeutel. Der 2. Vorsitzende Manfred Samel stellt sich nach der Neuwahl des Vorstandes mit kleiner Überraschung für die Mitglieder vor. Einen Höhepunkt bieten die zwei lustigen Musikanten Günter Schattling und Hans Grawitter, zwei Dudelspieler erfreuen die Teilnehmer mit ihren schönen Musikstücken und bekannten Liedern. Einzug des LAB-Chors unter der Leitung von Dieter Dziobaka und zum Einstimmen für alle wird das Ostpreußenlied „Land der dunklen Wälder“ gemeinsam gesungen. Kaffeepause von 15.15 bis 16 Uhr. Nach der Kaffeepause erfährt der LAB-Chor die Anwesenden mit Oldies und schönen Melodien zum Mitsingen und Mitträumen. Das Schlusswort hält Siegfried Grawitter und gemeinsam wird das Abschlusslied „Kein schöner Land“ gesungen. Ende der Veranstaltung um zirka 17 Uhr.

BEZIRKSGRUPPE

Harburg/Wilhelmsburg – Montag, 29. Juli, 15 Uhr, Gasthaus Waldquelle, Meckelfeld, Höpenstraße 88: Heimatnachmittag. Anfahrt: Mit Bus 443 bis Waldquelle. Thema: Sommer und Urlaub in Ost- und Westpreußen. Im August findet kein Heimatnachmittag statt.

FRAUENGRUPPE

Hamburg-Bergedorf – Freitag, 26. Juli, 15 Uhr, Haus des Begleiters, Harders Kamp 1: „Zum 150. Geburtstag des berühmten Rastenburger Schriftstellers Arno Holz“.

KREISGRUPPE

Heiligenbeil – In Verbindung mit dem Kulturreferat der Landesgruppe Hamburg e. V. veranstaltete die Heimatkreisgruppe Heiligenbeil eine Tagesfahrt am Sonnabend, 17. August, zur Heideblüte in die Lüneburger Heide. Der Tag beginnt mit einem Besuch des Ostpreußischen Landesmuseums in Lüneburg. Mittagessen in einem Heidegasthof, anschließend eine geführte Heiderundfahrt bei Kaffee und Kuchen werden die Teilnehmer den Tag dann in einem gemütlichen Heidegasthof ausklingen lassen. Anmeldung bis zum 12. August bei Lm. Konrad Wien, Telefon (040) 53254950.

Preis pro Person 43 Euro für Busfahrt, Eintritt und Führung im Museum. Mittagessen, Rundfahrt und Kaffeegedeck. Abfahrtsort: Harburg-Bahnhof 8 Uhr, Hamburg-ZOB 8.30 Uhr.



Insterburg – Die Gruppe trifft sich jeden 1. Mittwoch im Monat (außer Januar und Juli) mit Liedern und kulturellem Programm um 12 Uhr, Hotel Zum Zeppelin, Frohmestraße 123–125. Kontakt: bei Manfred Samel, Friedrich-Ebert-Straße 69 b, 22459 Hamburg. Telefon/Fax (040) 587585, E-Mail: manfred-samel@hamburg.de.

Osterode – Sonnabend, 20. Juli, 14 Uhr, Restaurant Ribling, gegenüber Café Prinzess, Alsterdorfer Straße 572, auch von Fuhlsbütter Straße 757 zu erreichen, Hamburg-Ohlsdorf: Herzliche Einladung zum Sommerfest der Gruppe bei einem gemütlichen Nachmittag. Beginn mit einer gemütlichen Kaffeetafel, danach gemeinsames Singen und Erzählen.



HESSEN

Stellvertretender Vorsitzender: Ulrich Bonk, Voltastraße 41, 60486 Frankfurt/Main, Telefon (069) 77039652.

Wiesbaden – Sonnabend, 27. Juli, 15 Uhr, **Sommer-Gartenfest** im Kleingartenverein am Wasserwerk in Erbenheim. Am Grill werden Steaks und Würstchen zubereitet, dazu gibt es Kartoffelsalat oder Brötchen. Zu Beginn werden die Teilnehmer mit Kaffee und leckerem Kuchen verwöhnt. Für Unterhaltung sorgen unser Frauenchor, Spiele und Musik. Anmeldung bei Irmgard Steffen, Telefon (0611) 844938. Anfahrt: ESWE-Bus Linie 15 bis Erbenheim, Haltestelle Barbarossastraße. Die Veranstaltung findet bei jeder Witterung statt, da ausreichend überdachte Räumlichkeiten zur Verfügung stehen.



NIEDERSACHSEN

Vorsitzende: Dr. Barbara Loeffke, Alter Hessenweg 13, 21335 Lüneburg, Telefon (04131) 42684. Schriftführer und Schatzmeister: Gerhard Schulz, Bahnhofstraße 30b, 31275 Lehrte, Telefon (05132) 4920. Bezirksgruppe Lüneburg: Manfred Kirrinis, Wittinger Straße 122, 29223 Celle, Telefon (05141) 931770. Bezirksgruppe Braunschweig: Fritz Folger, Sommerlust 26, 38118 Braunschweig, Telefon (0531) 2 509377. Bezirksgruppe Weser-Ems: Otto v. Below, Neuen Kamp 22, 49584 Fürstenau, Telefon (05901) 2968.

Helmstedt – Donnerstag, 8. August, 15 Uhr, Begegnungsstätte, Schützenwall 4: Treffen der Gruppe. Auskünfte erteilt Helga Anders, Telefon (05351) 9111.

Oldenburg – Bericht über den **Ausflug der Gruppe am 10. Juli** – Zusammen mit den anderen Landsmannschaften Oldenburgs unternahm die Gruppe am 10. Juli eine Kulturfahrt zum Ostpreußischen Landesmuseum nach Lüneburg. Die umfangreiche Dauerausstellung erlebten die Teilnehmer in zwei detailliert und faktenreich vorgetragenen Führungen. Es wird eindrucksvoll dargestellt, dass Ostpreußen nicht nur ein Land der Wälder und Getreidefelder war, sondern auch einen um-

Ferienhaus/Altersruhesitz am Löwentinsee in Masuren
Bj 1992/93, gepflegt, in seriösem Vorort von Lötzten, aus Altersgründen zu verkaufen. 109 m² Wohnfläche, 620 m² Grundstück, Preis 140.000 €, Käuferprov. 3,57%, Potrimpus UG, 15526 Bad Saarow, Lindenstraße 22, Telefon 0171 70 11 506, mail: potrimpus@ostpreussen.net, Website: ostpreussen.net

**Masuren – Königsberg – Danzig
Kurische Nehrung**
Tel. 07154/131830 www.dnv-tours.de

fangreichen Beitrag zur Kulturgeschichte Deutschlands beigetragen hat, deren Erinnerung zu wahren, Aufgabe des Landesmuseums ist. Viele der Mitfahrer konnten eigene Erfahrungen und Erlebnisse beitragen, wobei diese Zeit zu Ende gehen wird, weshalb auch das Landesmuseum konzeptionell den Übergang zu einem Museum für alle suchen und finden muss. Der geplante Umbau bietet dafür ohne Zweifel die richtigen Perspektiven. – Im August ist Sommerpause.

Osnabrück – Dienstag, 30. Juli, 16.45 Uhr, Hotel Ibis, Blumenhalder Weg 152: Die Gruppe trifft sich zum Kegeln.



NORDRHEIN- WESTFALEN

Vorsitzender: Jürgen Zauner, Geschäftsstelle: Buchenring 21, 59929 Brilon, Tel. (02964) 1037, Fax (02964) 945459, E-Mail: Geschaef@Ostpreussen-NRW.de, Internet: www.Ostpreussen-NRW.de

Bielefeld – Donnerstag, 1. August, 15 Uhr, Wilhelmstraße 13, 6. Stock, 33602 Bielefeld: Gesprächskreis der Königsberger Freunde der ostpreußischen Hauptstadt.

Bonn – Dienstag, 23. Juli, 14 Uhr, Nachbarschaftszentrum Brüser Berg, Fahrheitstraße 49: Treffen des Frauenkreises.

Düsseldorf – Jeden Mittwoch, 18.30 bis 20 Uhr: Chorprobe der Düsseldorfer Chorgemeinschaft. Eichendorff-Saal im Gerhart-Hauptmann-Haus. – Sonnabend, 20. Juli, 14 Uhr, Infostand am Hauptbahnhof: Wandertreff der LMO. Ziel ist Gut Knittkuhl. – Während der großen Ferien im August ist das GHH geschlossen.



RHEINLAND- PFALZ

Vors.: Dr. Wolfgang Thüne, Wormser Straße 22, 55276 Oppenheim.

Mainz – Jeden Freitag, 13 Uhr, Café Oase, Schönbornstraße 16, 55116 Mainz: Treffen der Gruppe zum Kartenspielen.



SACHSEN

Vorsitzender: Alexander Schulz, Willy-Reinl-Straße 2, 09116 Chemnitz, E-Mail: alexander.schulz-agentur@gmx.de, Telefon (0371) 301616.

Limbach – **Zweites Sommerfest mit Chöretreffen in Reichbach O.L.** – Der Landesverband der Vertriebenen und Spätaussiedler im Freistaat Sachsen/Schlesische Lausitz e. V. hatte am 30. Juni nach Reichenbach O.L. eingeladen. Voller Vorfreude kamen die Teilnehmer zu diesem schönen Fest, welches sie schon im vergangenen Jahr zusammen erleben durften. Frühzeitig machten sie sich auf den Weg, weil sie auf keinen Fall den wohlthuenden zeitgemäßen Gottesdienst von Pfarrer Wiesner

Pflegebedürftig, was nun?
Verantwortungsbewusstes Personal aus Polen wohnt bei Ihnen zu Hause und betreut Sie rund um die Uhr.
Tel. 04 51 / 81 31 117, Frau Verwiebe

PAZ wirkt!
(0 40) 41 40 08 47
www.preussische-allgemeine.de

Glückwünsche
Fortsetzung von Seite 15

Walter, Gisela, geb. **Wermter**, aus Wehlau, Oppener Straße, am 23. Juli

Wichmann, Iris, geb. **Gergaut**, aus Damerau, Kreis Wehlau, am 24. Juli

Willamowski, Irmtraut, geb. **Kasper**, aus Seebrücken, Kreis Lyck, am 26. Juli



Bohn, Alfred, aus Königsberg, Alttröbger-Kirchenstraße 8/9, (An der Barmherzigkeit) und Ehefrau Elfriede, geb. **Herrmann**, am 25. Juli

Vorbereitungen zum Tra- kehrer Hengstmarkt:

Im August beginnt die Musterungsreise für den Trakehner Hengstmarkt vom 17. bis 20. Oktober in Neumünster. Hengste, Reitpferde, Stuten und Fohlen werden an elf Schauplätzen in ganz Deutschland gesichtet und ausgewählt. Der detaillierte Reiseplan mit Kontaktdaten ist unter www.trakehner-verband.de abrufbar. Die Musterungsplätze Haupt- und Landgestüt Marbach und Zuchthof Kohn fallen 2013 aus.

Reiseplan: Donnerstag, 15. August, 11 Uhr, Zucht- und Ausbildungsstall Besch, Schlieckau 2, 29562 Schlieckau. Freitag, 16. August, 11 Uhr, Gestüt Ganschow, Gestüt 3, 18276 Gutow OT Ganschow. Sonnabend, 17. August, 13.30 Uhr, Hof Heitholm, Heitholm 4, 24109 Melsdorf, Hengste Väter A-G. Sonntag, 18. August, 9 Uhr, Hof Heitholm, Heitholm 4, 24109 Melsdorf, ab 13 Uhr, Hengste (Väter: H-Z), Reitpferde, Fohlen, Stuten. Montag, 19. August, 10 Uhr, Gestüt Hörem, Höremer Weg 7, 29690 Gilten, 14 Uhr, Gestüt Hämschenburg, Rampenweg 1, 31860 Emmerthal. Dienstag, 20. August, 10 Uhr, Reit- und Fahrverein Rulle e.V., Heinz Sudowe, Haster Berg 2, 49134 Wallenhorst. Mittwoch, 21. August, 9.30 Uhr, Stall Camp, Am Güterbahnhof 42, 47608 Geldern/Rheinland, 14 Uhr, Familie Tilp, Hofgut am Markstein, Industriestraße 4, 35644 Hohenahr. Geändert: Donnerstag, 22. August, 15 Uhr Trakehnergestüt Neuhof, Dr. Annette Wyrwoll, Forststraße 7, 93182 Duggendorf/Bayern. Geänderter Termin: Freitag, 23. August, 14 Uhr, Gestüt Graditz, Dorfstraße 54–56, 04860 Torgau-Graditz. *EB*

Trakehner Verband,
Rendsburger Straße 178a,
24537 Neumünster, Tele-
fon: (04321) 9027-0, info-
@trakehner-verband.de

Anzeigen

Weinet nicht -
ich bin tausend Winde, die wehen,
ich bin das Glitzern der Sonne im Schnee,
ich bin im leichten Flug der Vögel,
ich bin das Sonnenlicht auf reifem Korn,
ich bin der sanfte Regen im Herbst,
ich bin das tröstende Sternenlicht in der Nacht
- weinet nicht.

Wir nehmen Abschied von meinem Vater und Schwiegervater, unserem Großvater und Bruder, Schwager, Onkel und Cousin

Paul Brandtstätter
* 3. März 1923 † 30. Juni 2013
Kattenau Sittensen

In Liebe und Dankbarkeit
Klaus und Elke Smollich geb. Brandtstätter
Martin und Miriam
Jürgen und Anne
Joachim
sowie alle Angehörigen

27419 Sittensen, Kampweg 21
Traueranschrift: Familie Smollich, 48167 Münster, Am Schütthook 169
Die Trauerfeier fand am Freitag, dem 5. Juli 2013, um 14.00 Uhr in der Friedhofskapelle in Sittensen, Scheeßeler Straße statt.
Anstelle freundlich zugedachter Blumen und Kranzspenden kann auch für die Diakonische Hilfe der ev.-luth. Kirchengemeinde Sittensen gespendet werden.
Die Beisetzung der Urne findet zu einem späteren Zeitpunkt in Münster im engsten Familienkreis statt.

Sie hatte noch so viele Pläne, doch Gott der Herr entschied anders.
Meine Frau, unsere Mutter, meine Tochter, unsere Schwiegertochter, unsere Schwester und Schwägerin

Tatjana Siegel
geb. Havertz
* 15. 6. 1967 † 5. 7. 2013
Rheydt/Rhld. Lüdenscheid

ging viel zu früh heim.

Jörg Siegel
Jennifer, Michelle, Lisa, Kira, Kai und Gina
Brigitte Havertz-Krüger und Manfred Krüger
Ralf und Evelyn Havertz
Tamara Havertz
Ulla und Wolfgang Siegel
Tanja Siegel
und Anverwandte

Jörg Siegel, Lindenstraße 16, 58566 Kierspe
Brigitte Havertz-Krüger, Büchelstraße 22, 42855 Remscheid

Alle auf den Seiten »Glückwünsche« und »Heimatarbeit« abgedruckten Berichte und Terminankündigungen werden auch ins Internet gestellt. Eine Zusendung entspricht somit auch einer Einverständniserklärung!

Landsmannschaftl. Arbeit
Fortsetzung auf Seite 17

Landsmannschaftl. Arbeit
Fortsetzung von Seite 16

versäumen wollten. In der Kirche wurden alle herzlich begrüßt. Gisela Lossack aus Hoyerswerda informierte über den Tagesablauf und hieß alle herzlich willkommen. Ein Familiengottesdienst christlicher Konfessionen sollte durchgeführt werden. Eine große Leinwand wurde aufgestellt und die bekannten Kirchenlieder in großer Schrift gezeigt, somit konnten alle fröhlich mitsingen. Eine Gruppe von Kindern berichtete von ihrer gemeinsamen Arbeit mit Legosteinen. Sie bauten die Johanniskirche und viele andere Sehenswürdigkeiten nach. Damit die Häuser auch richtig halten und nicht gleich wieder umfallen, gilt es, gute Voraussetzungen und ein sicheres Fundament zu schaffen. Nach dem Gottesdienst, der allen zu Herzen ging, war eine Pause. Es gab erfrischende und wärmende Getränke, weil das Wetter leider dieses Jahr eiskalten Wind geschickt hatte. Die jahrelangen guten Freundschaften halten dem größten Sturm stand. Es folgten viele gute Gespräche und Umarmungen. Dann fanden sich alle wieder in der Kirche ein. Es begann das Singen und Vorstellen der Chöre. Gisela Lossack führte durch das Programm. Alle Sänger gaben ihr Bestes, um den Tag zu verschönern. Von einem Auftritt zum anderen beim Wechseln der Chöre gab es Lob, Dank und großen Beifall. Frau Lossack übergab mit Worten von Wilhelm Busch die stets humorvoll auf das Singen bezogen waren. Weil das gemeinsame Singen so viel Freude bereitet hat, wurde die Zeit etwas überzogen. Nachdem die Teilnehmer sich gestärkt hatten, wurde gemeinsam das Museum besichtigt und festgestellt, wie viel Arbeit darin steckt und dass alles einen guten Platz erhalten hat. Die Gruppe war erfreut, dass die Dinge aus der Heimat so gut der Nachwelt erhalten bleiben. Dieser schöne Tag wird allen in guter Erinnerung bleiben und die Gemeinschaft der Schicksalsgefährten verbinden. Ein ergreifendes Ereignis an diesem herrlichen Tag soll im Folgenden geschildert werden: Zur Bereicherung der Ausstellung im Museum hatte der Vorsitzende der Kreisgruppe Limbach-Oberfrohnna, Kurt Weihe, beigetragen. Bei der Übergabe wertvoller, erhaltener Gegenstände aus der Heimat Ostpreußen von Kurt Weihe an das Ehepaar Schirotzck durften die Festteilnehmer dabei sein. Zu treuen Händen und damit die Ausstellung zu erweitern und der Öffentlichkeit zugänglich zu machen erfolgte dieser feierliche Akt. Kurt Weihe unterstützte die Arbeit im Museum schon von Anbeginn. Er half dabei, Regale zu bauen und aufzustellen, und erklärte sich bereit mitzuhelfen. Kurt Weihe bemüht sich, die Dinge der Heimat

zu erhalten und für alle zugänglich zu machen. Ein Butterfass und ein Spinnrad haben nun einen guten würdigen Platz erhalten im Museum in Reichenbach O. L. Wenn irgendwo noch Schätze im stillen verlassenen Kämmerchen ruhen, dann bittet die Gruppe darum, es doch zur Freude und Erinnerung abzugeben nach Reichenbach O.L. wo es einen würdigen Platz erhält.

Limbach-Oberfrohnna – Eine Überraschung in Ostpreußen: Da ist die Geschichte eines Spinnrades und eines Butterfasses, die im



Wiedergefunden: Spinnrad der Familie Sanftleben
Bild: privat

nördlichen Teil Ostpreußens ihren Anfang nahm. Dort lebte im Dorf Rucken, Kreis Pilkallen (1938 umbenannt in Schlossberg), nahe der litauischen Grenze die bäuerliche Großfamilie Sanftleben. Nach Flucht und Vertreibung der deutschen Bevölkerung, die im nordöstlichen Teil Ostpreußens bereits im August 1944 begann, wurden dort Familien aus der Sowjetunion angesiedelt. Diese nahmen das von den deutschen Bewohnern zurückgelassene Hab und Gut in Besitz, darunter auch das Spinnrad und das Butterfass der Familie Sanftleben. Der nördliche Teil Ostpreußens, der nun zur Russischen Föderation gehört, war über Jahrzehnte für westliche Touristen völlig unzugänglich. Das änderte sich erst nach dem Zerfall der Sowjetunion 1991. Die Kreisgruppe der Ost- und Westpreußen in Limbach-Oberfrohnna nutzte die sich bietende Reisemöglichkeit und besuchte in den Jahren 1994 und 1996 die verlorene Heimat Ostpreußen. An diesen Reisen nahm auch eine Enkelin der Familie Sanftleben, Dr. Ingeborg Christoph, geb. Sanftleben teil. Dabei wurde festgestellt, dass noch Gegenstände der ehemaligen Bewohner vorhanden waren. Erst bei der zweiten Reise wurde bei Kontakten mit den russischen Familien gezielt nach diesen Gegenständen gefragt. Das geschah in einer herzlichen Atmosphäre. Es zeigte sich, dass das Butterfass noch längere Zeit zur Butterherstellung gedient hat, während das Spinnrad lediglich als Spielzeug von den Kindern wurde. Beide Gegenstände wurden schließlich Frau Christoph übergeben. Sie äußerte den Wunsch, dass diese mit ihrer Geschichte der Öffentlichkeit zugänglich werden sollen. Auf Vermittlung von Kurt Weihe, geb. 1935 in Bilden, Kreis Pilkallen, geben Spinnrad und Butterfass nun im Haus der Heimat einen Einblick in das bäuerliche Leben im früheren Ostpreußen. Weihe fertigte für die Exponate eigens das Podest mit selbst gedrehten Beinen.

Neues im Ostpreußischen Rundfunk (OPR):

Videos vom Deutschlandtreffen der Schlesier 2013 sind im Internet abrufbar. Die vorhandenen Filme im Überblick:

Auf der Internetseite „YouTube“ sind unter dem Stichwort „Ostpreußen TV“ folgende Filme abrufbar:

Fahneneinzug und Beginn der Hauptkundgebung – Deutschlandtreffen der Schlesier, Hannover 2013.

Renate Zajackowska: Grußwort der Deutschen in Schlesien

Das Deutschlandlied – Deutschlandtreffen der Schlesier, Hannover 2013

Rudi Pawelka: Rede anlässlich der Hauptkundgebung.

AUS DEN HEIMATKREISEN

Die Kartei des Heimatkreises braucht Ihre Anschrift. Melden Sie deshalb jeden Wohnungswechsel. Bei allen Schreiben bitte stets den letzten Heimatort angeben



ANGERBURG

Kreisvertreter: Kurt-Werner Sadowski. Kreisgemeinschaft Angerburg e.V., Landkreis Rotenburg (Wümme), Postfach 1440, 27344 Rotenburg (Wümme), Landkreis: Telefon (04261) 9833100, Fax (04261) 9833101.

Einladung zu den Angerburger Tagen

Sonnabend, 14. / Sonntag, 15. September. Rotenburg/Wümme: Am 14./15. September ist es wieder soweit. Die Angerburger aus nah und fern sowie deren Nachkommen und Freunde treffen sich in der liebenswerten Kreisstadt an der Wümme. Veranstaltungsort ist die Theodor-Heuß-Schule in der Gerberstraße 16 (neben dem Ratsgymnasium). Eingeleitet werden die 59. Angerburger Tage am Sonnabend, 14. September, 9 Uhr, mit einer Kranzniederlegung am Patenschaftsstein neben der Angerburger Eiche beim Rotenburger Kreishaus. Anschließend tagt ab

9.30 Uhr in einer öffentlichen Sitzung im großen Sitzungssaal des Kreishauses die Angerburger Kreisvertretung (Delegiertenversammlung) in neuer Zusammensetzung. Auf der Tagesordnung stehen unter anderem Ehrungen und Berichte des Vorstandes sowie die Verabschiedung des Haushaltsvoranschlages für das Geschäftsjahr 2014. Im Mittelpunkt der Sitzung dürfte jedoch die

Ein Hauptpunkt: Wahl des Vorstands

Neuwahl des Kreisvertreters und zweier Stellvertreter sowie von vier weiteren Vorstandsmitgliedern stehen. Für die Zukunft der Kreisgemeinschaft ist es sehr wichtig, dass alle Positionen besetzt werden können. Die Sitzung verspricht daher, interessant zu werden und ist eine gute Gelegenheit, sich ein Bild vom Zustand der Kreisgemeinschaft zu machen. Um 13.30 Uhr starten wir vom „Hotel am Pferdemarkt“ zu einer Kaffeefahrt. Dafür ist ein Kostenbeitrag von unverändert zehn Euro pro Person einschließlich Busfahrt zu entrichten. Die Mindestteilnehmerzahl beträgt 25. Aus organisatorischen Gründen ist eine vorherige schriftliche Anmeldung unter Angabe der

Personenzahl an Brigitte Junker, Sachsenweg 15, 22455 Hamburg, bis spätestens 31. August nötig. Ab 15 Uhr ist die Theodor-Heuß-Schule geöffnet für alle, die nicht an der Busfahrt teilnehmen. Zum Abendessen (ab 18 Uhr) werden Speisen und Getränke (kleine Karte) angeboten. Ab 20 Uhr wird Friedrich Doenhoff aus seinem Buch „Die Welt ist so, wie man sie sieht“ lesen. In anschließender geselliger Runde lassen wir den Tag ausklingen. Die Angerburger Tage werden am Sonntag, 15. September, fortgesetzt. Die Räume in der Theodor-Heuß-Schule sind ab 9.30 Uhr geöffnet. In der Aula der Schule findet um 11 Uhr eine Feierstunde statt. Die Gaste

Neuwahl des Kreisvertreters und zweier Stellvertreter sowie von vier weiteren Vorstandsmitgliedern stehen. Für die Zukunft der Kreisgemeinschaft ist es sehr wichtig, dass alle Positionen besetzt werden können. Die Sitzung verspricht daher, interessant zu werden und ist eine gute Gelegenheit, sich ein Bild vom Zustand der Kreisgemeinschaft zu machen. Um 13.30 Uhr starten wir vom „Hotel am Pferdemarkt“ zu einer Kaffeefahrt. Dafür ist ein Kostenbeitrag von unverändert zehn Euro pro Person einschließlich Busfahrt zu entrichten. Die Mindestteilnehmerzahl beträgt 25. Aus organisatorischen Gründen ist eine vorherige schriftliche Anmeldung unter Angabe der

Alle Seiten »Heimarbeit« auch im Internet

„Angerburg von A-Z (4. Auflage)“, „Der Kreis Angerburg (E. Pfeiffer, 2. Auflage)“, „Frau komm“ von Ingo von Münch, Neuerscheinungen von Friedrich Dönhoff, antiquarische Bücher sowie Fotokarten, Landkarten und Angerburger Heimatbriefe verschiedener Jahrgänge. Das Programm der 59. Angerburger Tage ist auch im Angerburger Heimatbrief Nr. 151 abgedruckt. Zum Schluss noch ein wichtiger Hinweis: Das Hotel „Am Pferdemarkt“ ist leider ausgebucht. Im Helmut Tietje-Haus, Verdener Straße 104, Telefon (04261) 83041 sind einige Zimmer für die Angerburger reserviert. Zimmer können auch im Hotel „Stadtidyll“ (früher Bürgerhof), Freudenthalstraße 15, Telefon (04261) 630096-0, gebucht werden. Der Vorstand der Kreisgemeinschaft rechnet sehr mit Ihrem Besuch der 59. Angerburger Tage, damit es eine schöne Veranstaltung wird und wünscht Ihnen bis dahin eine gute Zeit und eine sichere Anreise.

Heimatkreisgemeinschaften
Fortsetzung auf Seite 18

Anzeige

Ihre Zeitschrift für Militärgeschichte

Packend illustriertes Wissen aus 5000 Jahren

MILITÄR & GESCHICHTE

Vor 70 Jahren
Entscheidung 1943
Die Fronten im Mittelmeerraum und ihr Einfluss auf den weiteren Kriegsverlauf

Warum der Zur 1877/78 Konstantinopel im Blick hatte – und es doch nicht erreichen konnte

Flammenwerfer 1915-1918
„Blitz“ und „Grif“, tödliche Waffen des Ersten Weltkrieges

Letzte Versuche
Die Feldzüge des Germanicus in den Jahren 14 bis 16

Chaos in England
1485 beendet die Schlacht von Bosworth die „Rosenkriege“

Revolte in Kassel
1830: Hessische Offiziere verweigern Friedrich Wilhelm I. den Gehorsam

Kurz vor Toresschluss
Aufstellung und Einsätze der Panzergranatier-Division „Kurmark“ 1945

- > Kriege & Schlachten
- > Waffen & Technik
- > Persönlichkeiten
- > Dokumente

Ab sofort bei Ihrem Zeitschriftenhändler!

www.militaer-und-geschichte.de

Heimatkreisgemeinschaften
Fortsetzung von Seite 17

EBENRODE (STALLUPÖNEN)

Kreisvertreter: Dr. Gerhard Kuebart, Schiefe Breite 12a, 632657 Lemgo, Telefon (05261) 8 81 39, E-Mail: gerhard.kuebart@googlemail.com.

erreichen. Nähere Informationen unter Telefon (0202) 500077 oder über das Internet.

TILSIT-RAGNIT

Kreisvertreter: Dieter Neukamm, Am Rosenbaum 48, 51570 Windeck, Telefon (02243) 2999, Fax (02243) 844199. Geschäftsstelle: Eva Lüders, Telefon/Fax (04342) 5335, Kührenerstraße 1 b, 24211 Preetz, E-Mail: Eva.lueders@arcorde.

zum 75. Geburtstag von Siegfried Paleit im Heimatrundbrief „Land an der Memel“ Pfingsten 2004 aus. Albrecht Dyck hielt auch bei der Trauerfeier in Osnabrück eine kurze Rede zur Würdigung des Verstorbenen. Gunhild Krink

TILSIT-STADT

Stadtvertreter: Hans Dzieran, Stadtgemeinschaft Tilsit, Postfach 241, 09002 Chemnitz, E-Mail: info@tilsit-stadt.de.

SENSBURG

Kreisvertreterin: Gudrun Froemer, In der Dellen 8a, 51399 Burscheid, Telefon (02174) 768799. Alle Post an: Geschäftsstelle „Sensburger Zimmer“, Stadtverwaltung Remscheid, KF Bettina Moyzyczyk, Kreuzbergstraße 15, 42849 Remscheid, Telefon (02191) 163718, Fax (02191) 163117, E-Mail: info@kreisgemeinschaftsensburg.de, www.kreisgemeinschaftsensburg.de

Ostpreußenfahrt vom 13. bis 21. August

Mit den Eydtkauern unter Mitwirkung des Kirchspielvertreters Gert Steinbacher fährt unser Mitglied Gerhard Scheer vom 13. bis 21. August wieder nach Ostpreußen. Da noch einige Plätze frei sind, sei hier der Ablauf der Reise geschildert: Von Wuppertal aus geht es mit Zustiegmöglichkeiten in Bielefeld, Hannover und Berlin in den Großraum Posen. Am nächsten Tag führt die Reise über Thorn, Allenstein durch Masuren nach Goldap, um am dritten Tag das ehemalige Hauptgestüt Trakehnen mit seinem Museum, der Deutschen Schule und dem Gasthof Alte Apotheke zu erreichen. Der vierte und fünfte Tag ist für Fahrten nach Eydtkau oder in andere Heimattorte vorgesehen, am

Alle Seiten »Heimatarbeit« auch im Internet

sechsten Tag geht es über Gumbinnen (Salzburger Kirche, Hugenottenfresko in der Friedrichschule, Elch) nach Insterburg, Gestüt Georgenburg und weiter via Kreuzingen nach Tilsit, dann über die historische Luisenbrücke nach Heydekrug und Memel mit dem berühmten Ännchen von Tharau auf dem Simon-Dachbrunnen vor dem Theater. Am siebten Tag ist der Besuch des Bernsteinmuseums in Palangen eingeplant, dann geht es wieder gen Westen über die Kurische Nehrung, Schwarzort, Nidden, Rossitten ins Weltbad Cranz. Am achten Tag steht die Stadtrundfahrt durch das aufblühende Königsberg an, über Heiligenbeil und Elbing wird abends Danzig erreicht. Dort gibt es eine Stadtrundfahrt, Abstecher nach Oliva, über Stolp und Kolberg wird Stettin angesteuert, um am folgenden Tag wieder die Ausgangsorte zu

Nachruf auf Siegfried Paleit

Die Kreisgemeinschaft Tilsit-Ragnit trauert um Siegfried Paleit, verstorben am 3. Juli 2013 in Osnabrück. Er war von 1994 bis 2007 Kirchspielvertreter für das Kirchspiel Altenkirch, früher Budwethen. Siegfried Paleit wurde am 24. April 1929 in Jestwethen, Kreis Tilsit-Ragnit, als Sohn eines Lehrers geboren. Sein Vater übernahm bald darauf die einklassige Volksschule in Gaistauden. Dort besuchte er die Grundschule und ab 1939 das Realgymnasium zu Tilsit. Am Ende des Jahres 1944 wurde der Schulbesuch durch den Krieg beendet. Die Familie flüchtete, kam bis Heila und musste wieder nach Gaistauden zurückkehren. Unter den Russen arbeitete er auf der Sowchose Budwethen. Erst im Jahr 1948 kam die Familie aus Nord-Ostpreußen heraus und fand bei Verwandten in Osnabrück eine erste Bleibe. Hier besuchte Siegfried Paleit die Handelsschule und machte eine Lehre als Industriekaufmann. Danach arbeitete er in verschiedenen Handelsfirmen. In den letzten 20 Jahren war er Leiter der Exportabteilung eines Industrieunternehmens in Osnabrück. Er war verheiratet mit Frau Renate, geb. Bruns. Aus der Ehe gingen zwei Söhne hervor. Nach dem Eintritt in den Ruhestand im Jahr 1994 fand er schnell Kontakt zur Kreisgemeinschaft Tilsit-Ragnit und wurde zum Vertreter des Kirchspiels Altenkirch gewählt. Er setzte sich mit aller Kraft für den Zusammenhalt der Gemeinschaft ein. Seine Liebe zu seiner früheren Heimat Ostpreußen und sein Einsatz fanden große Anerkennung unter den Landsleuten. Auch seine aufrichtigen und sachdienlichen Beiträge wurden sehr geschätzt. So drückte es der Ehrenvorsitzende Albrecht Dyck in seiner Gratulation

Patenstadt Kiel

Zu den Besuchern der diesjährigen Kieler Woche zählten auch zahlreiche Tilsiter, die in ihre Patenstadt Kiel gekommen waren. Bei einem Empfang im Kieler Schloss hatte Stadtvertreter Hans Dzieran Gelegenheit, dem neuen Stadtpräsidenten Hans-Werner Tovar zu seiner Wahl zu gratulieren und mit ihm über die seit dem Jahr 1954 bestehende Patenschaft zu sprechen, die sich im kommenden Jahr zum 60. Male jährt. Die Stadt Kiel war über die vielen Jahrzehnte stets ein treuer Pate für die in der Stadtgemeinschaft Tilsit vereinten



Tilsiter und wird es auch bleiben. Die Patenschaft wurde 1992 mit dem Abschluss der Städtepartnerschaft Kiel-Sowjetsk zu einem Dreiecksverhältnis erweitert und erhielt damit eine besondere völkerverbindende Dimension. Dies stand auch im Mittelpunkt der Gespräche, die mit den zur Kieler Woche angereisten russischen Vertretern aus Tilsit, Bürgermeister Wladimir Lucenko und Amtsleiter Igor Firsikow, geführt wurden. Die gemeinsamen Bemühungen der alten und neuen Tilsiter um die Bewahrung der geschichtlichen Vergangenheit der Stadt und die Pflege ihres kulturellen und städtebaulichen Erbes erfahren wachsende Wertschätzung und verleihen ihr eine zunehmende Attraktivität für Bewohner und Touristen.

17. Kirchspieltreffen Hoverbeck

Hanni Wiberny aus Selbongen schreibt: Am 13. April 2013 haben wir wieder in Unkel am Rhein unser „schönstes“ Fest gefeiert, das gemeinsame Treffen des Kirchspiels Hoverbeck und der Dorfgemeinschaft Selbongen. Die Wiedersehensfreude ging allen zu Herzen. Es waren unvergessliche Stunden, die viele Erinnerungen wachriefen. Wir wurden herzlich begrüßt von Nikolaus von Ketelodt, dem früheren langjährigen Vertreter des Kirchspiels Hoverbeck. Es folgte eine Schweigeminute, in der wir der Verstorbenen aus unserer Gemeinschaft gedachten. Zu ihnen gehört auch unser Freund Martin Kostka, der uns am 27. Dezember 2012 verlassen hat. Er machte von seinem Heimattort Fasten viele Bilder und schrieb Berichte, die wir im Internet und im Sensburger Heimatbrief ansehen und lesen können. Seine Frau Margret schickte uns zum Andenken Fotos, die Martin Kostka bei Kreis- und Kirchspieltreffen und Stinthengstwasserungen aufgenommen hat. Danke, liebe Margret. Über unsere Grußkarten aus Unkel hat sie sich sehr gefreut und sich herzlich dafür bedankt. Auch Margret Smeh aus Amerika sagt danke für die lieben Grüße von dem Treffen in Unkel. Sie schreibt: „Ich war in Gedanken bei Euch und fühle mich mit Euch verbunden.“ Wir saßen mal wieder zusammen und hatten uns alle lieb. Wir reichten einander die Hände, ach wenn es doch immer so blieb. Erwähnenswert ist noch, dass vertraute Gesichter nach langer Zeit wieder mal zu dem Treffen kommen konnten, dank ihrer Kinder und Enkel, die ihnen die Fahrt ermöglichten. Auch Norbert Völz, ein alter Jugend- und Schulfreund, der zum

ersten Mal dabei war, hat uns alle sehr erfreut. Nun hoffen und wünschen wir, dass wir uns im nächsten Jahr wieder sehen können. Das nächste Treffen soll am 12. April 2014 wie immer im Weinhaus Traube in Unkel stattfinden.

51. Treffen der Schülerschaft Oberschule Sensburg

Gedanken von Renate Pasternak zum 51. Treffen der Schülerschaft der Oberschule Sensburg: 1958 wurde unsere Schülerschaft gegründet. Seither gibt es jährlich ein Treffen, das seit über 40 Jahren in Willingen im Sauerland im Hotel Waldecker Hof stattfindet. 2013 trafen wir uns dort

vom 30. April bis 2. Mai. Zwar konnten diesmal nur 25 Mitglieder unserer Gemeinschaft zu dem Treffen nach Willingen kommen. Aber von den noch insgesamt 150 Mitgliedern zeigte mehr als die Hälfte ihr Interesse daran und schickte Grußbotschaften, um ihre Verbundenheit mit der Gemeinschaft zu bekunden. Die Teilnehmer des Treffens antworteten direkt aus Willingen und schrieben Karten an die Freunde, die aus Gesundheits- und Altersgründen nicht mehr reisen können. Auch gedenken wir jedes Jahr der Verstorbenen aus unserer Gemeinschaft. So zeigt sich die Schülerschaft der Oberschule Sensburg immer noch sehr lebendig und will auch im nächsten Jahr wieder in Willingen zusammen kommen. Das Treffen soll vom 29. April bis 1. Mai 2014 stattfinden.

Heiter mit Mundart
Martha Dobischat wird 100

Die aus Heiligenbeil stammende Martha Dobischat feiert am 20. Juli ihren 100. Geburtstag. Über 55 Jahre hält die Ostpreußein der Wiesbadener Landsmannschaft der Ost- und Westpreußen die Treue. Tätkräftig packte sie gleich zu Beginn ihrer Mitgliedschaft an und gehörte bald zu den Leistungsträgern des Vereins. Ihr ausgeprägter ostpreußischer Sprachklang weckte bei vielen Veranstaltungen Erinnerungen an unvergessliche Zeiten. Gern gehört waren auch ihre Vorträge in heimatlicher Mundart.



Martha Dobischat Bild: privat

Über viele Jahre sang sie im Frauenchor, der nicht nur bei eigenen Veranstaltungen auftritt, sondern auch von anderen Landsmannschaften und Vereinen eingeladen wird. Nicht wegzudenken war Martha Dobischat beim traditionellen „Ostdeutschen Weihnachtsmarkt“ im Haus der Heimat, zu dem sie selbst gefertigte Handarbeiten in typisch ost- und westpreußischer Machart beisteuerte. Als sich die LO in den 80er Jahren noch mit einem Motivwagen am „Hessentag“ beteiligte, war sie stets mit von der Partie – und immer im originalgetreuen blauen ostpreußischen Trachtenkleid. Ihr herausragendes Wirken wurde mit dem Goldenen Treue-

zeichen und Goldenen Ehrenzeichen der Landsmannschaft der Ost- und Westpreußen, Landesgruppe Hessen, sowie dem Verdienstabzeichen der Landsmannschaft Ostpreußen (LO) gewürdigt. Im August 1997 zog es Martha Dobischat noch einmal in ihre Heimatstadt Heiligenbeil, die sie Mitte Februar 1945 als Schwangere hatte verlassen müssen, zusammen mit Mutter, Schwester und im Kinderwagen die Töchter Helga und Gerda. Ihr Fluchtweg führte über das Frische Haff und die Frische Nehrung nach Pillau. Ein kleiner Kutter brachte sie dann nach Gotenhafen/Gdingen, wo sie Ende Februar 1945 die „Hamburg“ mit 6300 Flüchtlingen, 1500 Verwundeten und 1200 Arbeitern an Bord nach Sassnitz auf Rügen übersetzte. „Verladen“ in Güterwagen ging es von der Insel weiter, ohne zu wissen, wohin die Reise führte. Nach dreiwöchiger Odyssee lief der Zug im Bremer Bahnhof ein. Schließlich kamen die Frauen bei einem Bauern in der Nähe von Osterholz-Scharmbeck unter. Inzwischen hatte Martha Dobischat ihren Sohn Günter zur Welt gebracht. Zum Glück fanden sich die Eheleute nach Kriegsende wieder. EB

Deutschlandtreffen der Ostpreußen

17.-18. Mai 2014, Messe Kassel
Großkundgebung am Sonntag, 18. Mai 2014, 11.00 Uhr, Rothenbach-Halle
Landsmannschaft Ostpreußen · Buchstr. 4 · 22087 Hamburg · Telefon: 040/41 40 08-0
www.ostpreussen.de

Ostpreußen hat Zukunft.

Ein gelungener Versuch

Statt beschwerlicher Reise in die Heimat: Fahrt zur Ostpreußenwoche in Krelingen

Ostpreußen liegt weit weg, für viele Menschen unbekannt oder vergessen, als sowjetische Kriegsbeute militärisch massiv aufgerüstet und als Sperrgebiet ein weißer Fleck auf der Landkarte. Nach dem Zerfall der UdSSR 1991 sieht man das ehemalige Ostpreußen aufgeteilt unter den jetzt souveränen Staaten Litauen und Polen, der mittlere Teil mit Königsberg wird als „Kaliningrader Gebiet“ Chefsache Moskaus.

Na und? Wen interessiert das überhaupt? Ostpreußen als Tagungsthema für die Woche vom 10. bis 14. Juni 2013?

Wer das meint, kennt zu wenig die Mobilität und den geistigen Schwung vieler älterer Menschen, die aus Ostpreußen stammen oder das geschundene Land seit der Wende schon wiedersehen. Manche wollten die heutige russische „Insel“ innerhalb der Europäischen Union sogar ganz neu kennen- und beurteilen lernen.

66 Teilnehmer/innen sowie wechselnde Gruppen von Tagesgästen waren in das beschauliche Heidedorf Krelingen in der Nähe des Autobahnkreuzes Walsrode angereist, nicht nur aus dem 50 Kilometer-Radius, sondern von Nordholland und Oldenburg, aus dem Braunschweiger Raum, aus Sachsen, von Hamburg und Umgebung, Westfalen und auch aus Süddeutschland.

„Wir holen Ostpreußen in seinen schillernden Facetten mal nach Krelingen! Eine ‚Reise‘ mit Ruhephasen, ohne Transportstress und Visumzwang ...“

Mit dieser Zielvorstellung hatten die Veranstalter Martin Westerheide, Geistliches Rüstzentrum Krelingen (GRZ), sowie das Ehepaar Erhard und Luise Wolfram aus Hannover ein bunt gemischtes Programm mit verschiedenen Referent/innen zusammengestellt.

Zum „Tag der preußischen Geschichte“ zeichnete Pfarrer Grimoni in sehr lebendiger Weise, wie nach den alten Ordensrittern die preußischen Herzöge und Könige das Land zu kultureller Blüte und politisch-wirtschaftlicher Größe führten, so dass Preußen sich im Trio der damaligen großen Mächte Russland und Österreich behaupten konnte. Lorenz Grimoni leitet als Ruheständler das Museum „Stadt Königsberg“



Fröhliche Runde: Zahlreiche Ostpreußen in Krelingen Bild: L.W.

in Duisburg. Er konnte mit seinem reichen Wissen und mit manchen Episoden über berühmte Königsberger die Leute zum Schmunzeln bringen.

Eine Überraschung für viele Teilnehmer war täglich der Einblick in das reiche geistliche Liedgut Ostpreußens. Reinhardt Garbe aus Hameln und seine Frau Hildgard führten überzeugend in Wort und Bild vor, warum von wem die Texte und Melodien gerade wann und wo entstanden sind. Aus Garbes intensiven Recherchen wurde ein thematisch gut angepasster Längsschnitt besonderer Art durch Ostpreußens Geschichte in Freud und Leid.

Das 20. Jahrhundert in seiner Tragik bildete einen besonderen Schwerpunkt der Ostpreußenwoche. Stellvertretend für unzählige menschliche Schicksalswege schilderte Heinz Hohmeister/Delligsen in ergreifender Weise seinen eigenen Überlebensweg durch Flucht und Vertreibung bis hin zur heutigen konkreten Hilfe für russische Menschen, die jetzt in Nordostpreußen in Armut und Not leben.

Dietrich Klinke aus Nienburg, Nordostpreußenhilfe e.V., ist einer der nur noch wenigen Hilfstransporteure. Im Laufe der über 20 Jahre seit der Wende stellte er jährlich mehrere große Transporte zusammen und konnte vor allem in den wirtschaftlich benachteiligten Dörfern im Osten des Königsberger Gebiets unzählige

persönliche Schicksale kennenlernen und angemessene Hilfe leisten. Kein Tourist erhält solche Einblicke in die dortigen traurigen Lebensverhältnisse. Sowohl Klinke als auch Hohmeister kennen die vielfältigen Probleme der Grenzübergänge genau. Das

macht ihre Berichte zusätzlich aufregend. Aber warum tun sie sich solchen Stress an? Es ist wohl die christliche Nächstenliebe zu den Ärmsten der dortigen Gesellschaft. Die Zuhörerschaft in Krelingen bekam bei diesen freiwilligen Hilfseinsätzen reichlich Stoff zum Nachdenken. Garbes präsentierten dazu an diesem Tag das Lied von Hans Graf Lehndorff „Komm in unsre stolze Welt ...“ (EG Nr. 428).

In Sachen Religion hat in Russland die orthodoxe Kirche (ROK) die absolute Macht- und Vorrangstellung. Die katholischen, evangelisch-lutherischen, evangelisch-freikirchlichen und andere Gemeinden verstehen sich als Minderheiten, die oft genug um ihr Bestehen ringen müssen. Pfarrer Wolfram spannte zu diesem Thema einen weiten Bogen vom geistlichen Reichtum der jahrhundertelangen, besonders evangelischen Tradition in Ostpreußen. Der Zweite Weltkrieg zerschlug alles gewachsene kirchliche Leben, erst nach der Wende entstanden kleine neue Gemeinden durch viele westwärts wandernde Russlanddeutsche. Mancher Gegenwind aus Moskau lässt die

Gemeinden wieder schrumpfen. Ostpreußen wäre doch für ökumenische Zusammenarbeit eigentlich ideal, oder? Aber das Machtbewusstsein der ROK lässt das nicht zu, das spüren auch die Krelinger Tagungsteilnehmer.

Die Ostpreußenwoche stand immer wieder im Zeichen deutsch-russischer Zusammenarbeit. Unzählige Heimatvertriebene haben durch ihre Besuche dazu beigetragen, dass das geschichtliche Interesse der jetzigen Bewohner Ostpreußens geweckt wurde. Was weiß man eigentlich über die „geschlossene“ Zeit 1946–1991? Was gibt es an neuen Entwicklungen seit der Wende? Dazu konnte Luise Wolfram aus zahlreichen Quellen und eigenen Erlebnissen eine Fülle von Antworten geben, nicht zuletzt durch eine ausführliche „Bilderreise durch Ostpreußen“, die auch an die Memel sowie nach Masuren und ins Ermland führte.

Was niemand erwartet hatte: Lena Buko, von Minsk über Königsberg kommend, lebt inzwischen seit Jahren in Bad Nenndorf. Als ausgebildete Musiklehrerin trug sie mit Charme und Elan zur musikalischen Schwingung während der ganzen Woche bei, wechselte gekonnt zwischen Akkordeon und Keyboard, aber ihre schönen Konzerte auf dem Hackbrett rissen sogar manche Altersschwachen von den Plätzen.

Pfarrer Westerheide als Leiter des Geistlichen Rüstzentrums beteiligte sich mehrmals am Tagungsprogramm, obwohl er selbst gar keine ostpreußischen Wurzeln hat. Seine eigene Berührung mit diesem Land ist im Laufe von 40 Besuchen und Hilfstransporten erst über die Begegnung mit Russen entstanden rund um den Aufbau eines Kinderheims in Heinrichswalde [Slawsk].

Jede Tagung lebt auch von einem angenehmen räumlichen, personellen Ambiente. In Krelingen stimmte das alles: mehrere schöne Gästehäuser, gut ausgestattete Tagungsräume, beste Versorgung, riesiges Parkgelände.

Wer mehr erfahren möchte über die weiteren Arbeitszweige und zahlreichen Angebote Krelingens: www.grz-krelingen.de; Telefon (05167)-0. Luise Wolfram

Ostpreußisches Landesmuseum

Vorschau auf die Veranstaltungstermine im August 2013:

Dienstag, 6. August, 14.30 Uhr, Kosten: 5 Euro (inklusive Kaffee und Gebäck). Das Erleben des Elementaren. Der Expressionist Karl Eulenstein. Führung durch die Sonderausstellung mit Dr. Jörn Barfod im Rahmen der Reihe „Museum erleben“.

Mittwoch, 14. August, 19 Uhr, Kosten: 4 Euro. Die Preußin auf dem Zarenthron. Alexandra Kaiserin von Russland. Vortrag von Marianna Butenschön und Lesung mit Marie-Cécile Herzogin von Oldenburg, Ururenkelin der Kaiserin Alexandra. Für Charlotte (1798–1860), ihre anmutige älteste Tochter, ahnt Königin Luise von Preußen eine glänzende Zukunft. Sie täuscht sich nicht: Die Prinzessin heiratet den Großfürsten Nikolaus und wird als Alexandra Fjodorowna Kaiserin von Russland. Das Zarenpaar erlebt schwere Schicksalsschläge: neben Aufständen, Kriegen, dem Brand des Winterpalastes auch den Tod ihrer jüngsten Tochter. Dennoch gibt es wenige dynastische Ehen, die so glücklich waren wie die von Alexandra und Nikolaus. Russland verdankt der Preußin auf dem Zarenthron den Weihnachtsbaum, und die Côte d'Azur die ersten reichen russischen Touristen. Marianna Butenschön erzählt in ihrem Vortrag die spannende Lebensgeschichte der Kaiserin, die zu Lebzeiten so populär war wie ihre Mutter und als eine der schönsten Frauen ihrer Zeit galt. Marie-Cécile Herzogin von Oldenburg liest aus den Erinnerungen ihrer Urururgroßmutter und ihren Briefen an die Berliner Verwandten.

Die Autorin Marianna Butenschön wurde 1943 in Rotenburg geboren. Sie studierte in Kiel, Marburg und Paris und promovierte über das Russlandbild der Franzosen in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts. Heute lebt und arbeitet die ehemalige Spiegel-Redakteurin und Zeit-Mitarbeiterin in Hamburg als freie Journalistin und Autorin. Ihre wichtigsten Bücher: „Estland, Lettland und Litauen. Das Baltikum auf dem langen Weg in die Freiheit“, „Ein Zaubertempel für die Musen. Die Ermitage in St. Petersburg“ und „Die Preußin auf dem Zarenthron. Alexandra Kaiserin von Russland“.

Dienstag, 20. August, 14.30 Uhr, Kosten: 5 Euro (inklusive Kaffee und Gebäck). Führung durch den Museumskräutergarten. Eve Hofer lässt den Besucher im Rahmen von „Museum erleben“ in das alte Wissen über die Kräuter und deren Verarbeitungsmöglichkeiten eintauchen. Bei der Sonderführung im Museumskräutergarten wird auch der ein oder andere interessante Tipp für die Kräuterküche gegeben.

Ostpreußisches Landesmuseum, Ritterstraße 10, 21335 Lüneburg, Telefon (04131) 75995-0, Fax (04131) 75995-11, E-Mail: presse@ol-ig.de. Informationen im Internet: www.ostpreussisches-landesmuseum.de

Dittchenbühne nach der Sommerpause:

Im August zeigt die Dittchenbühne mehrere Freilicht-Aufführungen der bekannten Komödie „Der Biberpelz“ von Gerhart Hauptmann unter der Regie von Lars Ceglieceki.

Am Freitag, 16. August, 20 Uhr, findet die Premiere statt. Eintritt: 20 Euro.

Weitere Aufführungen: Sonntag, 18. August, 16 Uhr, Freitag, 23. August, 20 Uhr, Sonntag, 25. August, 16 Uhr, Freitag, 30. August, 20 Uhr, und Sonntag, 31. August, 16 Uhr, Eintritt: jeweils 12 Euro.

Forum Baltikum-Dittchenbühne e.V., Hermann-Sudermann-Allee 50, 25335 Elmshorn, Telefon (04121) 89710, Fax (04121) 897130, E-Mail: buero@dittchenbuehne.de

Kritisch, konstruktiv, Klartext für Deutschland.

Die PAZ ist eine einzigartige Stimme in der deutschen Medienlandschaft. Lesen auch Sie die PAZ im Abonnement und sichern Sie sich damit die speziellen PAZ-Prämie!

Prämie 1

Leuchtglobus

Das physische Kartenbild zeigt detailliert die Landschaftsformen sowie die Gebirgszüge und Gebirgsregionen, die Tiefen, die Hochland, die Wüsten und in einer plastischen Deutlichkeit durch Farbabstufungen die Meerestiefen. Das politische Kartenbild dokumentiert alle Staaten und die verwalteten Gebiete unseres Planeten. Sichtbar sind Flug-, Schifffahrts- und Eisenbahnlinien.

Meyers Neuer Weltatlas

zeichnet in bewährter digitaler Präzision ein aktuelles Bild unserer Erde: Optisch wie inhaltlich auf dem neusten Stand der Kartografie ist dieser moderne Atlas. Jetzt mit erweitertem Themen- und Satellitenbildteil sowie mit Länderlexikon! Ein unverzichtbares Nachschlagewerk für eine virtuelle Reise um die Welt.

Prämie 2

Renaissance-Leuchtglobus

Pergamentfarbene Ozeane, Länder mit typischem Randkolorit auf Pergamentfond, Darstellungen von Fregatten, Seeschlangen und einer Windrose zeichnen diesen Globus aus. Beleuchtet sind die Entdecker Routen von Christoph Kolumbus bis Magellan zu sehen. Das Kartenbild wurde nach Originalkarten aus dem 16. Jahrhundert gestaltet.

Atlas der Weltgeschichte

Ein Atlas, der im Bereich Wissensvermittlung Maßstäbe setzt: Die ideale Verbindung aus Karten- und Bildmaterial sowie fundierten Texten lässt die Entwicklung der Menschheit von ihren Anfängen bis heute lebendig werden. Mehr als 500 farbige, historisch genaue Karten, 1000 Fotografien und Zeichnungen.

Gleich unter
040-41 40 08 42
oder per Fax
040-41 40 08 51
anfordern!

Prämie 1: Leuchtglobus und
Meyers Neuer Weltatlas

Prämie 2: Renaissance-Globus und
Atlas der Weltgeschichte

Bestellen Sie ganz einfach per Email
vertrieb@preussische-allgemeine.de

Preußische Allgemeine Zeitung

Das Ostpreußenblatt

Ja, ich abonniere mindestens für 1 Jahr die PAZ zum Preis von z. Zt. 120 Euro (inkl. Versand im Inland) und erhalte die Prämie Nr. 1 oder Prämie Nr. 2.

Name/Vorname: _____

Straße/Nr.: _____

PLZ/Ort: _____

Telefon: _____

Die Prämie wird nach Zahlungseingang versandt. Der Versand ist im Inland portofrei. Voraussetzung für die Prämie ist, dass im Haushalt des Neu-Abonnenten die PAZ im vergangenen halben Jahr nicht bezogen wurde. Mit dem Bezug der PAZ ist die kostenlose Mitgliedschaft in der Landsmannschaft Ostpreußen verbunden. Die Prämie gilt auch für Geschenkabonnements; näheres dazu auf Anfrage oder unter www.preussische-allgemeine.de.

Lastschrift Rechnung

Konto: _____ BLZ: _____

Bank: _____

Datum, Unterschrift: _____

Preußische Allgemeine Zeitung.
Die Wochenzeitung für Deutschland.

Prallvolle Storchenoase

In Rühstätt haben Adebare keinen Grund zur Klage – Das Elbhochwasser bescherte ihnen einen randvollen Speiseschrank

Nirgendwo in Deutschland leben mehr Störche als in dem brandenburgischen 500-Seelen-Ort Rühstätt. 136 Adebare sind es. In diesem Jahr haben sie vom Hochwasser der nahen Elbe profitiert. Es gab Nahrung im Überfluss.

Brandenburg gilt als das storchreichste Bundesland mit 1371 Brutpaaren 2012 und ähnlich vielen in diesem Jahr. Doch das kalte Frühjahr hat zu einzigartigen Verlusten unter den Jungvögeln geführt, in Südbrandenburg mehr als im Norden. Völlig ohne witterungsbedingte Ausfälle blieb Rühstätt in der Prignitz, das seit 1996 den Namen Europäisches Storchendorf trägt – als einziges in der Bundesrepublik und eines von insgesamt neun in Europa. Damals wurden 44 Storchpaare registriert. Heute sind es wie im vergangenen Jahr 32.

Außer durch ein Fauchen kann sich der Storch nur durch Klappern bemerkbar machen. Und davon macht er regen Gebrauch. Jeder Anlass ist ihm dazu willkommen: Klappern gehört zum Handwerk. „Selbst die jüngsten Störche klappern schon im Nest“, sagt Cordula Czubatynski von der Naturwacht, die seit 20 Jahren die Störche in Rühstätt beobachtet, und fügt hinzu: „Nur hören tut man sie noch nicht.“

Das Geklapper ebbt auch bei der letzten Fütterung des Tages nicht ab. Im Gegenteil. Wenn zwischen halb zehn und zehn Uhr abends alle Altstörche nach getaner Arbeit – sprich Nahrungssuche – heimkommen, ist die Freude besonders groß. Mit Heißhunger stürzen sich die Kinder auf alles, was die Eltern aus ihrem Schlund herauswürgen. „Da kann man schon einmal sehen, wie sie eine ganze Ringelnatter in zwei Hälften reißen und hinunterschlingen, oder ganze Frösche“, erklärt Czubatynski. Zu erkennen ist das oft allerdings schwer, derart groß ist das Gewusel im Storchennest. Selbst beim Blick durchs Fernglas oder Beobachtungsfernrohr muss man genau hinschauen.

Bis zu 65 000 kleine und große Gäste kommen jährlich ins Dorf, um beim sogenannten Storchentag die Vögel zu beobachten.

Der beste Aussichtspunkt ist dabei zweifellos der Balkon am Speicher. Bis zu zwölf Personen kann er fassen und je nachdem wie man sich „verrenkt“, sind von dort aus elf, ja gar zwölf Nester zu sehen. Kommentarlos akzeptieren das die Störche nicht. Bei den ersten Balkon-Gästen protestierten die Adebare auf dem Dach

Aufzucht von über 90 Jungstörchen, wie man es hier schon einmal erlebt hat. Die Zahl der Paare, die in der Regel von April bis August in Rühstätt Quartier beziehen, wird sich zukünftig wohl auf über 30 einpendeln.

Insgesamt ziehen 46 Elternpaare ihren Nachwuchs groß. Dabei kann ein Paar bis zu fünf Junge

In diesem kalten und vor allem nassen Frühjahr sind die Rühstädter Störche mit einem blauen Auge davon gekommen. Denn in dem 500-Seelen-Ort war alles relativ trocken geblieben. Wie auf einer Insel der Glückseligen fielen dort keine solchen Regenmassen wie etwa in Linum im Rhinluch nördlich von Berlin, wo zwei

„Die Ursache war, dass die Jungvögel zum fraglichen Zeitpunkt schon über zwei Kilo wogen und die Altvögel sie nicht mehr bedecken, das heißt schützen konnten.“ „Mit dem langen Winter konnten die Störche noch umgehen. Sie sind einfach nicht weitergefliegen, sogar umgekehrt und haben in der Türkei abgewar-

schlussendlich mit einer viertel Million Kollegen in Afrika zu überwintern. Was für ein gewaltiges Unternehmen diese Reise ist, belegt allein die Tatsache, dass 80 Prozent der Jungvögel den ersten Vogelzug nicht überleben.

Umso bemerkenswerter ist die Geschichte einer Störchin, die bis 2003 auf der Kirche von Quitzöbel brütete und zuletzt 29 Jahre alt war. Sie zählte zu den drei ältesten bekannten Weißstörchen Deutschlands. Auf der anderen Elbseite in Beuster geboren, kehrte sie geschlechtsreif in die Region zurück und erwählte das zehn Kilometer westlich gelegene Dorf zur Brutstätte. Seit ihrem vermeintlichen Tod ist das Nest verwaist. Jeden Neuankommeling hat der Nachbar von der Fischräucherei seitdem vertrieben. „Fast in jedem Ort“, so Czubatynski, „findet man inzwischen nur noch ein Storchennest. Vor 20 Jahren waren es mindestens noch zwei.“ Ähnliches beobachtet man auch im Havelland. Das liegt natürlich auch am Nahrungsangebot. Zu viel Mais ist nichts für Störche.

Was die Familie Adebar mit drei Kindern im Alter von drei bis vier Wochen täglich braucht und im „Restaurant Elbtalau“ findet, ist im Besucherzentrum nachzulesen: 130 Mäuse, 18 Frösche, 658 Regenwürmer, 682 Wiesenschnaken (mit Larven), 230 Heuschrecken, 332 Spinnen, 665 andere Insekten, zusammen 2715 Tiere. Das Menü ist nicht festgeschrieben. Es können auch Fische, Schlangen oder junge Kaninchen darauf stehen. Wichtig ist die Menge. Ein Jungstorch braucht 1200 bis 1600 Gramm, ein Altstorch 500 bis 800 Gramm, was in unserem Beispiel bis zu 6400 Gramm ergibt – viel Arbeit und viel Geklapper!

Helga Schnehagen

Infos: Besucherzentrum Rühstätt, Telefon (038791) 98025. Erlebnisführung „Storchentag“ bis Mitte August schon Sonntagabend von 20 bis zirka 22 Uhr (Anmeldung bis 17 Uhr). Kosten: 18 Euro inklusive Abendessen vorab.



Eine Störchin passt auf ihre fünf Jungen auf. Oben: In Rühstätt halten die Störche nahezu alle Dächer besetzt Bild: Tourismusverband Prignitz

darüber merklich: nicht lautstark, dafür feucht. Denn sie lieben ihren Kot demonstrativ auf deren Köpfe fallen. Inzwischen wurde der Balkon überdacht und die Vögel haben sich an die neugierigen Besucher gewöhnt.

In diesem Jahr haben sich 136 Störche in Rühstätt eingeknistet, 64 Alte und 72 Junge. Das heißt, es gibt 32 bewohnte Horste, davon 23 Bruthorste, die gleiche Anzahl wie 2012. „Ein gutes Jahr“, sagt Czubatynski, „das Niveau von 1996 mit 44 besetzten Nestern werden wir aber wohl nicht wieder erreichen.“ Auch nicht die

haben. „Leider kommt es immer wieder zu Rauswürfen. Auch in diesem Jahr hat es wieder einige gegeben“, so Czubatynski. „In einem Nest sogar gleich vier. Warum, wissen wir nicht genau. Rühstätt selbst war vom Hochwasser nicht betroffen. Doch nur einen Kilometer von der Elbe entfernt, sind ständig Hubschrauber über das Dorf geflogen. Vielleicht hat das bei manchen Vögeln zu viel Stress erzeugt.“ Die anderen Brutstörche haben indes vom nahen Hochwasser profitiert, da dort ein reichhaltiges Nahrungsangebot auf sie wartete.

Bruten komplett verloren gingen. Derzeit ziehen dort von sieben Paaren fünf neun Junge auf. Zum Vergleich: 2012 hatten neun von zehn Paaren 15 Junge groß gezogen. Noch ärger traf es das Gebiet rund um den Unter- und Oberspreewald, wo etwa 70 Prozent der Jungvögel „verklammten“.

Zu „Verklammungen“ kommt es, wenn Wasser in den Nestern nicht ablaufen kann, die Jungvögel nass werden, völlig auskühlen, erfrieren oder ertrinken. „An diese Größenordnung kann sich keiner erinnern“, erläutert Bernd Elsner, Geschäftsführer vom Nabu Calau.

tet, bis sich das Wetter besserte. Mitte April kamen dann zuerst die Männchen an, ein, zwei Tage später folgten die Weibchen. Allerdings haben sie sich dieses Jahr kaum ausgeruht und sofort für Nachwuchs gesorgt“, berichtet Czubatynski.

Schon in der zweiten Augusthälfte, so zwischen dem 15. und 27., rüsten sich die Störche wieder zum Rückflug in den Süden. Dann kreisen vor dem Abflug plötzlich rund 200 Störche aus dem gesamten Gebiet über Rühstätt und ab geht es nach Afrika. Meist nehmen die Störche die Ostroute, um

Ganz in »blanc«

Pariser Esskultur breitet sich aus – Elegante Massenspeisungen unter freiem Himmel. Einzige Bedingung: weiße Kleidung

Besonders in der Esskultur kommt die französische Lebensart des „Savoir vivre“ zum Ausdruck. Eine Variante davon findet inzwischen in vielen Ländern weltweit großen Anklang: das „Dîner en blanc“ (Abendessen in Weiß). Es handelt sich um ein öffentliches Riesenspektakel mit beliebig vielen, ganz in Weiß gekleideten Teilnehmern und wird im Sommer in vielen großen, aber mittlerweile auch in immer mehr kleineren Städten veranstaltet. Genannt seien hier nur Sydney, Mexiko-Stadt, Toronto, New York, San Francisco, Singapur, Turin und Barcelona. Selbst der Erfinder François Pasquier ist erstaunt, dass sein Konzept einen derartigen Anklang findet.

Was vor 25 Jahren im Pariser Stadtwald Bois du Bologne als „Dîner en blanc“ im Freundeskreis des Industriellen Pasquier seinen Anfang nahm, zelebrieren auch in Deutschland immer mehr Anhänger, wenn auch ein wenig anders als in Frankreich. Während die Einladung zum „Dîner

en blanc“ in Paris nach wie vor ausschließlich über Freundeskontakte oder via SMS erfolgt, also nicht vorab veröffentlicht wird, darf sich hierzulande jeder angesprochen und eingeladen fühlen, der von dem rechtzeitig angekündigten Termin des „Diners in Weiß“ in seinem Wohnort Kenntnis erhält.

Hier wo dort treffen sich Hunderte, oftmals sogar Tausende komplett weiß gekleidete Picknick-Teilnehmer auf einem Platz oder in einem städtischen Park. Die Speisen für ein dreigängiges Menü sowie Getränke, Tische, Klappstühle und weiße Tischdecken – alles bringen sie selbst mit. Man ist gleichzeitig Gast und Gastgeber. Alle trinken Wasser, Wein und Champagner. Hochprozentiges ist verpönt. Das elegante Dinner in Weiß an einem Sommerabend im Freien, vorausgesetzt das Wetter spielt mit, sei ein einzigartiges und unvergessliches Erlebnis,

versichern diejenigen, die das schon einmal mitgemacht haben. Ein paar Stunden später finden sich davon keine Spuren mehr. Selbstverständlich entfernen die Teilnehmer dieses Freiluft-Spek-

takels anschließend auch ihren eigenen Müll.

In Paris verabreden sich die Dinner-Freunde zu Tausenden jeweils im Juni jedes Jahres an den schönsten Orten in Paris, um

gemeinsam im Freien zu dinieren. Die Versammlungen der zahlreichen wie aus dem Nichts aufgetauchten weiß gekleideten Picknickwilligen sind polizeilich nicht angemeldet. Doch da die eintref-

fenden Polizisten stets freundlich begrüßt werden, indem ihnen „die Weißen“ mit unzähligen weißen Servietten zu winken, duldet man sie. In diesem Jahr fanden am 13. Juni anlässlich des 25. Jubiläums gleich zwei elegante „Dîner en blanc“ mitten in Paris statt. Insgesamt 11 000 Teilnehmer saßen in langen Reihen vor der Pyramide des Louvre-Museums und am Trocadero-Platz nahe dem Eiffelturm.

Im Sinne seines Stifters ist das Dinner in Weiß auch in Deutschland eine privat organisierte, nicht-kommerzielle Veranstaltung ohne politischen Hintergrund. Hier nahm die Bewegung 2008 in Hannover ihren Anfang. Im Mai 2010 fand

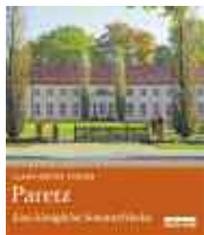
das Straßen-Dinner erstmals in Berlin auf dem Bebelplatz statt und in Hamburg auf den Michelwiesen. Auch in Bochum, Cottbus, Wernigerode, Darmstadt, Düsseldorf, Frankfurt am Main und Potsdam, um nur einige Städte zu nennen, wurden schon Picknicks in Weiß organisiert. In Berlin hat das Ereignis in diesem Jahr schon stattgefunden, während es für Hamburg für den 17. August angekündigt ist; Veranstaltungsort ist die HafenCity. Zum zweiten Mal wollen sich die Wernigeroder im September zu ihrem Dinner in Weiß treffen und wieder Spenden zugunsten von Kindern und Jugendlichen sammeln. Neu im Club ist Zweibrücken – dort sorgt die CDU für die Durchführung eines öffentlichen festlichen Abendessens im Freien am 17. August; der Ort wird noch bekannt gegeben. Wie war das noch? Das „echte“ Dinner in Weiß hat keinen politischen Hintergrund und wird privat organisiert? Doch wer für die Einhaltung der Spielregeln sorgt, bleibt offen. D. Jestrzowski



Italienische Lebensart? Weißes Dîner im Juni im Tesoriera Park von Turin

Ländliches Idyll

Das Schloss Paretz



Das frühklassizistische Schloss Paretz im gleichnamigen Dorf im Havelland nahe Berlin und Potsdam ist ein Kleinod in der märkischen Museumslandschaft. Einst war es der Lieblingssitz der Königin Luise von Preußen und ist als solcher eingebunden in die Überlieferungen, mit denen der Kult um die früh verstorbene, im Volk außerordentlich beliebte Monarchin begründet wurde. Zu DDR-Zeiten war das schlichte Landschloss, das der Architekt David Gilly im Auftrag von König Friedrich Wilhelm III. 1797/98 an der Stelle des alten Gutshauses errichtete, zu einem grauen, unscheinbaren Kastengebäude. Im Inneren war es vollkommen verändert, da es seit 1948 als Bauernhochschule und später als oberste Tierzuchtbehörde genutzt worden war.

Ein kleinformatiges, opulent bebildertes Bändchen mit dem Titel „Paretz. Eine königliche Sommerfrische“ gibt Auskunft über die Geschichte dieses einzigartigen Schlösschens und über das Dorf, zu dem es gehört. Der Autor Claus-Dieter Steyer, hauptberuflich Redakteur des „Tagesspiegel“, beschäftigt sich seit Jahren mit der Landeskunde Brandenburgs und hat zu diesem Themenkreis bereits mehrere Bücher veröffentlicht. Steyer berichtet von den Bemühungen der zahlreichen Paretz-Enthusiasten um die Rettung und Wiederherstellung von Schloss, Park, Kirche und einzelnen Gebäuden.

Schon Ende 1990 nahm der „Verein Historisches Paretz“ die Planungen in die Hand und wurde dabei besonders von Seiten der „Freunde der preussischen Schlösser und Gärten“ unterstützt. In diesem Zusammenhang sind die wertvollen Tapeten mit farbigen Motiven im Schloss zu nennen, deren Erhalt durch ein aufwendiges Restaurierungsprojekt gesichert wurde.

Kronprinz Friedrich Wilhelm kannte den kleinen Ort Paretz an

der Havel aus Kindertagen. Seitdem der Prinz und seine Gemahlin Prinzessin Luise 1794 erstmals Gäste auf Gut Steinhöfel waren, dem Landsitz des Hofmarschalls Valentin von Massow, wünschten sie sich ebenfalls ein Anwesen in ländlicher Idylle als sommerliche Residenz. Wenig später stand der Paretzer Gutshof zum Verkauf, und seit Januar 1797 war Friedrich Wilhelm von Preußen der neue Besitzer. Noch vor seiner Inthronisation am 16. November 1797 als König Friedrich Wilhelm III. beauftragte er den Architekten David Gilly mit dem Neubau des Herrenhauses. Zwischen 1797 und 1805 verbrachte das königliche Paar jeweils im Spätsommer mehrere Wochen auf ihrem Landgut Paretz.

Leider ist das Tempo dieses literarischen Streifzugs zu hoch, weshalb viele der zahlreichen Einzelaspekte zu kurz kommen. Das Musterdorf nach englischem Vorbild hatte Friedrich Wilhelm III. von 1797 bis 1804 erbauen lassen. Mit den Begriffen „Dauerhaftigkeit, Bequemlichkeit und Schönheit“ formulierten die Planer damals bereits reformerische Ansätze in der Architektur. Den Bauern wurden die gemauerten Dreiseithöfe unentgeltlich überlassen, aber mit der Auflage, die Fassaden unverändert zu lassen. Und es war Theodor Fontane, der mit seinem 1871 erschienenen Feuilleton über Paretz und die Königin Luise, das er später als Buchkapitel in seine „Wanderungen durch die Mark Brandenburg“ aufnahm, eine regelrechte Luisen-Wallfahrt in das kleine Dorf auslöste. Heute ist Paretz mit seinem Schloss, der „königlichen Kirche“, der teilweise hergestellten Parkarchitektur und als bauliches Ensemble wieder ein lohnenswertes Ausflugsziel. *Dagmar Jestrzemska*

Claus-Dieter Steyer: „Paretz. Eine königliche Sommerfrische“, be.bra Verlag GmbH, Berlin 2013, geb., 80 Seiten, 9,95 Euro



Die Soziologin Gabriele Kuby muss schon von ihrer Sache überzeugt sein, denn anders ist es nicht zu erklären, dass sie immer wieder den Schritt in die Öffentlichkeit wagt, die sie dann in Bausch und Bogen als christlich-fundamentalistisch, als homophob oder bestenfalls als weltfremd verurteilt. Fakt ist, dass viele der Thesen von Kuby für einen Großteil der deutschen Bürger schwer verdaulich sind. Schon der heute 92-jährige Großvater der Rezensentin singt ein Loblied auf die Verhütung, denn in der Nachkriegszeit reichte es ihm, ein Kind durchzukriegen. Die Rezensentin selbst ist, obwohl derzeit noch ohne Trauschein, bereits Mutter einer Tochter. Beides, Verhütung



Der Widerstand gegen das NS-Regime wird in erster Linie mit Namen wie Stauffenberg, Beck, Olbricht oder Tresckow in Verbindung gebracht. Viele andere, die gleich ihnen viel riskiert und viel verloren haben, sind dagegen weitgehend unbekannt. Die Grünen-Politikerin und langjährige Bundestagsvizepräsidentin Antje Vollmer und der Journalist Lars-Broder Keil stellen in zehn Porträts einige von „Stauffenbergs Gefährten“, so der Buchtitel, vor. Darunter finden sich so unterschiedliche Menschen wie der ostpreussische Gutsherr Heinrich Graf von Dohna-Tolksdorf, der liberale Weltbürger Albrecht Graf von Bernstorff, die Schreibkraft Margarethe von Oven, der uner-

Sex als Waffe?

Gabriele Kuby beklagt die Zerstörung der traditionellen Werte

und Sex vor der Ehe, sind Dinge, die für fast alle Deutschen alltäglich sind. Kuby hingegen kritisiert beides und übersieht, dass zwischen einem Leben mit ständig wechselnden Sexpartnern und einer festen Beziehung ohne Trauschein Welten liegen.

Trotzdem bietet ihr aktuelles Buch „Die globale sexuelle Revolution. Zerstörung der Freiheit im Namen der Freiheit“ einige gute Ansätze, die leider wegen ihrer extremen Positionen nicht die nötige Aufmerksamkeit erhalten werden. So muss man nicht Abtreibungsgegner sein, um sich trotzdem zu fragen, wie es möglich ist, dass es 2012 neben 674 000 Geburten auch 106 800 gemeldete Abtreibungen gab und das in einer Zeit, in der es Verhütungsmittel und Aufklärung an jeder Ecke gibt? Da läuft doch wirklich etwas gewaltig schief. Und auch wenn man Sexualkundeunterricht an der Schule befürwortet, dann doch bitte ab der 7. oder 8. Klasse, nicht schon in der Grundschule und ohne Rollen-

spiele, wie Kuby sie aus einer Berliner Broschüre aus dem Jahr 2007 nennt: „Stell dir vor, deine lesbische Cousine/dein schwuler Cousin kommen auf ein Wochenende zu Besuch nach Berlin ... Stelle ein schlüssiges Wochenendprogramm zusammen.“ Überhaupt zeigt die Autorin sehr bizarre und kritikwürdige Beispiele für mögliche Sexuaufklärung auf. Hier wird oft über das Ziel hinausgeschossen und dieses vermutlich ganz bewusst. Kuby zumindest sieht diese Beispiele als Beweis dafür, dass von interessierter Seite versucht wird, eine Sexualisierung der Gesellschaft zu betreiben und den Stabilitätsanker Familie zu zerstören. Statt auf Enthaltsamkeit und Treue würde auf „safer sex“ gesetzt und ein übertriebenes Verständnis für Schwule und Lesben vermittelt. Besagtes Verständnis fehlt Kuby wiederum völlig, sie ist da noch päpstlicher als der Papst, dessen Kirche sie seit 1997 angehört.

Kuby belegt ihre Kritik am Gender Mainstream, spricht die

Leugnung von zwei Geschlechtern, nachvollziehbar und eindringlich. Und es stimmt nachdenklich, dass die Ideologie sich derart verbreitet hat, ohne dass die Masse der Bevölkerung überhaupt weiß, worum es geht.

Welche Motive stecken dahinter fragt Kuby und äußert für all das in ihrem Buch Beschriebene eine Theorie: „Halten wir fest: Linke, atheistische Intellektuelle bereiteten das ideologische Saatgut, die Medien betrieben die Sexualisierung der Masse, Psychologen und Sozialwissenschaftler, berauscht von der Macht, den Menschen und die Gesellschaft nach ihren Zielen formen zu können, lieferten Methoden des social engineering, die Rockefeller und Ford stellten das nötige Kapital zur Verfügung, die politischen Institutionen wurden zu Vollstreckern des Programms. Ihr Ziel: die Reduktion der Weltbevölkerung.“

Rebecca Bellano

Gabriele Kuby: „Die globale sexuelle Revolution. Zerstörung der Freiheit im Namen der Freiheit“, fe-medienverlag, geb., 450 Seiten, 19,90 Euro

Extreme Positionen der Autorin nehmen Durchschlagkraft

Auch sie waren Widerständler

Kurzporträts von vergessenen Helfern des 20. Juli 1944

schrockene General Erich Fellgiebel oder der überzeugte Katholik Randolph von Breidbach-Bürresheim. Für ihre Lebensbilder haben die Autoren sorgfältig recherchiert, mit den letzten noch lebenden Zeitzeugen gesprochen und Bilder aus Privatbesitz beschafft. Sie nähern sich ihren Protagonisten unvoreingenommen und mit viel Einfühlungsvermögen. So haben sie sehr differenzierte, lebendige, bewegende und bisweilen geradezu anrührende Porträts geschaffen.

Die Autoren räumen auch mit hartnäckigen Legenden und ungerechten Urteilen auf. Beispielhaft sei hier der Fall des Erich Fellgiebel genannt, der bis heute als mitverantwortlich für das Scheitern des Attentats vom 20. Juli 1944 gilt, weil es ihm nicht gelungen sei, die Nachrichtenverbindungen nach Rastenburg zu kappen. Die Autoren arbeiten

deutlich heraus, dass es ihm nicht an persönlichem Mut gefehlt hat und er auch kein Versager war, sondern dass er letztlich an seiner eigenen Professionalität scheiterte. Als unumschränkter Herr über alle Nachrichtenmittel des Heeres hatte er diese nämlich gerade so aufgebaut, dass sie eben nicht ohne weiteres zu unterbrechen waren. Dieser Perfektionismus sollte sich in jenen entscheidenden Stunden als verhängnisvoll erweisen.

Wo es Grund zur Kritik an bestimmten Handlungen einzelner gibt, wird diese unmissverständlich aber verbindlich in der Formulierung geübt. So erfährt der Leser beispielsweise in dem Kapitel über Breidbach-Bürresheim, dass Hans von Dohnanyi einige seiner Mitverschwörer ans Messer geliefert hat, indem er schriftliche Unterlagen über Aktivitäten des Widerstandes trotz wieder-

holter Aufforderung nicht vernichtet, sondern sie vielmehr sogar noch ordentlich archiviert hat.

Die kurzen Biografien werden ergänzt durch einen Bericht von Altbundespräsident Richard von Weizsäcker über seine Begegnungen mit Beteiligten am Widerstand und ein Interview der Autoren mit dem kürzlich verstorbenen Ewald von Kleist, zum Zeitpunkt des Erscheinens des Buches der letzte noch lebende Teilnehmer am Attentat vom 20. Juli. Das Buch ist flüssig geschrieben, spannend zu lesen und eine wichtige Ergänzung der Literatur zum Widerstand gegen das NS-Regime.

Jan Heitmann

Antje Vollmer, Lars-Broder Keil: „Stauffenbergs Gefährten. Das Schicksal der unbekanntesten Verschwörer“, Hanser Berlin, München 2013, gebunden, 256 Seiten, 19,90 Euro

Schweigen ist nicht immer Gold

Papst Pius XII. wird vorgeworfen, gegenüber dem Nationalsozialismus geschwiegen zu haben – Doch hat er es wirklich?



Die katholische Kirche in der NS-Ära machen möchte, dessen Erwartungen werden von Francesco Merlino in dem Buch „Pius XII. Wie er wirklich war“ erfüllt. Dabei ist der Autor kein ausgewiesener Historiker, sondern ein Diplombauingenieur, 1923 in Rom geboren, in Münster wohnhaft. Als im März 1990 in dieser Stadt Rolf Hochhuths Theaterstück „Der Stellvertreter“ aufgeführt wurde, fühlte sich Merlino gedrängt, tunlichst alle einschlägigen Dokumente zu sammeln, um sich ein eigenes Urteil zu bilden. Sein Werk ist das Resultat dieses Suchens und Sammelns.

Sebastian Haffner, ein hoch angesehenen Journalist, 1938 zusammen mit seiner jüdischen Frau nach England ausgewandert, glaubte zu wissen, dass von Pius

XII. „nur sein Schweigen ... übrig bleiben wird. Die Geschichte wird ihn kennen als den Papst, der schwieg.“ Nun, Haffner stand der katholischen Kirche nicht nahe. Doch eine Jüdin, die aus Überzeugung den Weg in eben diese Kirche gefunden hatte und als Nonne lebte, klagte in einem Schreiben an Pius XI. vom April 1933: „Wir alle ... fürchten das Schlimmste für das Ansehen der Kirche, wenn das Schweigen noch länger anhält.“

Hat der Papst geschwiegen? Die Frage wird wohl jeder verneinen, der Merlino gelesen hat. Pius XI.

Kritik war sehr verhalten

und Pius XII. sprachen immer wieder und verurteilten den Nationalismus, den Totalitarismus, den Rassismus mit aller Deutlichkeit. Eines der Kapitel, Pius XII. betreffend, trägt die Überschrift „Der

Kampf gegen Rassismus und Antisemitismus“, ein anderes „Gegen Mord und Völkermord“, ein drittes „Gegen Nationalsozialismus und Bolschewismus“, jedes angefüllt mit einschlägigen Zitaten. Doch wer sie nicht zur Kenntnis nehmen will, kann dazu nicht gezwungen werden.

So beendete der Papst seine Weihnachtsansprache des Jahres 1942 mit einem Appell den Frieden zu suchen. „Dieses Gelöbnis schuldet die Menschheit den Hunderttausenden, die ohne eigene Schuld manchmal nur wegen ihrer Nationalität oder der Abstammung dem Tode geweiht oder einer fortschreitenden Verelendung preisgegeben sind.“ Die primär Angesprochenen, die Nationalsozialisten, verstanden: „Er [der Papst] beschuldigt tatsächlich das deutsche Volk der Ungerechtigkeit gegenüber den Juden, und er macht sich zum Sprecher der Juden, der Kriegsverbrecher“, urteilte der NS-Sicherheitsdienst. Doch warum hat

er nicht noch deutlicher gesprochen? Er selbst gibt die Antwort in einer Ansprache vor dem Kardinalkollegium: „Wundert euch nun nicht, geliebte Brüder und Söhne, wenn wir mit besonders inniger und bewegter Anteilnahme den Bitten derjenigen Gehör schenken, die sich mit angsterfülltem Herzen flehend an uns wenden. Es sind dies diejenigen, die wegen ihrer Nationalität oder wegen ihrer Rasse von größerem Unheil und stehenderen und schwereren Schmerzen gequält werden und auch ohne eigene Schuld bisweilen Einschränkungen unterworfen sind, die ihre Ausrottung bedeuten ... Jedes Wort, das wir in diesem Anliegen an die zuständigen Behörden richteten, und jede unserer öffentlichen Kundgebungen musste von uns ernstlich abgewogen und abgemessen werden im Interesse der Leidenden selber ...“

Auch jene, die die Ausrottung betrieben, haben den Papst angeklagt, weil er die Verbrechen der

Bolschewisten nicht lauter geißelte: „Wo ist der Papst? ... Ist gegenüber dem Bolschewismus das politische Geltungsbedürfnis erlahmt oder gar aus Feigheit ins Bockshorn gekrochen? Schreit das Blut“

Papst wollte Juden nicht gefährden

der eigenen Brüder nicht nach Vergeltung?“

Der Boykott der jüdischen Geschäfte, Anwälte und Ärzte am 1. April 1933 in Hitler-Deutschland wurde mit jüdischen Boykottmaßnahmen im Ausland gerechtfertigt, die Reichspogromnacht mit der Ermordung eines deutschen Botchaftsangehörigen durch einen Juden in Paris. Hätte Hitler eine Zwangsscheidung der Mischehen als Antwort auf eine scharfe päpstliche Verlautbarung verfügt, nicht nur die Betroffenen würden dem Papst die tödliche Leichtfertigkeit

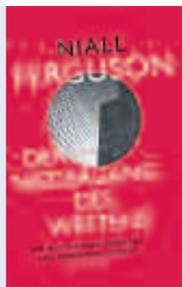
zum Vorwurf machen. Hitler war unberechenbar. Und hätte der Papst nicht auch jene noch deutlicher rügen müssen, deren Flächenbombardements Greise, Frauen und Kinder grausam töteten, also Hitler-Gegner?

Die Problematik: Reden oder Schweigen – findet ihre geradezu dramatische Zuspitzung im bitteren Los jener Nonne, die eingangs zitiert worden ist, im gewaltsamen Tode von Edith Stein. Es war ein Racheakt der Machthaber, die sie, ihre Schwester und andere katholische Juden in das Gas schickten, weil die holländischen Bischöfe, wo sie im Exil lebten, noch deutlichere Worte als der Papst gewagt hatten. Wer weiß die Antwort auf die Frage, ob die holländischen Bischöfe richtiger gehandelt haben?

Konrad Löw

Francesco Merlino: „Pius XII. Wie er wirklich war“, Gerhard Hess Verlag, Bad Schussenried 2012, geb., 438 Seiten, 19,80 Euro

Alle Bücher sind über den PMD, Telefon (03 41) 6 04 97 11, www.preussischer-mediendienst.de, zu beziehen.



Niall Ferguson
Der Niedergang des Westens
Wie Institutionen verfallen und Ökonomien sterben



Beate Szillius-Kappelhoff
Preußen - die ersten Preußen
Geschichte und Kultur eines untergegangenen Volkes



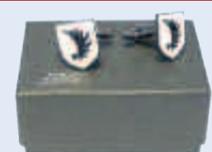
Richard Rickelmann
Tödliche Ernte
Wie uns das Agrar- und Lebensmittelkartell vergiftet

Udo Ulfkotte
Raus aus dem Euro - rein in den Knast
Die Euro-Katastrophe: Wann werden die Verantwortlichen zur Rechenschaft gezogen?



rechtzeitig, und wie sich nun im Nachhinein zeigt, äußerst präzise, auf die Risiken des fatalen Euro-Abenteuers hin.

Elchschaufel-Manschettenknöpfe



Hochwertige Manschettenknöpfe mit emailierter Vorderseite, auf der die Elchschaufel dargestellt ist.

Manschettenknöpfe-Preußenadler



Der Preußenadler auf weißem Hintergrund, silbern umrandet, Oberfläche emailiert.

€ 19,95

Neuwertige Bücher als Mängel Exemplare mit leichten Lager Spuren.

Table with columns: Autor, Titel, Preis, Menge, Best.-Nr. listing various books like 'Freiwild', 'Promotion', 'Lügen bis zum Untergang'.

+++ Nur begrenzte Menge vorhanden! +++

Preußen-Schirmmütze



Preußen-Schirmmütze
schwarze Schirmmütze in Einheitsgröße mit gesticktem Adler in weiß

Elchschaufel-Schirmmütze



Elchschaufel-Schirmmütze
dunkelblau Dunkelblaue Schirmmütze in Einheitsgröße

Das war Königsberg DVD



Das war Königsberg
Erleben Sie das unzerstörte Königsberg
Laufzeit: 30 Minuten

Sommer in Ostpreußen 1942 DVD



Sommer in Ostpreußen 1942
In einem Bonus-Interview kommt der Erzähler Arno Surminski zu Wort.



Die Rheinwiesenlager 1945 in Remagen und

Diese Dokumentation stellt fest: Es starben keine Zehntausende hinter dem Stacheldraht.

lesensWERT! Die Buchempfehlung des Preußischen Mediendienstes!

ner Weise zutreffende Zahl von einer Million Toten publiziert. Die Autoren Wolfgang Gückelhorn und Kurt Kleemann haben die Faktenlage sorgfältig aufgearbeitet und bewertet.



€ 26,50

Die Indoeuropäer Aufbruch aus der Vorgeschichte

Dr. Reinhard Schmoeckel gebt sich auf die Suche nach unseren Ahnen, den Indoeuropäern oder Indogermanen.



€ 24,80

Nur für den Dienstgebrauch

Als Verfassungsschutz-Chef im Osten Deutschlands
Im November 2011 ging eine Empörungswelle durch die Medien, ausgelöst durch eine Mordserie, die auf der Opferseite etwa zehn ausländische Gewerbetreibende betraf



€ 24,90

nach Thüringen verschlug und wie er diese Jahre im wiedervereinigten Deutschland erlebt hat. Es handelt sich bei diesen Aufzeichnungen also auch um eine Binnensicht über das Zustandekommen und die Schwierigkeiten der Deutschen Einheit.



Märche und Balladen aus den Freiheitskriegen 1813-1815
Gesamt-Spieldauer: 58:09



Preussische Armeemärsche
Gesamtspielzeit: 46:55 Min

mer; 12. Der Königrätzer Marsch; 13. Düppel - Schanzen - Sturm - Marsch.



Sing, sing, was geschah
Die schönsten Volkslieder aus Ostpreußen, Gesamt: 66 min, 29 Lieder

Gutes aus der alten Heimat

Die besten Rezepte aus Böhmen, Ostpreußen, Schlesien Lecker war's, in der geliebten Heimat Ostpreußen, Schlesien und Böhmen stehen für Freude am Genuss vieler guter Dinge des täglichen Bedarfs



€ 14,99

Pro Patria, Märsche und Lieder

- 1) Gaudeamus igitur 2:18 2) Kein schöner Land 1:26 3) Die Wacht am Rhein 4:16 4) Fehrbelliner Reitermarsch 2:29 5) Lied der Franken 2:09 6) Alte Kameraden 3:03 7) Siebenbürgenmarsch 3:19 8) Der Coburger 3:24 9) Des Großen Kurfürsten Reitermarsch 3:31 10) Fanfare und Marsch der Pappenheimer Reiter 2:44 11) Präsentiermarsch Friedrich Wilhelm III. 1:48 12) Freiheit, die ich meine 2:17 13) Ich hab mich ergeben 1:19 14) Ich hatt einen Kameraden 4:02 15) Kreuzritter-Fanfare 2:07 16) Regimentsgruß 1:58, 17) Geschwindmarsch 1:52 18) Helenenmarsch 2:12, 19) Marsch aus Petersburg 2:14 20) Schwedischer Kriegsmarsch 1:59 21) Althessischer Reitermarsch 2:13

€ 17,95



Ostpreußen-Seidenkrawatte

Edle Seidenkrawatte in den Farben Preußens mit der Elchschaufel Farben: schwarz/weiß mit der Elchschaufel

€ 19,95

Juli-Aktion

Bei jeder Bestellung ab einem Warenwert iHv € 50,00 erhalten Sie kostenlos dazu 1 Ex: Nidden und seine Maler, broch., 43 S.

Bitte Bestellcoupon ausfüllen und absenden oder faxen an: Preußischer Mediendienst Mottelerstraße 7 - 04155 Leipzig - Tel. (03 41) 6 04 97 11 - Fax (03 41) 6 04 97 12

Bestellcoupon form with fields for Menge, Best.-Nr., Titel, Preis, Vorname, Name, Straße, PLZ/Ort, Ort/Datum, Unterschrift.

MELDUNGEN

Telekinese oder Finanzwissen?

Ankara – Der türkische Ministerpräsident Recep Tayyip Erdogan ernannte dieser Tage den Journalisten Yigit Bulut zu seinem neuen Chefberater. Nun rätseln Medien, ob der 41-jährige studierte Ökonom seine Beförderung aufgrund seines Sachverständes erhalten hat oder ob seine Verschwörungstheorien Erdogans Anerkennung bewirkten. Bulut behauptet, ausländische Mächte versuchten, via Telekinese Erdogan zu töten. Außerdem habe neben der Finanzbranche die Lufthansa die Proteste in der Türkei angezettelt, um so den Ausbau des Istanbuler Flughafens zum internationalen Drehkreuz zu verhindern. *Bel*

Mafia sucht Mitglieder

Kobe – In Japan kursiert unter der Hand ein Werbeprospekt der japanischen Mafia. Die Yakuza hat Nachwuchsprobleme und versucht so, potenzielle Mitglieder anzulocken, die jung genug sind, um die Geschäfte aktiv zu betreiben. Neben Glückspiel, Prostitution und Schutzgelderpressung gewinnt hier die Finanzspekulation immer mehr an Bedeutung. *Bel*

ZUR PERSON

Volksferner König

Auf den Titelblättern der bunten Presse hat sich Belgiens neuer König bislang rar gemacht. Was wohl daran liegt, dass von allen europäischen Königshäusern das belgische den wenigsten Glamour ausstrahlt. Da macht selbst das Nachbarland Niederlande mit seinem royalen Traumpaar Willem-Alexander und Maxima weit mehr von sich reden.

Doch **Philippe Léopold Louis Marie oder Filips Leopold Lodewijk Maria**, wie er bei den Flamen heißt, schottet sein Privatleben von der Öffentlichkeit weitgehend ab. Wenn der 53-Jährige am 21. Juli die Thronfolge seines aus Altersgründen abdankenden Vaters Alberts II. antritt, wird der wohl unbekannteste Adelsspross Europas zum royalen Staatsoberhaupt eines Landes.

Dabei hätte er eigentlich schon seit 20 Jahren an der Spitze Belgiens stehen können. Als 1993 nach 42-jähriger Regentschaft der kinderlose König Baudouin I. starb, galt sein damals 33-jähriger Neffe Philippe als Thronfolger. Weil er aber zu dem Zeitpunkt noch unverheiratet war, übernahm dessen Vater Albert als Kronprinz das Zepter.

Seit 1999 ist Philippe mit der Adelige Mathilde d'Udekem d'Acoz verheiratet und hat mittlerweile vier Kinder. Das streute rasch Gerüchte, wonach Philippe eine „intensive Beziehung außerhalb des Normalen“ mit einem belgischen Adligen haben solle, wie ein Enthüllungsjournalist herausgefunden haben will. Sonst gibt es über Philippe wenig zu enthüllen: keine Skandale, keine Titelstorys. Politisch bewegt sich der Kampfpilot in elitären Zirkeln wie der Bilderberger-Konferenz oder dem Malteserorden. Volkstümlich ist etwas anderes. Er wird es deshalb nicht leicht haben, das politisch zerstrittene Belgien zu einen. *Harald Tews*



Spektakuläre Fortschritte

Wie Athen selbst britischen Sarkasmus übertrifft, warum wir jetzt nach vorne blicken, und wieso Straßenbau in Spanien eben teurer ist / Der Wochenrückblick mit HANS HECKEL

Es war meine absolute Lieblingsfernsehserie der 80er Jahre: In der britischen Serie „Yes Minister“ wurde der haarsträubende Alltag an der Spitze der Politik so herzerfrischend böse und sarkastisch inszeniert, dass es einem vor Lachen die Schuhe auszog. Schauplatz der Geschichte war ein imaginäres Ministerium, dessen Name an sich schon ein gelungener Scherz war, das „Ministerium für Verwaltungsangelegenheiten“, sprich: Eine Bürokratie, die ausschließlich mit sich selbst beschäftigt ist und irrsinnig viel Geld verpulvert, ohne irgendeinen Nutzen hervorzubringen.

In der Wirklichkeit gibt es so was natürlich nicht, da war ich mir ganz sicher. Bis ich vergangene Woche lesen durfte, dass in (wo sonst?) Griechenland tatsächlich ein „Ministerium für Verwaltungsreform“ sein teures Dasein fristet, nicht im Fernsehen, in echt! Die griechische Realität schlägt selbst noch den giftigsten britischen Humor aus dem Felde. Die haben's wirklich drauf, die Hellenen. Davon ist auch Jean-Claude Juncker überzeugt, der langjährige Chef der Euro-Zone, der sich in seiner Heimat Luxemburg gerade mit einer hässlichen Bombenlegeraffäre herumschlagen muss und daher zur Erholung nach Athen gereist ist.

Dort wurde er richtig gefeiert: Griechenlands Premier Antonis Samaras jubelte dem Gast zu: „Er ist einer von uns!“ Aha, Juncker ist also „einer von denen“. Der Gedanke war uns auch schon gekommen; Luxemburgs Banken sollen ja metertief drinstecken im Athener Schuldensumpf. Der Gelobte war gerührt und bedankte sich mit einer wunderbaren Rede: Die Griechen hätten vieles geleistet, heute könne man mit großem Optimismus in die Zukunft schauen, die „Fortschritte“ seien „spektakulär“!

Die „Wirtschaftswoche“ hat die „spektakulären Fortschritte“ aufgelistet: „Von rund elf Millionen Griechen haben noch 3,4 Millionen Arbeit, davon ist ein Drittel beim Staat beschäftigt. Zählt man die offiziell nicht gemeldeten Arbeitslosen hinzu, haben 60 Prozent der griechischen Erwerbsbevölkerung keine Arbeit. Die

Mittelklasse des Landes hat sich weitgehend aufgelöst, die Selbstmordrate explodiert und die Prostitution frisst sich wie ein Krebsgeschwür durch die Gesellschaft.“ „Spektakulär“, nicht wahr? Die Wirtschaft schrumpfte im ersten Vierteljahr um 5,6 Prozent zum Vorjahreszeitraum. Im nächsten Jahr soll es laut Prognose aber wieder ein „leichtes Wachstum“ geben. Das sagten dieselben Prognostiker allerdings schon 2009 über 2010, 2010 über 2011, 2011 über 2012 und 2012 über 2013: Nächstes Jahr kehre Griechenland zum Wachstum zurück. Passiert ist dann immer das Gegenteil.

Trotzdem wird Juncker in Athen geliebt, so sehr, dass die Griechen ihn mit dem höchsten Orden ihres Landes auszeichneten, dem „Großkreuz des Erlösers“. In seiner Lobrede forderte Samaras, man müsse „jetzt nach vorne schauen“, es gebe keinen Grund, über die Fehler der Vergangenheit zu sprechen. Juncker assistierte lakonisch: „Wer macht keine Fehler?“ Ja, eben. Kann doch passieren! Wir lassen uns das Feiern nicht vermiesen.

Was für eine Kulisse: Draußen vor dem Palast ein Land im Zerfall, eine Wirtschaft im Koma und eine Gesellschaft, die einen nicht enden wollenden Albtraum durchlebt. Drinnen im Festsaal dagegen gelaunte Politiker, die sich großmütig ihre Fehler verzeihen, ihre „spektakulären Fortschritte“ begießen, funkelnde Orden unter den Ihren verteilen und sich dabei in die entzückendsten Lobhudeleien versteigen. Man kann den wunderbar respektlosen Machern von „Yes Minister“ nicht vorwerfen, dass zu so einem Bild selbst ihnen der freche Mut fehlte. Eine Szenerie wie im Führerbunker, nur bessere Stimmung und viel hübscher möbliert. Solche Szenen scheinen typisch zu sein für die letzten Tage vor dem Zusammenbruch.

Auf seinem Weg nach Hause hätte Juncker Station machen sollen der griechischen Erwerbsbevölkerung keine Arbeit. Die Regierung der Privatwirtschaft

rund 120 Milliarden Euro. Das ist etwa das Vierfache des deutschen Wehretats. Rechnungen, welche Rom aus „technischen Gründen“ bis Jahresende nicht begleichen kann, wie es heißt. Technische Gründe? Unter Geschäftsleuten nennt man so etwas Insolvenz, Staatsbankrott, Pleite, Aus!

Nicht so bei der EU-Kommission: Deren Präsident José Manuel Barroso hat einfach an den vertraglichen Schuldengrenzen herumgefummelt und schon war Italien (rein optisch) wieder im grünen Bereich.

In solchen Zauberkunststücken ist man ja mittlerweile geübt. Zum Glück, denn Barrosos

Verkleisterungskünste dürften demnächst noch stärker gefragt sein als bisher. Es brennt überall: In Portugal gelang es nur mit massivem Druck aus Brüssel, Berlin und anderen Hauptstädten, ein Plätzen der Regierung zu verhindern. Spaniens Medien suhlen sich in einem Korruptionsskandal der Regierungspartei, gegen den unsere Berliner Kanaillen wie brave Bettelmönche aussehen. Sollte es dort zu Neuwahlen kommen, kann sich die EU ihre Sparauflagen in die Haare schmierem. An Zyperns Wirtschaft schließlich klebt die Diagnose „klinisch tot“.

Experten sind sich einig: Jetzt reicht ein Funken, egal ob in Spanien, Italien oder Portugal, und die ganze Südschiene geht hoch. Griechenland und Zypern werden in den Planspielen kaum noch erwähnt, die hat man anscheinend bereits „ausgebucht“.

Aber die Politik schaut nicht untätig zu, nein: In Berlin haben die EU-Regierungen vereinbart, nun aber zackig gegen die Jugendarbeitslosigkeit in Europa vorzugehen. Sechs Milliarden Euro sollen dafür ausgegeben werden, auf zwei Jahre verteilt. Das sei in etwa so, als hätte man die Elbflut bändigen wollen, indem man 100 Liter Flusswasser in ein Planschbecken umfüllt, maulen die Kritiker, sprich: ein bisschen zu wenig.

Die Steuerzahler dürfte dennoch interessieren, was mit dem

Geld, dessen Löwenanteil wie üblich aus Deutschland kommen wird, konkret angestellt werden soll. Wir haben da ja schon unsere Erfahrungen.

So teilt uns der Europäische Rechnungshof mit, dass der EU-geförderte Autobahnbau in Spanien fast doppelt so teuer ausfällt wie in Deutschland. Pro 1000 Quadratmeter Straßenoberfläche benötigten die Deutschen rund 290 000 Euro, die Spanier dagegen eine halbe Million.

Woher kommt der Abstand? Nicht von den Lohnkosten, streichen die Prüfer heraus. Auch die Qualität der Straßen sei dort unten nicht besser als bei uns. Vielleicht ist das Material in Spanien teurer? Im Gegenteil: Laut der Studie zahlen die Spanier beispielsweise nur 130 Euro für den Kubikmeter Beton, die Deutschen müssen 193 Euro aufbringen.

Also was? Experten vermuten, dass die fast doppelt so hohen Rechnungen der Iberer auf „Nebenkosten“ zurückzuführen seien. Nebenkosten? Ach, Sie wissen doch: Das sind die vielen kleinen „Entscheidungshilfen“, die man austellt, damit dies oder das schneller läuft. Oder überhaupt läuft, weil sich die Entscheider in Politik und Verwaltung längst an die „Hilfen“ gewöhnt haben. Dann gibt es da die überhöhten Rechnungen, von deren Erlös auf unerklärliche Weise ein Teil an eben jenen Beamten bei der Straßenaufbauverwaltung zurückfließt, der den Auftrag erteilt hat. Und an seinen politischen Dienstherren, versteht sich.

Die Kultur der „Nebenkosten“ ist in manchen Ländern eben noch fester verankert als bei uns, wo angeblich ja auch schon mal „geholfen“ wird. Wir dürfen also davon ausgehen, dass unzählige Hilfsbereite und Hilfsbedürftige in den darbenden Südländern bereits danach dürsten, die neuen EU-Milliarden gegen die Jugendarbeitslosigkeit gerecht unter sich aufzuteilen. Dass die Jugendlichen davon viel sehen werden, darf dagegen bezweifelt werden. Aber das kennen wir ja schon von den Euro-„Rettungspaketen“, von denen auch noch kein einziges im Vorgarten eines arbeitslosen Griechen gelandet ist, sondern jedesmal ganz woanders.

MEINUNGEN

Reinhard Bingener kritisiert in der „FAZ“ vom 11. Juli das neue Familienpapier der Evangelischen Kirche in Deutschland (EKD). Für ihn stellt es ein Kompendium des Linkspolitismus der frühen 70er Jahre dar, denn ...

„... als da wären: Geringschätzung Luthers und der Bekenntnisschriften; Unverständnis für ökonomische Zwänge; stattdessen weitreichende Forderungen nach staatlicher Ausgabensteigerung; auffällige Hochschätzung sozialistischer Politikmodelle (im vorliegenden Fall: die Familienpolitik der SED), einhergehend mit einer Abwertung alles ‚Bürgerlichen‘; schließlich: die Schwächung starker Institutionen (zum Beispiel der Ehe) zugunsten informeller Strukturen. Älteren Semestern in der EKD galten solche Ansichten zu Studentenzeiten einmal als der letzte Schrei. Abends beim Bierchen wird bis heute davon geschwärmt. Für viele ist das Nostalgie. Für Nikolaus Schneider aber ist es bis heute prägend.“

Polens Ministerpräsident Donald Tusk äußerte am 11. Juli bei einer Rede im neuen Kopernikus-Wissenschaftszentrum in Warschau Zweifel am Ziel einer immer stärkeren Vereinigung Europas:

„Es gibt solche, die einen großen Sprung machen wollen und mithilfe radikaler politischer Entscheidungen schnell einen einheitlichen europäischen Staat schaffen wollen. Sie haben gute Absichten. Aber sie vergessen dabei, dass der Plan vom großen Sprung den Utopien des 20. Jahrhunderts gefährlich nahe kommt? Er kann dazu führen, dass sich die Europäer endgültig von der Idee des geeinten Europas abwenden.“

Deutschland solle Europa führen, wird überall gefordert, vor allem vonseiten europäischer Nachbarn. Die streitbare Publizistin Cora Stephan fragt sich in der „Welt“ vom 11. Juli, wie so eine deutsche Führung aussehen könnte:

„Mit der Forderung nach ‚mehr Europa‘ als Ausweg aus der Krise steht Deutschland längst allein ... Es sind nur noch die Deutschen, die ein sentimentales Interesse an diesem Europa haben ... Doch auch dar-



in könnte Führungsstärke liegen: Europa einmal anders zu denken, auch so: Europa ohne den Euro zu denken. Hoffentlich macht sich schon jemand Gedanken darüber. Gut möglich, dass die Ruhe vor dem Sturm nur noch bis zum Tag nach der Bundestagswahl am 22. September währt.“

Für den Kinderbuchautoren Bernhard Lassahn ist der einst von ihm unterstützte Feminismus pervertiert. Im „Focus“ (15. Juli) warnt er:

„Aus dem Feminismus ist ein mächtiger Staatsfeminismus geworden, der die Züge einer Despotie angenommen hat und eine totale Überwachung anstrebt.“